



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1965

Montag, den 3. Mai 1965

Nr. 18

Inhalt:	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident Verlust eines konsularischen Ausweises . . . . .	473	Bekanntmachung der Verleihungsurkunde für die Salzbergwerke „Treischfeld I“ und „Treischfeld II“ . . . . . 480
Der Hessische Minister des Innern Genehmigung einer Flagge des Obertaunuskreises . . . . .	473	Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
Anderung der Schreibweise des Namens der Stadt Neckarsteinach im Kreis Bergstraße . . . . .	473	Lehrtierärzte im Lande Hessen . . . . . 481
Ernennung der Kreiswahlleiter für die Bundestagswahl 1965 . . . . .	474	Vorzeitige Einziehung von einem Salmonella-Faktorens Serum . . . . . 481
Zulassung von Stimmzählgeräten für die Bundestagswahlen . . . . .	474	Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen . . . . . 481
Verlust eines Polizeiführerscheines . . . . .	474	Zulassung als Gegenschachverständiger für die Untersuchung von Speiseeis . . . . . 482
Genehmigung einer öffentlichen Sammlung; hier: Konferenz der Caritasverbände in Hessen, Limburg a. d. Lahn . . . . .	475	Kriegsopferfürsorge; hier: Anwendung des § 27 Abs. 5 BVG, wenn die Verzögerung des rechtzeitigen Abschlusses der Ausbildung auf die Ableistung eines verlängerten Grundwehrdienstes zurückgeht . . . . . 482
Landeswettbewerb „Bürger, es geht um Deine Gemeinde“ für Gemeinden von 3 000 bis 30 000 Einwohnern . . . . .	475	Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen . . . . . 482
Haftversicherung von Transportbeton . . . . .	477	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten Anordnung zur Durchführung der Unkrautbekämpfung . . . . . 489
Der Hessische Minister der Finanzen Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschläge für Arbeiter — Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II (TVZ zum MTL II) vom 9. 10. 1963; hier: Erster Änderungstarifvertrag vom 9. 3. 1965 . . . . .	477	Personalnachrichten F. im Bereich des Hessischen Kultusministers . . . . . 490
Zuständigkeiten bei der Einstellung, Abordnung, Versetzung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern des Landes Hessen . . . . .	478	Regierungspräsidenten KASSEL Einziehung einer Teilstrecke der Kreisstraße 37 in der Gemarkung Burghau, Landkreis Hünfeld . . . . . 496
Der Hessische Minister der Justiz Ausführung des Hessischen Richtergesetzes; hier: Geschäftsordnung des Richterwahlausschusses . . . . .	478	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausschusses . . . . . 496
Der Hessische Kultusminister Errichtung und Umpfarrung von Kirchengemeinden in Korbach . . . . .	479	WIESEBADEN Durchführung des § 1 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. 8. 1961 . . . . . 496
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr Bau und Betrieb einer 110 kV-Hochspannungsfreileitung von Goddelau nach Biebesheim . . . . .	480	Buchbesprechungen . . . . . 496
Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasleitung von Frankfurt-Bonames nach Frankfurt-Fechenheim . . . . .	480	Öffentlicher Anzeiger . . . . . 497
		Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Kinzig . . . . . 497
		Weiterführung der Straßenbahnlinie 3 in Darmstadt . . . . . 507

405

### Der Hessische Ministerpräsident

#### Verlust eines konsularischen Ausweises

Der am 22. Februar 1963 ausgestellte graue Konsularausweis 3153 für Frau Carine Maul geb. Hegenhauser, Angestellte beim Französischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main, ist verloren gegangen. Frau Maul hat inzwischen aus dem Generalkonsulat ausgeschieden.

Wiesbaden, 14. 4. 1965

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei  
II/3 2e 10/05

StAnz. 18/1965 S. 473

406

### Der Hessische Minister des Innern

#### Genehmigung einer Flagge des Obertaunuskreises, Regierungsbezirk Wiesbaden

Dem Obertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 12 der Hessischen Landkreisordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 131) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Die Flagge zeigt die beiden Farben Rot und Silber, im oberen Drittel auf der Schnittfläche der beiden Farbbahnen belegt mit dem Wappen des Kreises.“

Wiesbaden, 13. 4. 1965

Der Hessische Minister des Innern  
IV b 3 — 3 k 06 — 23/65

StAnz. 18/1965 S. 473

407

#### Änderung der Schreibweise des Namens der Stadt Neckarsteinach im Kreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt

Auf Grund des § 12 Satz 3 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird die Schreibweise des Namens der Stadt Neckar-Steinach in

„Neckarsteinach“

geändert.

Wiesbaden, 13. 4. 1965

Der Hessische Minister des Innern  
IV b 3 — 3 k 08 — 6/65

StAnz. 18/1965 S. 473

408

**Ernennung der Kreiswahlleiter für die Bundestagswahl 1965**

Gemäß § 9 Abs. 1 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl. I S. 383), zuletzt geändert durch Gesetz über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 16. März 1965 (BGBl. I S. 65), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit zur Ernennung des Landeswahlleiters, der Kreiswahlleiter, der Wahlvorsteher und der Beisitzer der Wahlvorstände für die Wahl des Bundestages vom 6. 4. 1965 (GVBl. I S. 80) habe ich zu Kreiswahlleitern und stellvertretenden Kreiswahlleitern ernannt:

**Wahlkreis 126 Waldeck:** Landrat Dr. Karl Hermann Reccius, Korbach, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Amtmann Wilhelm Iske, Korbach, Landratsamt

**Wahlkreis 127 Kassel:** Stadtrat Heinz Hille, Kassel, Rathaus

**Stellvertreter:** Stadtrat Dr. Herbert Michaelis, Kassel, Rathaus

**Wahlkreis 128 Eschwege:** Reg.-Oberamtmann Erwin Schnitzer, Eschwege, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Oberinspektor Otto Richter, Eschwege, Landratsamt

**Wahlkreis 129 Fritzlar-Homberg:** Landrat August Franke, Fritzlar, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Amtmann Heinrich Kniest, Fritzlar, Landratsamt

**Wahlkreis 130 Hersfeld:** Kreisbeigeordneter Paul Brosey, Bad Hersfeld, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Oberamtmann Ernst Heppke, Bad Hersfeld, Landratsamt

**Wahlkreis 131 Marburg:** Oberbürgermeister Georg Gaßmann, Marburg a. d. Lahn, Rathaus

**Stellvertreter:** Bürgermeister Thorsten Peters, Marburg, a. d. Lahn, Rathaus

**Wahlkreis 132 Wetzlar:** Landrat Dr. Werner Best, Wetzlar, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Oberamtmann Berthold Kraft, Wetzlar, Landratsamt

**Wahlkreis 133 Gießen:** Oberbürgermeister Bernd Schneider, Gießen, Stadthaus

**Stellvertreter:** Magistratsrat Gustav Mank, Gießen, Stadthaus

**Wahlkreis 134 Fulda:** Bürgermeister Heinrich Gellings, Fulda, Stadtschloß

**Stellvertreter:** Obermagistratsrat Dr. Helmuth Schwinge, Fulda, Stadtschloß

**Wahlkreis 135 Obertaunuskreis:** Landrat Alfred Schneider, Weilburg, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Oberinspektor Killian Schick, Weilburg, Landratsamt

**Wahlkreis 136 Friedberg:** Kreisrechtsrat Kurt Wilhelm Sauerwein, Friedberg, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Oberamtmann Werner Peter, Friedberg, Landratsamt

**Wahlkreis 137 Limburg:** Landrat Heinz Wolf, Limburg a. d. Lahn, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Oberamtmann Ernst Kiehl, Limburg a. d. Lahn, Landratsamt

**Wahlkreis 138 Wiesbaden:** Oberbürgermeister Georg Buch, Wiesbaden, Rathaus

**Stellvertreter:** Bürgermeister Karl Anton Lutsch, Wiesbaden, Rathaus

**Wahlkreis 139 Hanau:** Oberbürgermeister Herbert Dröse, Hanau/Main, Rathaus

**Stellvertreter:** Stadtoberamtmann Karl-Heinz Müller, Hanau/Main, Rathaus

**Wahlkreis 140—142 Frankfurt I bis III:** Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert, Frankfurt/Main, Rathaus

**Stellvertreter:** Obermagistratsdir. Prof. Dr. Rudolf Gunzert, Frankfurt/Main, Stat. Amt und Wahlamt

**Wahlkreis 143 Groß-Gerau:** Landrat Alfred Schmidt, Groß-Gerau, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Inspektor Hermann Hammel, Groß-Gerau, Landratsamt

**Wahlkreis 144 Offenbach:** Oberbürgermeister Georg Dietrich, Offenbach a. Main, Rathaus

**Stellvertreter:** Magistratsrat Karl Zimeka, Offenbach a. Main, Stat. Amt und Wahlamt

**Wahlkreis 145 Darmstadt:** Oberbürgermeister Dr. Ludwig Engel, Darmstadt, Rathaus

**Stellvertreter:** Obermagistratsrat Dr. Hermann Kern, Darmstadt, Stat. Amt und Wahlamt

**Wahlkreis 146 Dieburg:** Landrat Ludwig Pfeifer, Dieburg, Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Oberamtmann Walter Preiss, Dieburg, Landratsamt

**Wahlkreis 147 Bergstraße:** Landrat Dr. Ekkehard Lommel, Heppenheim a. d. B., Landratsamt

**Stellvertreter:** Reg.-Oberamtmann Heinz Schneider, Heppenheim a. d. B., Landratsamt

Diese Ernennung gilt gemäß § 3 Abs. 2 der Bundeswahlordnung auch für die anschließende Wahlperiode.

Wiesbaden, 23. 4. 1965

Der Hessische Minister des Innern

Ile 1 — 3 e 28/09 — 1/65 — 1

St.Anz. 18/1965 S. 474

409

**Zulassung von Stimmzählgeräten für die Bundestagswahlen**

Der Bundesminister des Innern hat mit Erlaß vom 2. April 1965 — I A 5 — 121 111 — 1/1 — das von der Telefonbau und Normalzeit GmbH, Frankfurt (Main), Mainzer Landstraße 134 bis 146, entwickelten Stimmzählgerät „Schematus“ Typ 08.0900 nach § 35 Abs. 3 des Bundeswahlgesetzes für Bundestagswahlen amtlich zugelassen. Mit dieser Zulassung wird gleichzeitig festgestellt, daß Geräte dieser Bauart für die Verwendung bei Bundestagswahlen geeignet sind. Die Geräte müssen in der Bauart dem Gerät entsprechen, das von der Phys.-Techn. Bundesanstalt in deren Prüfungsbericht vom 4. März 1965 begutachtet worden ist. Etwaige spätere Änderungen des Geräts sind dem Bundesminister des Innern mitzuteilen und von der Phys.-Techn. Bundesanstalt prüfen zu lassen. Betriebsanleitung und Wartungsvorschrift sind den Stimmzählgeräten beizufügen. Nach dem o. a. Erlaß gilt zugleich die Verwendung von Stimmzählgeräten vom Typ „Schematus“ für die Bundestagswahl 1965 gemäß § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Verwendung von Stimmzählgeräten bei Wahlen zum Deutschen Bundestag vom 24. August 1961 (BGBl. I S. 1618) als genehmigt, wenn die nachstehenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- Es dürfen keine „unabhängigen“ Wahlkreisbewerber aufgetreten sein,
- es dürfen in einem Wahlkreis nicht mehr als 9 Wahlvorschläge zugelassen worden sein,
- die Funktionsfähigkeit muß vor der Wahl nach der Bedienungsanleitung und Wartungsvorschrift der Firma Telefonbau und Normalzeit GmbH, Frankfurt (Main), geprüft worden sein und darf keine Beanstandungen ergeben haben.

Die Stimmzählgeräte können auch in einzelnen Stimmbezirken einer Gemeinde eingesetzt werden.

Ich bitte die Herren Landräte, die Gemeinden unverzüglich von der Zulassung des Stimmzählgerätes „Schematus“ zu unterrichten.

Wiesbaden, 12. 4. 1965

Der Hessische Minister des Innern

Ile 1 — 3 e 28/03 — 3/65 — 1

St.Anz. 18/1965 S. 474

410

**Verlust eines Polizeiführerscheines**

Der von der Hessischen Polizeischule in Wiesbaden-Dotzheim für den Polizeiwachtmeister Gerd Schulz, geboren am 6. 2. 1944, ausgestellte Polizei-Führerschein Klasse 3 — Listen-Nr. 5409 — ist am 13. März 1965 in Verlust geraten.

Dieser Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 20. 4. 1965

Der Hessische Minister des Innern

III c 4 — 7 d 14

St.Anz. 18/1965 S. 474

411

**Genehmigung einer öffentlichen Sammlung**

hier: Konferenz der Caritasverbände in Hessen  
625 Limburg an der Lahn

Ich habe der Konferenz der Caritasverbände in Hessen, Limburg an der Lahn, Werner-Senger-Straße 15, auf Grund des Sammlungsgesetzes vom 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086) und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 14. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1250) die Genehmigung erteilt, im Lande Hessen in der Zeit vom

1. bis 6. Juli 1965

eine Geldsammlung von Haus zu Haus sowie auf öffentlichen Straßen und Plätzen durchzuführen.

Wiesbaden, 15. 4. 1965

**Der Hessische Minister des Innern**  
Ile 4 — 21 f 4 C 2/65 — 12 —  
StAnz. 18/1965 S. 475

412

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

**Landeswettbewerb „Bürger, es geht um Deine Gemeinde“ für Gemeinden von 3000 bis 30 000 Einwohnern**

Im Rahmen eines gleichgerichteten Bundeswettbewerbs soll in diesem Jahr erstmalig ein Landeswettbewerb unter dem Titel „Bürger, es geht um Deine Gemeinde“ durchgeführt werden. Den hessischen Gemeinden wird durch diesen Wettbewerb Gelegenheit gegeben, ihre städtebaulichen Leistungen der vergangenen Jahre darzustellen.

Der Wettbewerb wird in zwei Gruppen durchgeführt.

Gruppe 1 umfaßt Gemeinden von 3000 bis 10 000 Einwohnern;

Gruppe 2 Gemeinden von 10 000 bis 30 000 Einwohnern. Dabei ist es gleichgültig, ob die Gemeinde die Bezeichnung „Stadt“ führt oder nicht.

Für die Sieger aus dem Wettbewerb sind Preise vorgesehen. Die Landessieger jeder Gruppe nehmen am Bundeswettbewerb teil.

Einzelheiten des Landeswettbewerbs können den Anlagen entnommen werden.

Ich bitte, die Kreisausschüsse Ihres Bezirkes auf den Wettbewerb hinzuweisen.

Wiesbaden, 3. 4. 1965

**Der Hessische Minister des Innern**  
V c 61a 02/31 — 1/65  
StAnz. 18/1965 S. 475

\*

**Der Hessische Minister des Innern**  
Vc — 61 a 02/31 — 1/65

Wiesbaden, den 3. April 1965  
Luisenstraße 13

**Landeswettbewerb****„Bürger, es geht um Deine Gemeinde“**

Im Rahmen eines gleichgerichteten Bundeswettbewerbs schreibt der Hessische Minister des Innern in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Gemeindegtag, dem Hessischen Landkreistag, dem Hessischen Städtebund, der Deutschen Gartenbaugesellschaft, den Landeswettbewerb aus:

**„Bürger, es geht um Deine Gemeinde“**

Die Durchführung liegt in der Hand des Hessischen Ministers des Innern.

Die Landessieger in den einzelnen Gruppen nehmen am Bundeswettbewerb teil.

**1. Sinn des Wettbewerbs**

Es ist der Sinn dieses Wettbewerbs, Gemeinden im Land Hessen auszuwählen, die vorbildlich und unter lebendiger Anteilnahme ihrer Bürger ihre städtebauliche Entwicklung nach den Grundsätzen und Zielen des Bundesbaugesetzes vorbereiten und verwirklichen und sich durch besondere kommunale oder private Leistungen auszeichnen.

**2. Teilnahme am Wettbewerb**

Teilnahmeberechtigt sind Gemeinden der Größenordnung von 3000 bis 30 000 Einwohnern.

Der Landeswettbewerb wird in 2 Gruppen durchgeführt;

- a) Gemeinden von etwa 3000 bis etwa 10 000 Einwohnern,
- b) Gemeinden von etwa 10 000 bis etwa 30 000 Einwohnern.

In Grenzfällen entscheidet die Prüfungskommission (Nr. 4) mit der Gemeinde über die Zuordnung.

**3. Beurteilung der Leistungen**

Unter Berücksichtigung der Größe der Gemeinde und ihrer Finanz- und Verwaltungskraft werden insbesondere die nachstehend aufgeführten Leistungen gewertet (Erläuterungen hierzu s. Anlage 1).

**A. Städtebauliche Planung**

1. Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne)
2. Planerische Vorbereitung für die Erneuerung der Gemeinde (Sanierung).

**B. Verwirklichung der Planung**

1. Bodenordnung,
2. Erschließung der Baugebiete,
3. Errichtung von Gemeinbedarfsanlagen,
4. Gestaltung des Ortsrandes.

**C. Der Allgemeinheit dienende Anlagen**

1. Öffentliche Gebäude,
2. Soziale und kulturelle Einrichtungen,
3. Verkehrsanlagen,
4. Grün- und Wasserflächen.

**D. Bauordnungsmaßnahmen**

1. Schutz historischer Gebäude und Denkmäler,
2. Regelung der Außenwerbung,
3. Gestaltung der Vorgärten.

**E. Leistungen bürgerschaftlicher Initiative**

1. Anteilnahme der Bürgerschaft,
2. Mitarbeit der Bürger bei Gemeinschaftsaufgaben,
3. Allgemeine Pflege privater Häuser und Gärten,
4. Pflege unbebauter Grundstücke,
5. Pflege von Kleingärten, Klein- und Nebenerwerbs-siedlungen.

**4. Prüfungskommission**

Eine sachverständige Prüfungskommission, die vom Hessischen Minister des Innern im Benehmen mit

dem Hessischen Gemeindegtag,

dem Hessischen Landkreistag,

dem Hessischen Städtebund,

der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung

— Bezirksgruppe Hessen —,

der Deutschen Gartenbaugesellschaft,

dem Landeskonservator von Hessen,

den Regierungspräsidenten in den jeweiligen Bezirken,

berufen wird, ermittelt die Landessieger.

Die Entscheidungen der Prüfungskommission sind endgültig. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**5. Auszeichnungen**

Den Gemeinden, die als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgehen oder sich durch besondere Einzelleistungen auszeichnen, sollen Urkunden, Geldpreise oder Plaketten verliehen werden. Es ist vorgesehen, den Wettbewerb durch Ausstellungen sowie Veröffentlichung in Presse, Rundfunk und Fernsehen auszuwerten.

**6. Verfahren und Termine**

Gemeinden, die sich an dem Wettbewerb beteiligen, reichen die in Anlage 2 aufgeführten Unterlagen bis zum **31. Oktober 1965** beim zuständigen Regierungspräsidenten ein.

Die Regierungspräsidenten prüfen die eingegangenen Unterlagen auf Vollständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit und legen sie bis zum **31. Januar 1966** dem Hessischen Minister des Innern vor.

Die Prüfungskommission wird voraussichtlich im Mai 1966 die Ortsbesichtigungen durchführen.

Die Preisverteilung des Landeswettbewerbs „Bürger, es geht um Deine Gemeinde“ wird im Laufe des Sommers 1966 stattfinden.

Anlage 1 zur Ausschreibung des Landeswettbewerbs  
„Bürger, es geht um Deine Gemeinde“

Erläuterungen zur Beurteilung der Leistungen.

Der Beurteilung der Leistungen sind insbesondere die folgenden Rechtsvorschriften und sonstigen Unterlagen zugrunde zu legen.

1. Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341),
  2. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (BGBl. I S. 429),
  3. Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) vom 14. Juli 1953. (BGBl. I S. 591),
  4. Hessische Bauordnung,
  5. Grüne Charta von der Mainau vom 20. April 1961.
- Im einzelnen sind zu beurteilen

**A. Städtebauliche Planung**

**1. Bauleitplanung**

**Flächennutzungsplan:** Zu beurteilen ist der Flächennutzungsplan einschließlich Bestandsaufnahmen (§§ 5 ff BBauG), ggf. der Gemeinsame Flächennutzungsplan (§ 3 BBauG) oder der Flächennutzungsplan eines Planungsverbandes (§ 4 BBauG). Der Flächennutzungsplan muß nicht unbedingt genehmigt, jedoch von der Gemeinde beschlossen sein. Dabei ist auf die Anpassung des vorbereitenden Bauleitplanes an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung besonderer Wert zu legen. Sonderplanungen, insbesondere z. B. für Verkehr, Siedlungswasserwirtschaft und Grünordnung sowie agrarstrukturelle Rahmenpläne sind in die Beurteilung einzubeziehen.

**Bebauungspläne:** Zu beurteilen sind die Bebauungspläne (§§ 8 ff BBauG) als verbindliche Grundlage für die städtebauliche Ordnung. Dabei wird zu prüfen sein, ob Bebauungspläne in dem jeweils erforderlichen Umfang aufgestellt worden sind. Ferner ist zu werten, welche Maßnahmen die Gemeinde zur Steigerung der Qualität ihrer Bebauungspläne getroffen hat, ob sie ggfs. städtebauliche Wettbewerbe ausgeschrieben oder eine Planergruppe eingeschaltet hat. Neben den Bebauungsplänen können auch fachliche Teilpläne, z. B. für den Verkehr, für Landschaftsgestaltung, für die städtebauliche Gestaltung, für die Bodenordnung sowie Modelle bewertet werden.

**2. Planerische Vorbereitung für die Erneuerung der Gemeinde (Sanierung).**

Hierzu zählen Bestandsaufnahmen, Untersuchungen und Erhebungen in den für die Erneuerung vorgesehenen Gebieten sowie Vorschläge zu deren Neugestaltung.

**3. Mitwirkung der Bürgerschaft an der städtebaulichen Planung.**

Es ist zu beurteilen, inwieweit die Bürgerschaft an den Planungen der Gemeinde Anteil nimmt, z. B. durch Vorschläge und Anregungen einzelner Bürger, durch Mitarbeit von Bürgervereinen oder durch Veranstaltung von städtebaulichen Vorträgen und Ausstellungen herangezogen wurde.

**B. Verwirklichung der Planung**

**1. Bodenordnung**

Die Neuordnung bebauter und unbebauter Grundstücke durch Umlegung nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes (§§ 45 ff) und die Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes nach den Vorschriften des Flurbereinigungsgesetzes sind für die räumliche Entwicklung der Gemeinden in vielen Fällen von ausschlaggebender Bedeutung. Die bodenordnenden Maßnahmen sollen daher bei der Beurteilung berücksichtigt werden.

**2. Erschließung**

Neben der Verkehrserschließung und der Versorgung mit Wasser, Energie und Wärme ist insbesondere die Art und Weise der Abwasserbeseitigung und der Schutz der Gewässer zu bewerten. Im Zusammenhang mit der Erschließung soll auch die Lösung zur Beseitigung fester Abfallstoffe beurteilt werden.

**3. Errichtung von Gemeinbedarfsanlagen**

Die vorhandene und in Vorbereitung befindliche Ausstattung der Gemeinde mit den der Allgemeinheit dienenden

baulichen Anlagen und Einrichtungen, z. B. Verwaltungsgebäude, Büchereien, Heime für die Jugend und Kindergärten soll beurteilt werden.

**4. Gestaltung des Ortsrandes**

Die Randzone der Gemeinden sind häufig ungeordnet mit vielerlei minderwertigen Baulichkeiten angefüllt. In diesen Fällen hat die Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Die Verhältnisse am Ortsrand sind jedoch für den Gesamteindruck einer Gemeinde wichtig und sollen daher bei der Beurteilung berücksichtigt werden.

**C. Der Allgemeinheit dienende Anlagen**

Der Zustand der Anlagen, die der Allgemeinheit dienen, soll beurteilt werden.

Bei den sozialen und kulturellen Einrichtungen ist dabei u. a. besonders an Schule, Bücherei, Museum, Festhalle, Gemeinschaftshaus (Dorfgemeinschaftshaus, Bürgerhaus, Mehrzweckhalle), Kindergärten, Krankenhaus und Altenwohnstätten zu denken.

Unter Grün- und Wasserflächen sollen Waldungen, Wasserläufe, öffentliche Grünflächen, Sportstätten (Rot-Weißes Sportförderungsprogramm), Erholungsanlagen, Friedhöfe u. a. verstanden werden.

**B. Bauordnungsmaßnahmen**

**1. Historische Gebäude und Denkmäler**

Hier ist besonders auf den Schutz und auf die Erhaltung der historischen Gebäude und Denkmäler abzustellen. Es ist aber z. B. auch darauf zu achten, daß die historischen Gebäude und Denkmäler in die Ortsgestaltung einbezogen sind, soweit dies möglich ist.

**2. Regelung der Außenwerbung**

Die städtebauliche Ordnung kann durch Außenwerbung, die zu zahlreich, in zu großen Dimensionen oder an falscher Stelle angebracht ist, in ihrer ästhetischen Wirkung empfindlich beeinträchtigt werden. Gute Außenwerbung kann zur Hebung des Ortsbildes beitragen.

**3. Gestaltung der Vorgärten**

Der Gesamteindruck von Straßen und Plätzen hängt oft maßgebend von der Gestaltung und Nutzung der Vorgärten ab. Eine besondere Rolle spielen hierbei oft die Einfriedigungen.

**E. Leistungen bürgerschaftlicher Initiative**

Maßgebend für die Beurteilung ist der Gesamteindruck, den die privaten Häuser mit ihren Gärten und Einfriedigungen, die bebauten Grundstücke sowie die Kleingärten und Klein- und Nebenerwerbsbesiedlungen machen. Zu beurteilen sind ferner sonstige Leistungen, wie z. B. Grünanlagen, Spielplätze, Ausstattung von Straßen und Plätzen mit Bänken und Blumenschmuck, soweit sie nicht von der Gemeinde, sondern auf Grund privater Initiative der Bürger geschaffen worden sind.

Unterlagen, die für die Teilnahme am Landeswettbewerb erwünscht sind.

1. Flächennutzungsplan mit Textteilen und Angaben darüber, welche soziologischen, wirtschaftlichen, agrarstrukturellen und sonstigen Untersuchungen oder städtebaulichen Bestandsaufnahmen der Ausarbeitung zugrunde liegen. Landschaftsgestaltungsplan, Verkehrsplan (Generalverkehrsplan), agrarstruktureller Rahmenplan und andere Sonderpläne sind beizufügen, soweit sie vorhanden sind.
2. Karte mit Darstellung der Flächen, für die Bebauungspläne aufgestellt sind.
3. 1 bis 3 Bebauungspläne als Beispiele.
4. Kurzer Bericht über die in den letzten Jahren durchgeführten Planungen und wesentlichen Baumaßnahmen mit Angabe der Planer.
5. Angaben über Leistungen, die einer besonderen bürgerschaftlichen Initiative entspringen.
6. Einige Lichtbilder (schwarz-weiß, 13 x 18 cm), die Ausschnitte der zu bewertenden Leistungen zeigen.
7. Ggf. Schriftsätze, Veröffentlichungen u. a.
8. Angaben über die Errichtung von Gemeinschaftshäusern, Sportanlagen und anderen Einrichtungen.

413

An die Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den Magistrat der Stadt Frankfurt/M.  
— Bauaufsichtsbehörde —  
Frankfurt/Main

**Gütesicherung von Transportbeton**

1. Transportbeton darf zur Herstellung genehmigungspflichtiger baulicher Anlagen nur verwendet werden, wenn er einwandfrei beschaffen ist.

Die Güteanforderungen ergeben sich aus den von mir als Technische Baubestimmung für die Bauaufsichtsbehörden eingeführten „Vorläufigen Richtlinien für Transportbeton“ — Fassung April 1961 — (veröffentlicht im Staats-Anzeiger Nr. 40/1961 S. 1168).

2. Die Güteanforderungen gelten als erfüllt, wenn die Herstellung von Transportbeton einer ständigen Güteüberwachung unterliegt. Der erforderliche Nachweis der Güteüberwachung ist als erbracht anzusehen.

2.1 wenn der Hersteller berechtigt ist, für das Erzeugnis das Gütezeichen einer von mir anerkannten Güteschutzvereinigung zu führen oder

2.2 wenn der Hersteller mit einer anerkannten Materialprüfanstalt einen Vertrag über die ständige Überwachung der Herstellung gemäß Abschnitt 7 der Vorläufigen Richtlinien für Transportbeton abgeschlossen hat. Das Ergebnis der ersten Besichtigung und Prüfung ist mir gemäß Unterabschnitt 7.5 zu melden. Die anerkannten Materialprüfanstalten habe ich mit Erlaß vom 4. 11. 1963 (StAnz. S. 1310) bekanntgegeben.

3. Für die Gütesicherung von Transportbeton wird als Güteschutzvereinigung nach Abschnitt 2.1 der Güteschutzverband Transportbeton e. V., Köln, Ubierring 9, anerkannt.

Grundlage der Anerkennung ist die mir vorgelegte Satzung des Güteschutzverbandes Transportbeton e. V. vom 24. 11. 1964 einschl. Teil „Gütesicherungsverfahren“.

Der Nachweis der Güteüberwachung durch die v. g. Güteschutzgemeinschaft gilt als erbracht, wenn auf den Lieferpapieren das nachstehend abgebildete Gütezeichen aufgebracht ist:



Das vorstehend abgebildete Gütezeichen wird vom Güteschutzverband Transportbeton e. V. an die Mitgliedsfirmen verliehen, deren Transportbeton den Anforderungen der Vorläufigen Richtlinien entspricht und im Rahmen des Güteschutzverfahrens nachgewiesen worden ist. Der Güteschutzverband Transportbeton e. V. gibt jährlich den von mir besonders benannten behördlichen Stellen die Inhaber des Gütezeichens bekannt.

4. Für Transportbeton aus den anderen Ländern gelten die Güteanforderungen als erfüllt, wenn der erforderliche Nachweis der Güteüberwachung nach den im Ursprungsland geltenden Bestimmungen geführt worden ist.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 12. 4. 1965

**Der Hessische Minister des Innern**  
Vb — 64 b 08/03 — 1/65

StAnz. 18/1965 S. 477

414

**Der Hessische Minister der Finanzen**

**Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschläge für Arbeiter — Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II (TVZ zum MTL II) vom 9. Oktober 1963**

hier: Erster Änderungsvertrag vom 9. März 1965

Bezug: Mein Erlaß vom 25. November 1963 — P 2251 A — 45 — I 42 — (StAnz. S. 1368)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — haben am 9. März 1965 den ersten Tarifvertrag zur Änderung des Tarifvertrages über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II vereinbart.

Ich gebe den Tarifvertrag hiermit zum Vollzug bekannt und weise dabei auf folgendes hin:

1. § 3 des TVZ zum MTL II ist gestrichen worden, weil diese Vorschrift bereits in den MTL II als § 29 Abs. 5 übernommen worden ist.

Nr. 3 meines obenbezeichneten Erlasses ist damit gegenstandslos geworden und wird aufgehoben. Eine entsprechende Erläuterung wird dafür in den Vollzugserlaß zum MTL II aufgenommen.

2. Der Katalog für das Fachgebiet Gesundheitswesen (Abschnitt F der Anlage zum TVZ zum MTL II) ist um die Positionen Nr. 2, 3, 6 und 7 aus dem Katalog für die Bäderverwaltungen (Abschnitt B a. a. O.) erweitert worden. Diese Ergänzung war insbesondere im Hinblick auf die Bäderabteilungen der Versorgungskrankenhäuser und Kuranstalten erforderlich und ist vom 1. April 1965 an zu beachten.

Wiesbaden, 12. 4. 1965

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
2251 A — 45 — I/42  
StAnz. 18/1965 S. 477

Erster Tarifvertrag zur Änderung des Tarifvertrages über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II (TVZ zum MTL II) vom 9. März 1965

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes, einerseits und der

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — andererseits wird folgendes vereinbart:

§ 1 Änderungen des TVZ zum MTL II

Der Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II vom 9. Oktober 1963 wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 3 wird gestrichen.

2. Abschnitt F der Anlage (Katalog für das Fachgebiet Gesundheitswesen) erhält die aus der Anlage zu diesem Tarifvertrag ersichtliche Fassung.

§ 2 Inkrafttreten

§ 1 Nr. 1 tritt mit Wirkung vom 1. April 1964, § 1 Nr. 2 am 1. April 1965 in Kraft.

Bonn, den 9. März 1965

Für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder  
Der Vorsitzende des Vorstandes  
Glahn

Für die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —  
Kluncker  
Jacobi

Anlage zum Tarifvertrag vom 9. März 1965  
F. Katalog für das Fachgebiet Gesundheitswesen

Lfd. Nr.	Zuschlagsberechtigende Arbeiten	Zuschlagsgruppe
1	Arbeiten als Sektionsgehilfe a) in der Human- oder Tiermedizin b) an verstümmelten, in Verwesung befindlichen Leichen oder Wasserleichen	IV
2	Arbeiten, bei denen der Arbeiter ständig mit geisteskranken Patienten zu arbeits-therapeutischen Zwecken zusammenarbeitet oder sie hierbei beaufsichtigt monatlich	X 30,— DM

Lfd. Nr.	Zuschlagsberechtigende Arbeiten	Zuschlagsgruppe	Lfd. Nr.	Zuschlagsberechtigende Arbeiten	Zuschlagsgruppe
3	Aufbereiten von Fango-, Moor- oder Turbathermmasse, Moorschlamm	II	19	Reinigen der Abflüsse von Inhalationsapparaten oder Speibecken im Inhalations- oder Trinkbetrieb	IV
4	Auswaschen schmutziger Tücher, die bei Tierversuchen anfallen, von Hand	III	20	Reinigen der Moorleitungen und Moormühlen	III
5	Bedienen*) oder Reinigen von Verbrennungsöfen *) Ausgenommen ist das Bedienen von vollautomatischen Verbrennungsöfen.	V	21	Reinigungs- oder Reparaturarbeiten in Toilettenanlagen oder in Krankenzimmern auf Stationen für Haut- und Geschlechtskrankheiten, in Infektions- oder Tbc-Abteilungen	VI
6	Desinfektionsarbeiten mit Ausnahme der Schädlingsbekämpfung	II	22	Transport nicht eingesargter Leichen einschließlich des Reinigens der Transportmittel je Träger und Leiche	2,50 DM
7	Einsammeln oder Sortieren von Infektionswäsche, stark verschmutzter Instituts- oder Klinikwäsche sowie Beschicken der Waschmaschinen von Hand mit Infektionswäsche oder stark verschmutzter Wäsche	III			
8	Entleeren von Moorgruben oder Moortwannen von Hand	II			
9	Heben, Tieferlegen oder Umbetten einer Leiche vor Ablauf der Ruhezeit oder einer noch nicht völlig verwesenen Leiche nach Ablauf der Ruhezeit je Leiche	32,— DM			
10	Reinigungsarbeiten in Behandlungsräumen von Unfall-Ambulanzen	III			
11	Reinigungsarbeiten in Gipsräumen von Krankenanstalten	II			
12	Reinigen des Innern von Krankentransportwagen bei besonderen Verunreinigungen je Reinigung	2,50 DM			
13	Reinigen oder Reparieren von Matratzen, Umfüllen alter Federbetten oder Federkissen	II			
14	Reinigungsarbeiten in Kriech- oder Operationssälen, Leichen- oder Sektionsräumen	III			
15	Reinigungs- oder Reparaturarbeiten an Abflüssen in Infektions- oder Tbc-Abteilungen, Kriech- oder Operationssälen, Laboratorien, Leichen- oder Sektionsräumen, Stationen für Haut- und Geschlechtskrankheiten sowie an Abflüssen von Speibecken in HNO-Kliniken	VI			
16	Reinigen von Infektions- oder Operationswäsche von Hand	III			
17	Reinigen von medizinischen Sauggeräten	IV			
18	Reinigen von Speibecken in HNO-Kliniken, in Infektions- oder Tbc-Abteilungen	IV			

## 415

**Zuständigkeiten bei der Einstellung, Abordnung, Versetzung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern des Landes Hessen**

In Abänderung meines Erlasses vom 21. November 1963 — P 2000 A — 3 — I 11 — (StAnz. S. 1368) übertrage ich den Kurdirektoren der Staatsbäder die Befugnis,

Arbeiter aller Lohngruppen einzustellen, in die Lohngruppen einzureihen und ihr Arbeitsverhältnis durch Auflösungsvertrag oder Kündigung zu beenden.

Die Direktoren der in Regie der Staatsbäder geführten Hotelbetriebe werden ermächtigt,

Bedienstete, die nach dem Tarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe entlohnt und unter die Rentenversicherung der Arbeiter fallen, einzustellen, in die Lohngruppen einzureihen und ihr Arbeitsverhältnis durch Auflösungsvertrag oder Kündigung zu beenden.

Für die Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von Bediensteten, die nach der Tarifordnung für Mitglieder von Kurkapellen vergütet werden oder die unter den Tarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe und unter die Rentenversicherung der Angestellten fallen, ist die Hauptverwaltung der Hessischen Staatsbäder zuständig.

Wiesbaden, 12. 4. 1965

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
P 2000 A — 3 — I 11

In Vertretung  
gez. Dr. Krauß

StAnz. 18/1965 S. 478

## 416

**Der Hessische Minister der Justiz****Ausführung des Hessischen Richtergesetzes**

hier: Geschäftsordnung des Richterwahlausschusses

Der Richterwahlausschuß hat in seiner Sitzung vom 1. Februar 1965 die nachfolgende Geschäftsordnung beschlossen:

## § 1

Mitglieder des Ausschusses, die an einer Sitzung teilzunehmen verhindert sind, teilen dies dem Minister der Justiz möglichst frühzeitig mit.

## § 2

Der Vorsitzende (§ 17 Abs. 1 Satz 2 u. 3 RHG) stellt zu Beginn der Sitzung fest, welche der an der Sitzung teilnehmenden Personen stimmberechtigt sind und ob der Ausschuß beschlußfähig ist.

## § 3

Über die Ausschließung von der Mitwirkung bei der Beschlußfassung (§ 15 HRiG) entscheidet im Zweifelsfall der Ausschuß ohne Mitwirkung des betroffenen Mitgliedes mit einfacher Stimmenmehrheit.

## § 4

Auf Antrag eines Mitgliedes, des Ministers der Justiz oder eines sonst am Verfahren beteiligten Ministers kann der Ausschuß mit einfacher Stimmenmehrheit anderen als kraft Gesetzes hierzu berechtigten Personen die Anwesenheit in seinen Sitzungen gestatten.

## § 5

(1) Nach dem mit einem Vorschlag abschließenden Vortrag des Berichterstatters (§ 19 Abs. 1 HRiG) findet auf Antrag vor der Abstimmung eine Aussprache statt.

(2) Wenn Bedenken gegen den Vorschlag des Ministers der Justiz oder des sonst zuständigen Ministers (§§ 19, 21 HRiG) erhoben werden, kann der Ausschuß die Entscheidung aussetzen. Der Ausschuß kann in diesem Falle

- die persönliche Anhörung des Vorgeschlagenen vor dem Ausschuß anordnen, oder
- ein Ausschußmitglied, den Minister der Justiz oder den sonst zuständigen Minister mit der Durchführung von Ermittlungen beauftragen.

(3) Im Falle einer ablehnenden Entscheidung oder einer Zurückstellung gibt der Ausschuß eine Begründung, die nicht zu den Personalakten des Vorgeschlagenen genommen wird. Der Minister der Justiz ist berechtigt, diese Begründung dem Abgelehnten oder Zurückgestellten mitzuteilen.

## § 6

(1) Die Niederschrift über die Sitzung (§ 17 Abs. 3 HRiG) ist von dem Vorsitzenden und von dem durch ihn hinzugezogenen Protokollführer zu unterzeichnen.

(2) Die Niederschrift muß enthalten

- die Namen des Vorsitzenden und der anwesenden Ausschußmitglieder, die Namen und Funktionen der Vertreter der Ministerien (§ 17 Abs. 2 HRiG) und die Namen der

jenigen Personen, denen der Ausschuß die Anwesenheit gestattet hat (§ 4),

- b) die Feststellung über die Stimmberechtigung der stellvertretenden Mitglieder und über die Beschlußfähigkeit (§ 2),  
 c) die Entscheidung des Ausschusses zu jedem Beratungsgegenstand sowie gegebenenfalls die zu einer Entscheidung gegebene Begründung (§ 5 Abs. 3).

(3) Jedes Ausschußmitglied kann verlangen, daß seine Stellungnahme zu einem Beratungsgegenstand in die Niederschrift aufgenommen wird.

(4) Die Niederschrift steht jedem Mitglied zur Einsicht offen.

## § 7

Der Minister der Justiz führt die Verwaltungsgeschäfte für den Richterwahlausschuß. Er verwahrt die sich aus der Tätigkeit des Ausschusses ergebenden Aktenvorgänge, insbesondere die Sitzungsniederschriften (§ 6) und die Mitteilungen über die Verhinderungen von Ausschußmitgliedern (§ 1).

Wiesbaden, 14. 4. 1965

**Der Hessische Minister der Justiz**

3110/1 — I/1 — 531

StAnz. 18/1965 S. 478

417

## Der Hessische Kultusminister

### Errichtung und Umpfarrung von Kirchengemeinden in Korbach

#### Umpfarrungs- und Errichtungsurkunde

Gemäß § 2 Abs. 2 und unter Hinweis auf § 107 Ziffer 4 der Verfassung der Evangelischen Landeskirche in Hessen-Cassel vom 1. Juni 1924 sowie auf Grund des § 2 Abs. 1 und § 21 des Kirchengesetzes betr. die Leitung und Verwaltung der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck vom 27. September 1945/4. Dezember 1947 — KA 1948 S. 16 — hat der Bischof der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck nach Anhörung der Beteiligten folgendes festgesetzt:

## § 1

Die Evangelische Kirchengemeinde Korbach, Kirchenkreis des Eisenbergs, wird in vier Kirchengemeinden geteilt, die die Namen:

- Evangelische Kirchengemeinde der Kilianskirche zu Korbach,
- Evangelische Kirchengemeinde der Nikolaikirche zu Korbach,
- Evangelische Kirchengemeinde der Markuskirche zu Korbach,
- Evangelische Kirchengemeinde der Johanneskirche zu Korbach, führen.

## § 2

Die Gebiete der vier Kirchengemeinden grenzen sich wie folgt voneinander ab:

1. Zur Evangelischen Kirchengemeinde der Kilianskirche gehören die Wohngebiete südöstlich der Sachsenberger Landstraße, nordöstlich Westwall, südlich der Lengfelder Straße, Professor-Kümmel-Straße, Klosterstraße, Strother Straße, südwestlich der Heerstraße (von Kreuzung Strother Straße, bis Einmündung in die Wildunger Landstraße) und Wildunger Landstraße.

2. Zur Evangelischen Kirchengemeinde der Nikolaikirche gehören die Wohngebiete westlich der Arolser Landstraße bis Heerstraße, südwestlich der Heerstraße (bis Kreuzung Strother Straße), nördlich der Strother Straße, Klosterstraße, Professor-Kümmel-Straße, Lengfelder Straße, südöstlich Am Kniep, nordöstlich der Flechtdorfer Straße.

3. Zur Evangelischen Kirchengemeinde der Markuskirche gehören die Wohngebiete südöstlich der Arolser Landstraße, nordöstlich der Heerstraße und der Wildunger Landstraße.

4. Zur Evangelischen Kirchengemeinde der Johanneskirche gehören die Wohngebiete nordwestlich der Sachsenberger Landstraße, südwestlich Westwall, südlich der Lengfelder Straße, nordwestlich Am Kniep, südwestlich der Flechtdorfer Straße.

## § 3

Zum Zwecke der in § 1 beschriebenen Gemeindeteilung wird folgende Regelung getroffen:

1 Die Mitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach, die in dem in § 2 Ziffer 1 bezeichneten Gebiet wohnen, werden aus der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach ausgepfarrt. Aus ihnen wird die Evangelische Kirchengemeinde der Kilianskirche zu Korbach neu gebildet.

2. Die Mitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach, die in dem in § 2 Ziffer 2 bezeichneten Gebiet wohnen, werden aus der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach ausgepfarrt. Aus ihnen wird die Evangelische Kirchengemeinde der Nikolaikirche zu Korbach neu gebildet.

3. Die Mitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach, die in dem in § 2 Ziffer 3 bezeichneten Gebiet wohnen, werden aus der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach ausgepfarrt. Aus ihnen wird die Evangelische Kirchengemeinde der Markuskirche zu Korbach neu gebildet.

4. Die Mitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach, die in dem in § 2 Ziffer 4 bezeichneten Gebiet wohnen, werden aus der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach ausgepfarrt. Aus ihnen wird die Evangelische Kirchengemeinde der Johanneskirche zu Korbach neu gebildet.

## § 4

Die Evangelische Kirchengemeinde Korbach wird mit der Maßgabe aufgehoben, daß die in § 1 genannten und in § 2 näher beschriebenen vier Kirchengemeinden die Rechtsnachfolger der bisherigen Evangelischen Kirchengemeinde Korbach sind. Über das Vermögen der bisherigen Evangelischen Kirchengemeinde Korbach findet eine Auseinandersetzung statt.

## § 5

Die 4 Pfarrstellen der Evangelischen Kirchengemeinde Korbach werden in folgender Weise auf die neuen Kirchengemeinden übertragen:

1. Die bisherige 1. Pfarrstelle (Altstadt) wird der Evangelischen Kirchengemeinde der Kilianskirche zu Korbach zugeteilt.

2. Die bisherige 2. Pfarrstelle (Neustadt) wird der Evangelischen Kirchengemeinde der Nikolaikirche zu Korbach zugeteilt.

3. Die bisherige 3. Pfarrstelle wird der Evangelischen Kirchengemeinde der Markuskirche zu Korbach zugeteilt.

4. Die bisherige 4. Pfarrstelle wird der Evangelischen Kirchengemeinde der Johanneskirche zu Korbach zugeteilt.

## § 6

Die Evangelische Kirchengemeinde Lengfeld, Kirchenkreis des Eisenbergs, wird mit der Evangelischen Kirchengemeinde der Kilianskirche zu Korbach und die Evangelische Kirchengemeinde Lelbach, Kirchenkreis des Eisenbergs, mit der Evangelischen Kirchengemeinde der Nikolaikirche zu Korbach pfarramtlich verbunden.

## § 7

Diese Urkunde tritt am 1. April 1965 in Kraft.

\*

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.  
 Wiesbaden, 13. 4. 1965

**Der Hessische Kultusminister**  
 J 2 — 881/11 — 77

StAnz. 18/1965 S. 479

418

## Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

**Bau und Betrieb einer 110-kV-Hochspannungsfreileitung von Goddelau nach Biebesheim**

## Anordnung

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit Artikel 129 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden-Aktiengesellschaft, Mainz am Rhein, die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in den Gemeinden Goddelau und Biebesheim, Landkreis Groß-Gerau, Regierungsbezirk Darmstadt, für den Bau und Betrieb einer 110-kV-Hochspannungsfreileitung von Goddelau nach Biebesheim im Wege der Enteignung für zulässig erklärt.

Auf das Verfahren findet das hessische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193) Anwendung.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens nicht bis zum 30. April 1966 gestellt worden ist.

Für die Enteignung von Grundeigentum des Staates und von Rechten des Staates an Grundeigentum bedarf es einer besonderen Anordnung.

Wiesbaden, den 12. April 1965

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
II c 1 — 215 E — 149  
In Vertretung  
gez. Dr. L u t z

StAnz. 18/1965 S. 480

419

**Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasleitung von Frankfurt-Bonames nach Frankfurt-Fechenheim**

## Anordnung

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit Artikel 129 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Main-Gaswerke Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in der Gemeinde Harheim, Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, in der Gemeinde Bergen-Enkheim, Landkreis Hanau, und in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Main), Regierungsbezirk Wiesbaden, für den Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasleitung von Frankfurt-Bonames nach Frankfurt-Fechenheim im Wege der Enteignung für zulässig erklärt.

Auf das Verfahren findet in der Gemeinde Harheim das hessische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Hess. Reg.-Bl. S. 193) und in der Gemeinde Bergen-Enkheim und der kreisfreien Stadt Frankfurt das preußische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922 (GS S. 211) Anwendung.

Für die Enteignung von Grundeigentum des Staates und von Rechten des Staates an Grundeigentum bedarf es einer besonderen Anordnung.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens nicht bis zum 30. April 1966 gestellt worden ist.

Wiesbaden, den 12. April 1965

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
II c 1 — 215 G — 148  
In Vertretung  
gez. Dr. L u t z

StAnz. 18/1965 S. 480

420

**Bekanntmachung der Verleihungsurkunden für die Salzbergwerke „Treischfeld I“ und „Treischfeld II“**

## Verleihungsurkunde

Auf den Antrag des Hessischen Oberbergamts in Wiesbaden wird auf Grund des § 38 b des Allgemeinen Berggesetzes für das Land Hessen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. April 1953 (GVBl. S. 61) dem Lande Hessen unter dem Namen

## „Treischfeld I“

in dem nachstehend näher bezeichneten Felde das Bergwerkseigentum zur Aufsuchung und Gewinnung des darin vorkommenden Steinsalzes sowie der Kali-, Magnesia- und Borsalze nebst den mit diesen Salzen auf derselben Lagerstätte vorkommenden Salzen hierdurch verliehen.

Die Begrenzung des Bergwerksfeldes ist auf dem zugehörigen Situationsriß mit den Ziffern 1, 2, 3, 4 und 5 bezeichnet.

Das Bergwerksfeld liegt in den Gemeindebezirken Dittlofrod, Arzell, Betzenrod, Buchenau, Eiterfeld, Giesenhain, Körnbach, Leimbach, Oberstoppel, Steinbach und Unterstoppel des Kreises Hünfeld im Regierungsbezirk Kassel, Oberbergamtsbezirk Wiesbaden; es hat einen Flächeninhalt von 15 383 188 qm (in Worten: fünfzehnmillionendriehundertdreißigtausendeinhundertachtundachtzig Quadratmetern).

Wiesbaden, 30. 3. 1965

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**

StAnz. 18/1965 S. 480

## Verleihungsurkunde

Auf den Antrag des Hessischen Oberbergamts in Wiesbaden wird auf Grund des § 38 b des Allgemeinen Berggesetzes für das Land Hessen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. April 1953 (GVBl. S. 61) dem Lande Hessen unter dem Namen

## „Treischfeld II“

in dem nachstehend näher bezeichneten Felde das Bergwerkseigentum zur Aufsuchung und Gewinnung des darin vorkommenden Steinsalzes sowie der Kali-, Magnesia- und Borsalze nebst den mit diesen Salzen auf derselben Lagerstätte vorkommenden Salzen hierdurch verliehen.

Die Begrenzung des Bergwerksfeldes ist auf dem zugehörigen Situationsriß mit den Ziffern 1, 2, 3, 4, 5 und 6 bezeichnet.

Das Bergwerksfeld liegt in den Gemeindebezirken Steinbach, Betzenrod, Burghaun, Gruben, Leimbach, Malges, Roßbach und Rothenkirchen des Kreises Hünfeld im Regierungsbezirk Kassel, Oberbergamtsbezirk Wiesbaden; es hat einen Flächeninhalt von 19 796 655 qm (in Worten: neunzehn-millionensebenhundertsechundneunzigtausendsechshundertfünfundfünfzig Quadratmetern).

Wiesbaden, 30. 3. 1965

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**

StAnz. 18/1965 S. 480

Die vorstehenden Verleihungsurkunden werden unter Hinweis auf § 38 b Absatz 4 des Allgemeinen Berggesetzes für das Land Hessen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. April 1953 (GVBl. S. 61) öffentlich bekanntgemacht.

Wiesbaden, 30. 3. 1965

**Hessisches Oberbergamt**  
Tgb.-Nr. 2531/64 — 76 b 02 05

StAnz. 18/1965 S. 481



421

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Lehrtierärzte im Lande Hessen

Regierungsbezirk Darmstadt

- Dr. Dippel, Karl 6320 Alsfeld, Grünberger Str. 30
- Dr. Girndt, Lothar 6494 Freiensteinau
- Dr. Harth, Friedrich 6301 Allendorf (Lumda), Bahnhofstr. 33
- Dr. Hofmann, Walter 6124 Beerfelden, Odenwaldstr. 15
- Dr. Hüg, Alfons 6100 Darmstadt-Arheilgen, Woogstr. 51
- Dr. Kunisch, Heinz 6361 Assenheim, Niederwöllstädter Str.
- Dr. Langer, Hans-Joachim 6424 Grebenhain, Bahnhofstr.
- Dr. Pfeiffer, Kurt 6140 Bensheim, Auerbacherweg 26
- Dr. Spamer, Erich 6470 Büdingen, Gymnasiumstr. 37
- Dr. Steuernagel, Helmut 6420 Lauterbach, Goldhelg 37
- Dr. Fritz, Hanns 6306 Münzenberg

Regierungsbezirk Kassel

- Dr. Atzert, Edmund 6407 Neuhof, Am Kreuzberg 80
- Dr. Brettmann, Otto 6434 Niederaula
- Dr. Burde, Hans 3501 Zierenberg, Gartenstr. 2
- Dr. Faber, Toni 6414 Hilders (Röhn)
- Dr. Fiedler, Helmut 3501 Großenritte
- Dr. Füser, Egon 6400 Fulda, Königstr. 13b
- Dr. Gühlenhaupt, Ernst 6443 Sontra-Hornel
- Dr. Jahn, Ferdinand 6411 Hofbieber
- Dr. Kaufmann, Adolf 3440 Eschwege-West, Landstr. 19
- Dr. Leyhe, Karl 3547 Rhoden (Waldeck), Helmighäuser Str. 34
- Dr. Löber, Friedrich 3579 Frielendorf
- Dr. Rödder, Karl 3520 Hofgeismar
- Dr. Uffelmann, Heinrich 3551 Schönstadt
- Dr. Zuraw, Rudolf 3503 Lofelden-C, Bachstr. 10

Regierungsbezirk Wiesbaden

- Dr. Balk, Martin 6000 Frankfurt (Main)-Fechenheim, Birsteiner Str. 94
- Dr. Dietrich, Wilhelm 6000 Frankfurt (Main), Feuerbachstr. 29
- Dr. Hammer, Walter 6301 Rodheim-Bieber
- Dr. Heun, Willi 6331 Erda, Kreis Wetzlar
- Dr. Klöppel, Günther 6000 Frankfurt (Main), Gartenstr. 10
- Dr. Langlotz, Karl 6390 Usingen (Taunus)

- Dr. Linß, Curt 6291 Aumenau, Tiergartenstr. 8
- Dr. Zarnack, Ulrich 6492 Sterbfritz, Kreis Schlüchtern

Auf Vorschlag der Landestierärztekammer Hessen, Wiesbaden, Bahnhofstraße 59, erhalten vorstehend aufgeführte Lehrtierärzte die Erlaubnis, bis einschließlich 31. Dezember 1967 Veterinärpraktikanten aufzunehmen und diese jeweils bis zur Beendigung der vorgeschriebenen Ausbildungszeit nach den „Richtlinien für die Ausbildung von Veterinärpraktikanten“ zu beschäftigen.

Außerdem kann eine Praktikantenzeit ganz oder teilweise mit meiner besonderen Genehmigung unter Aufsicht der Direktoren

- der Chirurgischen Veterinärklinik und Chirurgischen Veterinär-Poliklinik,
- der Medizinischen und Gerichtlichen Veterinärklinik und Medizinischen Poliklinik und
- der Ambulatorischen und Geburtshilflichen Veterinärklinik

der Justus-Liebig-Universität Gießen nach den „Richtlinien für die Ausbildung von Veterinärpraktikanten“ abgeleistet werden. Die Genehmigung wird im allgemeinen nur solchen Praktikanten erteilt, die in der Ausübung der Praxis behindert sind.

Wiesbaden, den 31. März 1965

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
VII a 2 — 19a 18 — Tgb.-Nr. 838  
St.Anz. 18/1965 S. 481

422

Vorzeitige Einziehung von einem Salmonella-Faktorens Serum

Nachprüfungen haben ergeben, daß das Samonella-Faktorens Serum H — b mit der Kontrollnummer 139 (einhundertneunddreißig) aus der Firma Behringwerke AG, Marburg (Lahn), wegen Abschwächung der Titerhöhe — um mehr als eine Stufe — unbrauchbar geworden ist.

Das Serum wird daher vorzeitig zum Einzug bestimmt.  
Wiesbaden, 9. 4. 1965

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
VI/h 18 h 02 07  
St.Anz. 18/1965 S. 481

423

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen

Bevölkerungszahl: 5 053 699

Monat März 1965  
(28. 2. — 3. 4. 1965)

(Monat setzt sich aus 5 Wochenberichten zusammen)

Reg.-Bezirk	E = Erkrankungsfall T = Todesfall	Enteritis infectiosa	Salmonellose	übrige Formen	übertragbare Gehirnentzündung	Übertrg. Kinderlähmung	Ornithose	Ruhr				Brucellose	Übertr. Hirnhautentzündung			Leptospirose	Todesfall an																					
								Paratyphus A und B	Bakterielle Ruhr	Amöbenruhr	Typhus abdominalis		Diphtherie	Scharlach	Ban'sche Krankheit		Maltarfieber	übrige Formen	Meningokokken-Meningitis	übrige Formen	Hepatitis infectiosa	Weil'sche Krankheit	Feldfieber	Cantoniarfieber	übrige Formen	Verletzung durch tollwutkranke oder -verdächtige Tiere*	Toxoplasmose	Malaria	Mikrosporite	Grippe (Virusgrippe)	Keuchhusten	Masern						
Reg.-Bezirk DARMSTADT	E	—	—	—	1	—	—	1	—	2	3	—	3	—	82	1	—	—	4	3	80	—	—	—	—	—	—	—	2	5	—	—	—	—	—	—		
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Reg.-Bezirk KASSEL	E	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	2	—	95	—	—	—	—	3	8	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reg.-Bezirk WIESBADEN	E	2	—	—	—	—	—	2	—	2	1	1	1	1	148	—	—	—	—	2	5	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Land HESSEN	E	2	—	1	—	—	—	3	—	5	4	1	6	1	325	1	—	—	—	9	16	174	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

\*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
VI e — 18 d 02  
St.Anz. 18/1965 S. 481

Wiesbaden, 12. 4. 1965

424

**Zulassung als Gegenschverständiger für die Untersuchung von Speiseeis**

Der Regierungspräsident hat den

Regierungsschemierat a. D. Dr. phil. Ernst-August Scheidt, Kassel, Tischbeinstraße 100,

mit Verfügung vom 25. Februar 1965 -- I/6 a Az.: 20a 02 -- als Sachverständigen für die Untersuchung der im Zuge der Lebensmittelüberwachung zurückgelassenen Gegenproben von Speiseeis bestellt.

Die Bestellung gilt gemäß meinem Erlaß vom 12. November 1962 -- 20a 02 -- für das ganze Land Hessen.

Wiesbaden 9. 4. 1965

**Der Hessische Minister  
für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
VI/g -- 20a -- 04 -- 19

StAnz. 18/1965 S. 482

425

**Kriegsopferfürsorge**

hier: Anwendung des § 27 Abs. 5 BVG, wenn die Verzögerung des rechtzeitigen Abschlusses der Ausbildung auf die Ableistung eines verlängerten Grundwehrdienstes zurückgeht.

Bezug: Erlaß vom 13. 3. 1963 (StAnz. S. 423).

In der Veröffentlichung StAnz. 15/65 S. 412 muß es in der dritten und vierten Zeile des 2. Absatzes richtig heißen:

„-- zu der Frage, ob und inwieweit eine Verzögerung des rechtzeitigen Abschlusses der Ausbildung ...“

Im Absatz 3 muß der in der sechsten Zeile beginnende Satz lauten:

„Im Falle des sogenannten verlängerten Grundwehrdienstes kamen dem Wehrpflichtigen die finanziellen Vorteile eines Soldaten auf Zeit somit lediglich auf die Dauer eines halben Jahres zugute.“

StAnz. 18/1965 S. 482

426

**Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen**

Im Monat März 1965 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen.

1. Nr. 101/142 -- Tarifvertrag vom 12. 1. 1965 betr. Ortszuschlag.
2. Nr. 101/143 -- Gehaltstarifvertrag Nr. 4 vom 12. 1. 1965. Zu 1. und 2. betr. Milchkontrollangestellte des Landeskontrollverbandes Hessen-Nassau e. V.  
Zu 1. und 2. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Frankfurt am Main, Feuerbachstr. 49, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
3. Nr. 201/107 -- Manteltarifvertrag vom 1. 10. 1964 für die Waldarbeiter der Staatsforstverwaltung des Landes Hessen (Hessischer Staatsforstarbeitertarifvertrag -- HSFT II --).  
Tarifvertragsparteien:  
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
4. Nr. 201/108 -- Tarifvertrag Nr. 188 vom 18. 12. 1964 über die Neuregelung der Zeitlöhne für Gemeindegewaldarbeiter im Lande Hessen.
5. Nr. 201/109 -- Tarifvertrag Nr. 189 vom 28. 12. 1964 über die Gewährung einer Zuwendung an die unter den GFTV fallenden Gemeindegewaldarbeiter im Lande Hessen.  
Zu 4. und 5. Tarifvertragsparteien:  
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. mit Sondergruppe forstwirtschaftliche Betriebe und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, sowie Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
6. Nr. 304a/53 -- Lohntarifvertrag vom 26. 1. 1965 für die Arbeiter sowie Entgelte für die gewerblichen Lehrlinge.

7. Nr. 304a/54 -- Gehaltstarifvertrag vom 26. 1. 1965 für die Angestellten sowie Entgelte für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge.

Zu 6. und 7. betr. Arbeitnehmer der Firma Richelsdorfer Hütte, Lindgens &amp; Co.

Zu 6. und 7. Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

8. Nr. 305/116 -- Gehaltstarifvertrag vom 7. 9. 1964 für die Angestellten der Grube Malapertus und der Sandgrube Ortenberg der Buderusschen Eisenwerke, Wetzlar.

Tarifvertragsparteien:

Buderussche Eisenwerke, Wetzlar, und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum.

9. Nr. 309/101 -- Lohntarifvertrag vom 3. 2. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer.

10. Nr. 309/102 -- Gehaltstarifvertrag vom 11. 2. 1965 für die Angestellten.

11. Nr. 309/103 -- Tarifvertrag vom 11. 2. 1965 über Entgelte für alle Lehrlinge.

12. Nr. 309/104 -- Tarifvertrag vom 11. 2. 1965 zur Änderung des Arbeitermanteltarifvertrages vom 1. 2. 1957 und des Angestelltenmanteltarifvertrages vom 21. 3. 1958 (Urlaub). Zu 9. bis 12. abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum, Alte Hattinger Straße 19.

13. Nr. 309/105 -- Tarifvertrag vom 11. 2. 1965 zur Änderung des Angestelltenmanteltarifvertrages vom 21. 3. 1958 (Urlaub).

14. Nr. 309/106 -- Gehaltstarifvertrag vom 11. 2. 1965 für die Angestellten.

15. Nr. 309/107 -- Tarifvertrag vom 11. 2. 1965 über Entgelte für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge.

Zu 13. bis 15. abgeschlossen mit der Deutschen Angestelltegewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.

16. Nr. 309/108 -- Tarifvertrag vom 11. 2. 1965 zur Änderung des Angestelltenmanteltarifvertrages vom 21. 3. 1958 (Urlaub).

17. Nr. 309/109 -- Gehaltstarifvertrag vom 11. 2. 1965 für die Angestellten.

18. Nr. 309/110 -- Tarifvertrag vom 11. 2. 1965 über Entgelte für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge.

Zu 16. bis 18. abgeschlossen mit dem DHV -- Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg. Zu 9. bis 18. betr. Arbeitnehmer der Erdöl- und Erdgas-, Bohr- und Gewinnungsbetriebe in der Bundesrepublik mit Ausnahme der Mobil Oil AG.

Zu 9. bis 18. Tarifvertragsparteien:

Wirtschaftsverband Erdölgewinnung e. V., Hannover, Theaterstraße 15, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

19. Nr. 403/62 -- Manteltarifvertrag vom 7. 1. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Firma Erbslöh &amp; Co. Geisenheimer Kaolinwerke in Geisenheim Rhein. Werk Geisenheim.

Tarifvertragsparteien:

Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

20. Nr. 409/143 -- Tarifvertrag vom 17. 8. 1961 betr. Mantelbestimmungen und Arbeitszeitregelung.

21. Nr. 409/144 -- Lohntarifvertrag vom 24. 11. 1962.

Zu 20. und 21. betr. gewerbliche Arbeitnehmer der Firma I. M. Richter KG, Glasveredlungs- und Vertriebsgesellschaft, Großalmerode, Bezirk Kassel.

Zu 20. und 21. Tarifvertragsparteien:

I. M. Richter KG, Glasveredlungs- und Vertriebsgesellschaft, Großalmerode, Bezirk Kassel, und Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Verwaltungsstelle Kassel, Spohrstraße 6--8, sowie Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/Main.

22. Nr. 1100/149 -- Gehaltstarifvertrag vom 2. 2. 1965 für die akademisch gebildeten Angestellten der chemischen Industrie in den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Tarifvertragsparteien:

Tarifgemeinschaft von Arbeitgeberverbänden der Chemischen Industrie, Wiesbaden, und Verband Angestellter Akademiker der Chemischen Industrie e. V., Köln. Bund Angestellter Akademiker, Berufsgruppe in der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hannover, sowie Deutsche Angestelltegewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.

23. Nr. 1103c/23 — Tarifvertrag vom 11. 1. 1965 über die Neuregelung der Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
24. Nr. 1103c/24 — Protokollnotiz vom 11. 1. 1965 über die Wiederinkraftsetzung des Manteltarifvertrages vom 2. 8. 1963.  
Zu 23. und 24. betr. alle Arbeitnehmer der ARAL Akt.-Ges. in der Bundesrepublik.  
Zu 23. und 24. Tarifvertragsparteien:  
ARAL Akt.-Ges., Bochum, Wittener Straße 45, und Deutsche Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg 36, Karl-Muck-Platz 1.
25. Nr. 1200/189 — Tarifvertrag vom 15. 2. 1965 über die Wiederinkraftsetzung des Manteltarifvertrages für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister in der Textilindustrie im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Landesvereinigung Hessen der deutschen Textilindustrie e. V. — Sozialpolitischer Ausschuß, Bad Hersfeld, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Düsseldorf.
26. Nr. 1303/96 — Tarifvertrag vom 17. 2. 1965 über die Neuregelung der Entgelte für die gewerblichen Lehrlinge in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik.  
Tarifvertragsparteien:  
Hauptverband der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie e. V. — Sozialpolitischer Hauptausschuß, Frankfurt/Main, und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.
27. Nr. 1400/120 — Lohntarifvertrag vom 3. 2. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer des Formstechereigewerbes in der Bundesrepublik.  
Tarifvertragsparteien:  
Bundes-Formstecher-Innung, Hildesheim, und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Stuttgart.
28. Nr. 1401b/11 — Tarifvertrag vom 28. 1. 1965 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer des Reprografiegewerbes in der Bundesrepublik vom 23. 3. 1963 (Geltungsbereich, Überstundenzuschlag).  
Tarifvertragsparteien:  
Fachverband der Repografie-Betriebe und Lichtpausereien e. V., Wuppertal-Elberfeld, und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.
29. Nr. 1501/33 — Tarifvertrag vom 23. 12. 1964 betr. Urlaubsregelung für alle Angestellten über 18 Jahre (Zusatztarifvertrag I zum Manteltarifvertrag vom 10. 2. 1950 für die Angestellten sowie Werkmeister der Lederindustrie im Lande Hessen).
30. Nr. 1501/34 — Tarifvertrag vom 23. 12. 1964 über die Verkürzung der Arbeitszeit für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Lehrlinge sowie Werkmeister.  
Zu 29. und 30. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, in Stuttgart, und Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/M., sowie der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
31. Nr. 1501/35 — Lohntarifvertrag vom 9. 2. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, in Stuttgart, sowie Bezirk Hessen in Frankfurt/Main.  
Zu 29. bis 31. betr. Arbeitnehmer der ledererzeugenden Industrie im Lande Hessen.  
Zu 29. bis 31. Tarifvertragsparteien:  
Vereinigung der hessischen ledererzeugenden Industrie e. V. — Sozialpolitischer Ausschuß, Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
32. Nr. 1502/53 — Manteltarifvertrag vom 14. 12. 1954 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Heimarbeiter.
33. Nr. 1502/54 — Tarifvertrag vom 14. 12. 1964 über die Tarifkommission und Schlichtungsstelle.
34. Nr. 1502/55 — Tarifvertrag vom 14. 12. 1964 über die Erhöhung des Urlaubs für die Arbeiter in den entsprechenden Länderurlaubsvereinbarungen.  
Zu 32. bis 34. betr. Arbeitnehmer der Lederwaren- und Kofferindustrie in der Bundesrepublik.  
Zu 32. bis 34. Tarifvertragsparteien:  
Verband der Deutschen Lederwaren- und Kofferindustrie e. V., Offenbach/M., und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
35. Nr. 1502/56 — Lohntarifvertrag vom 15. 1. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Heimarbeiter in der Plastikwarenindustrie im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Fachverband Plastikwarenindustrie e. V., München, und Berufsverband christlicher Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter, Augsburg.
36. Nr. 152a/14 — Tarifvertrag vom 17. 2. 1965 über die Neuregelung der Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer in Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden.
37. Nr. 1502a/15 — Tarifvertrag vom 17. 2. 1965 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik vom 16. 10. 1952 (zusätzliches Urlaubsgeld für alle Arbeitnehmer, Arbeitszeit).  
Zu 36. und 37. betr. Arbeitnehmer in den Betrieben der Treibriemen-, techn. Lederartikel- und ASA-Industrie in der Bundesrepublik.  
Zu 36. und 37. Tarifvertragsparteien:  
Wirtschaftsverband Industriederzeugnisse e. V., Düsseldorf, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
38. Nr. 1600/103 — Gehaltstarifvertrag vom 28. 12. 1964 nebst Protokollnotiz.
39. Nr. 1600/104 — Tarifvertrag vom 28. 12. 1964 über die Neuregelung der Entgelte für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge.  
Zu 38. und 39. betr. kaufmännische und technische Angestellte sowie Meister und Lehrlinge der Gummiindustrie im Lande Hessen.  
Zu 38. und 39. Tarifvertragsparteien:  
Sozialpolitische Vereinigung der hessischen Gummiindustrie, Frankfurt/M., und Deutsche Angestelltengewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
40. Nr. 1601h/18 — Tarifvertrag vom 9. 12. 1964 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages vom 25. 10. 1951 (Arbeitszeit, Zuschläge, Urlaub).
41. Nr. 1601h/19 — Tarifvertrag vom 9. 12. 1964 über die Neuregelung der Löhne und Gehälter.  
Zu 40. und 41. betr. Arbeitnehmer des Vulkanisierhandwerks im Lande Hessen.  
Zu 40. und 41. Tarifvertragsparteien:  
Landesinnung des Vulkanisierhandwerks Hessen, Geschäftsstelle Kreishandwerkerschaft, Darmstadt, Hindenburgstraße 1, und Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77.
42. Nr. 1902c/11 — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 28. 1. 1965 für alle Arbeitnehmer der Konditoreien und Cafés im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Landesinnungsverband der selbständigen Konditoren Hessens, Frankfurt/M., und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
43. Nr. 1903/92 — Tarifvertrag vom 9. 12. 1964 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 21. 6. 1962 (Arbeitszeitkürzung), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
44. Nr. 1903/93 — Tarifvertrag vom 13. 10. 1964 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten vom 6. 7. 1962 (Arbeitszeitkürzung), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, sowie der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.  
Zu 43. und 44. betr. Arbeitnehmer der Zuckerindustrie in der Bundesrepublik.  
Zu 43. und 44. Tarifvertragsparteien:  
Verein der Zuckerindustrie und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
45. Nr. 1905d/83 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 2. 1965 für die in den Fleischverteilungsäden der Konsumgenossenschaft Main-Taunus EGmbH, Frankfurt/M., beschäftigten Arbeitnehmer.  
Tarifvertragsparteien:  
Konsumgenossenschaft Main-Taunus EGmbH, Frankfurt am Main, Kleyerstraße 90, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
46. Nr. 1908c/35 — Tarifvertrag vom 4. 12. 1964 zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 15. 3. 1961.
47. Nr. 1908c/36 — Lohntarifvertrag vom 4. 12. 1964.  
Zu 46. und 47. betr. gewerbliche Arbeitnehmer der Mar-

- garine- und Kunstspeisefettindustrie in der Bundesrepublik.  
Zu 46. und 47. Tarifvertragsparteien:  
Margarine-Verband e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
48. Nr. 1909a/60 — Tarifvertrag vom 26. 2. 1965 über die Wiederinkraftsetzung und Änderung des Manteltarifvertrages für alle Arbeitnehmer vom 30. 1. 1961 (Arbeitszeitverkürzung, Zuschläge, Urlaub).
49. Nr. 1909a/61 — Tarifvertrag vom 26. 2. 1965 über die Erhöhung des Gehälter, Löhne und Lehrlingsentgelte.  
Zu 48. und 49. betr. Arbeitnehmer der Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften in Rheinland-Nassau, Rheinhesen und Hessen.  
Zu 48. und 49. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband für Landwirtschaft, Wein-, Obst- und Gemüsebau in der Provinz Rheinhesen e. V., Mainz, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
50. Nr. 1906/42 — Lohntarifvertrag vom 25. 2. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer in den Betrieben der Feinkostherstellung, Fischkonservenherstellung und Fischräuchereien im Lande Hessen.
51. Nr. 1906/43 — Gehaltstarifvertrag vom 25. 2. 1965 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister der Feinkostindustrie im Lande Hessen.
52. Nr. 1910/40 — Lohntarifvertrag mit Arbeitszeitverkürzung vom 27. 1. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer.
53. Nr. 1910/41 — Gehaltstarifvertrag mit Arbeitszeitverkürzung vom 27. 1. 1965 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.  
Zu 52. und 53. betr. Arbeitnehmer in den Betrieben der Nahrungsmittelindustrie im Lande Hessen.
54. Nr. 1910b/40 — Tarifvertrag vom 16. 2. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer betr. allgemeine Entlohnungsgrundsätze.
55. Nr. 1910b/41 — Lohntarifvertrag vom 16. 2. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
56. Nr. 1910b/42 — Gehaltstarifvertrag vom 16. 2. 1965 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.  
Zu 54. bis 56. betr. Arbeitnehmer der Teigwarenindustrie im Lande Hessen.
57. Nr. 1913e/17 — Lohntarifvertrag mit Arbeitszeitverkürzung vom 15. 2. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer.
58. Nr. 1913e/18 — Gehaltstarifvertrag mit Arbeitszeitverkürzung vom 15. 2. 1965 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
59. Nr. 1913e/19 — Tarifvertrag vom 15. 2. 1965 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 28. 9. 1961 (Arbeitszeit, Kündigungsfrist).  
Zu 57. bis 59. betr. Arbeitnehmer der Firma Josef Pleser Söhne, Hefefabrik, Darmstadt-Eberstadt.  
Zu 50. bis 59. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
60. Nr. 1914c/53 — Tarifvertrag vom 23. 2. 1965 zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 8. 11. 1954 (Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsdauer).
61. Nr. 1914c/54 — Gehaltstarifvertrag vom 23. 2. 1965 und Entgelte für die kaufmännischen Lehrlinge.  
Zu 60. und 61. betr. kaufmännische Angestellte und Lehrlinge sowie Meister in den Betrieben der Tabakindustrie (Zigarrenfabriken, Rauchtak- und Kautakfabriken) im Lande Hessen und im Regierungsbezirk Unterfranken.  
Zu 60. und 61. Tarifvertragsparteien:  
Vereinigung der Tabakwarenhersteller von Hessen und Untermain e. V., Gießen, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
62. Nr. 1914c/55 — Lohntarifvertrag vom 20. 1. 1965 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Rauch- und Schnupftabakindustrie in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin nebst Protokollnotiz.  
Tarifvertragsparteien:  
Verband der deutschen Rauchtakindustrie, Fachverband Rauchtak, Kautak, Schnupftak e. V., Bonn, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
63. Nr. 1914d/23 — Manteltarifvertrag vom 26. 11. 1964 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Zigarettenindustrie in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.  
Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
64. Nr. 1914d/24 — Tarifvertrag vom 26. 11. 1964 betr. Lehrgänge für Betriebsratsmitglieder.
65. Nr. 1914d/25 — Tarifvertrag vom 26. 11. 1964 über die Lohnfortzahlung für Tarifkommissionsmitglieder an Verhandlungstagen.  
Zu 64. und 65. betr. gewerbliche Arbeitnehmer der Zigarettenindustrie, BAT Zigarettenfabrik GmbH, Hamburg, und Garbáty Berlin, Zigarettenfabrik GmbH, Berlin, in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin.  
Zu 64. und 65. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie e. V., Hamburg 1, An der Alster 6, BAT Zigarettenfabriken GmbH, Hamburg 36, Esplanade, sowie Garbáty Berlin, Zigarettenfabrik GmbH, Berlin 36, Cuvrystraße 34, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg 1, Gertrudenstraße 9.
66. Nr. 2100a/117 — Rahmentarifvertrag vom 17. 12. 1964 abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Bau, Stein, Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/Main.
67. Nr. 2100a/118 — Rahmentarifvertrag vom 17. 12. 1964, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand, Hannover.  
Zu 66. und 67. betr. gewerbliche Arbeitnehmer der Säure-schutzindustrie in der Bundesrepublik und West-Berlin.  
Zu 66. und 67. Tarifvertragsparteien:  
Rheinischer Unternehmerverband Steine und Erden e. V., Neuwied, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
68. Nr. 2102i/22 — Protokollnotiz vom 12. 11. 1964 über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeitnehmer im Ofensetzerhandwerk in der Bundesrepublik.  
Tarifvertragsparteien:  
Zentralverband des Deutschen Ofensetzer-, Fliesenleger- und Keramikerhandwerks e. V., Hannover, Lutherstr. 66, und Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 73/77.
69. Nr. 2203/110 — Tarifvertrag vom 17. 12. 1964 zur Änderung des Rahmentarifvertrages vom 22. 7. 1963 (Kündigungsfrist).
70. Nr. 2203/111 — Tarifvertrag vom 17. 12. 1964 über die Neuregelung der Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte.  
Zu 69. und 70. betr. Arbeitnehmer bei den Mitgliedsunternehmen der Gruppe Hessen der Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hamburg.  
Zu 69. und 70. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt/Main, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
71. Nr. 2301/14 — Lohntarifvertrag vom 1. 12. 1964 für das Friseurhandwerk im Lande Hessen.  
Tarifvertragsparteien:  
Landesinnungsverband Hessen des Friseurhandwerks und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt/Main.
72. Nr. 2400/169 — Gehaltstarifvertrag vom 30. 12. 1964 für die in den Auslieferungslagern (Zigaretten-Frischdienst-Lagern) und den Verkaufsbüros der Firma H. F. & Ph. F. Reemtsma in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin beschäftigten kaufmännischen Angestellten, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg, sowie der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
73. Nr. 2400/168 — Gehaltstarifvertrag vom 30. 12. 1964 für die in der Hauptverwaltung, den Werken, im Freihafen und in den Verkaufsdirektionen der Firma H. F. & Ph. F. Reemtsma in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten.
74. Nr. 2400/170 — Lohntarifvertrag vom 8. 1. 1965.

75. Nr. 2400/171 — Manteltarifvertrag vom 2. 2. 1965 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.  
Zu 74. und 75. betr. gewerbliche Arbeitnehmer in den Auslieferungslagern (Cigaretten-Frischdiensten) der Fa. H. F. & Ph. F. Reemtsma in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.  
Zu 73. bis 75. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.  
Zu 72. bis 75. Tarifvertragsparteien:  
Firma H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
76. Nr. 2400/172 — Lohnvertrag vom 13. 1. 1965 für die in den Auslieferungslagern der Firma BAT Cigarettenfabriken GmbH in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer.  
Tarifvertragsparteien:  
Firma BAT Cigarettenfabriken GmbH, Hamburg 36, Esplanade 39, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
77. Nr. 2403/44 — Tarifvertrag vom 29. 1. 1965 über Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer des Brennstoffhandels im Lande Hessen (ohne Regierungsbezirk Kassel).  
Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband Hessischer Brennstoffhändler e. V., Frankfurt/Main, Börse, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt (Main).
78. Nr. 2501b/190 — Änderungsvereinbarung vom 3. 2. 1965 zur Anlage des GEG-Gehaltsabkommens für die technischen Angestellten vom 9. 2. 1962 (Gehälter für die Fleischwarenfabrik Frankfurt/M.).
79. Nr. 2501b/191 — Änderungsvereinbarung vom 10. 2. 1965 zur Anlage des GEG-Lohnabkommens vom 9. 2. 1962 (Löhne der gewerblichen Arbeitnehmer in der Weinkelerei Rüdeshheim).  
Zu 78. und 79. Tarifvertragsparteien:  
Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH (GEG), Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Landesleitung, Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/M.
80. Nr. 2600/12 — Manteltarifvertrag vom 22. 12. 1964 für alle Arbeitnehmer der Deutschen Städte-Reklame GmbH in der Bundesrepublik.  
Tarifvertragsparteien:  
Deutsche Städte-Reklame GmbH, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
81. Nr. 2601/100 — Tarifvertrag vom 1. 1. 1965 über die Versicherungspflicht der Redakteure bei dem Versorgungswerk der Presse GmbH und der Versorgungskasse der Deutschen Presse (Anhang zum Manteltarifvertrag für die Redakteure der The Associated Press GmbH vom 1. 4. 1963).  
Tarifvertragsparteien:  
The Associated Press GmbH, Frankfurt/Main, und Deutscher Journalistenverband e. V., Bonn, sowie Industriegewerkschaft Druck und Papier, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main.
82. Nr. 2603b/66 — Lohnvertrag vom 29. 1. 1965 für das Heizungs- und Wäschereipersonal der AG für kleine Wohnungen, Frankfurt/Main.  
Tarifvertragsparteien:  
Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen, Frankfurt am Main, Elbestraße 48, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main.
83. Nr. 2702a/168 — Tarifvertrag vom 14. 12. 1964 über Gehalts- und Manteltarifänderungen.
84. Nr. 2702a/169 — Tarifvertrag vom 14. 12. 1964 über Gehälter und Lehrlingsentgelte, gültig ab 1. 2. 1965 (Gehaltstarifvertrag).
85. Nr. 2702a/170 — Tarifvertrag vom 14. 12. 1964 über Gehälter und Lehrlingsentgelte, gültig ab 1. 1. 1966 (Gehaltstarifvertrag).  
Zu 83. bis 85. abgeschlossen mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand.
86. Nr. 2702a/171 — Tarifvertrag vom 14. 12. 1964 über Änderungen des Manteltarifvertrages, der Ortsklassen und Reisekosten des Gehaltstarifvertrages.
87. Nr. 2702a/172 — Tarifvertrag vom 14. 12. 1964 über die Erhöhung der Gehälter und Lehrlingsentgelte.
88. Nr. 2702a/173 — Gehaltstarifvertrag vom 14. 12. 1964, gültig ab 1. 2. 1965.
89. Nr. 2702a/174 — Gehaltstarifvertrag vom 14. 12. 1964, gültig ab 1. 1. 1966.  
Zu 86. bis 89. abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband, Hamburg, sowie dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.  
Zu 83. bis 89. betr. Angestellte und Lehrlinge des privaten Versicherungsgewerbes in der Bundesrepublik.  
Zu 83. bis 89. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
90. Nr. 2702a/175 — Tarifvertrag vom 17. 12. 1964 über die Erhöhung der Gehälter und Lehrlingsentgelte sowie Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten und Lehrlinge der Deutschen Beamten-Versicherung und der Allgemeinen Versicherungs-AG der Deutschen Beamten-Versicherung in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin.  
Tarifvertragsparteien:  
Deutsche Beamten-Versicherung, Öffentlichrechtliche Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt sowie Allgemeine Versicherungs-Akt.-Ges. der Deutschen Beamten-Versicherung und Deutsche Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
91. Nr. 2702c-4/182 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 13 vom 25. 1. 1965 zur Änderung und Ergänzung der Anlagen 1a und 1b zum BG-AT (Tätigkeitsmerkmale für Angestellte in medizinischen Hilfsberufen) und Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung von Zulagen vom 16. 7. 1962.
92. Nr. 2702c-4/183 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 14 vom 9. 1. 1965 über die Eingruppierung der Angestellten an Kleinrechenanlagen (Ergänzung der Anlage 1a zum BG-AT).
93. Nr. 2702c-4/184 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 15 vom 2. 2. 1965 über die Eingruppierung der Angestellten an speicherprogrammierten Informationsverarbeitungsanlagen (Ergänzung der Anlage 1a zum BG-AT).
94. Nr. 2702c-4/185 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 16 vom 25. 1. 1965 über die Gewährung von Umzugskostenvergütung und Trennungsschädigung.  
Zu 91. bis 94. betr. Angestellte der gewerblichen Berufsgenossenschaften einschließlich der See-Berufsgenossenschaft in der Bundesrepublik.  
Zu 91. bis 94. Tarifvertragsparteien:  
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn, und Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
95. Nr. 2702c-6/172 — Tarifvertrag vom 28. 10. 1964 zur Änderung und Ergänzung der Anlagen 1a und 1b zum BAT (Eingruppierung der Angestellten in medizinischen Hilfsberufen) sowie Änderung des Tarifvertrages über Zulagen gemäß § 33 Abs. 2c) BAT vom 10. 1. 1963 für die Angestellten der Landesversicherungsanstalten in der Bundesrepublik.  
Tarifvertragsparteien:  
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand.
96. Nr. 2702c-6/173 — Tarifvertrag vom 11. 12. 1964 über die Gewährung einer Weihnachtsgewährung an die Angestellten und Arbeiter.
97. Nr. 2702c-6/174 — Tarifvertrag vom 15. 12. 1964 betr. Zusatzvereinbarung zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter (MTL II).
98. Nr. 2702c-6/175 — Tarifvertrag vom 15. 12. 1964 über die Zahlung einer Zulage an die ständig als Locherinnen oder Prüferinnen beschäftigten Angestellten.
99. Nr. 2702c-6/176 — Tarifvertrag vom 15. 12. 1964 über die Gewährung einer Erschwerniszulage an die im Spessart-Sanatorium Bieber, Kreis Gelnhausen, beschäftigten Krankenschwestern und Krankenpfleger.

- Zu 96. bis 99. betr. Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalt Hessen.  
Zu 96. bis 99. Tarifvertragsparteien: Landesversicherungsanstalt Hessen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
100. Nr. 2702c-6a/459 — Tarifvertrag Nr. 121 vom 16. 11. 1964, abgeschlossen mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), Bundesvorstand, Hamburg, Karl-Muck-Platz 1, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Hauptvorstand, Stuttgart, Theodor-Heuss-Straße 2.
101. Nr. 2702c-6a/460 — Tarifvertrag Nr. 121 vom 16. 11. 1964, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungsbeamten und -angestellten, Bonn, Kaiserplatz 15.
102. Nr. 2702c-6a/461 — Tarifvertrag Nr. 121 vom 16. 11. 1964, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
103. Nr. 2702c-6a/462 — Tarifvertrag Nr. 121 vom 16. 11. 1964, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. (VwA), Hauptverwaltung, Hannover, Arnswaldstraße 7.
104. Nr. 2702c-6a/463 — Tarifvertrag Nr. 121 vom 16. 11. 1964, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband, Hauptvorstand, Hamburg 1, Ferdinandstraße 59.
105. Nr. 2702c-6a/464 — Tarifvertrag Nr. 121 vom 16. 11. 1964, abgeschlossen mit dem Marburger Bund, Köln 1, Riehler Straße 6.  
Zu 100. bis 105. betr. Gewährung von Umzugskostenvergütung und Trennungschädigung an Angestellte.
106. Nr. 2702c-6a/465 — Tarifvertrag Nr. 125 vom 25. 11. 1964, abgeschlossen mit der DAG, Bundesvorstand, Hamburg, sowie mit der ÖTV, Hauptvorstand, Stuttgart.
107. Nr. 2702c-6a/466 — Tarifvertrag Nr. 125 vom 25. 11. 1964, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungsbeamten und -angestellten, Bonn.
108. Nr. 2702c-6a/467 — Tarifvertrag Nr. 125 vom 25. 11. 1964, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im CGB.
109. Nr. 2702c-6a/468 — Tarifvertrag Nr. 125 vom 25. 11. 1964, abgeschlossen mit dem VwA, Hauptverwaltung, Hannover.
110. Nr. 2702c-6a/469 — Tarifvertrag Nr. 125 vom 25. 11. 1964, abgeschlossen mit dem DHV, Hauptvorstand, Hamburg. Zu 106. bis 110. betr. 2. Ergänzungstarifvertrag zum Vergütungstarifvertrag Nr. 3 vom 15. 8. 1963 (Gesamtvergütungen für die Angestellten unter 18 Jahren).
111. Nr. 2702c-6a/470 — Tarifvertrag Nr. 126 vom 17. 11. 1964, abgeschlossen mit der ÖTV, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der DAG, Bundesvorstand, Hamburg.
112. Nr. 2702c-6a/471 — Tarifvertrag Nr. 126 vom 17. 11. 1964, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungsbeamten und -angestellten, Bonn.
113. Nr. 2702c-6a/472 — Tarifvertrag Nr. 126 vom 17. 11. 1964, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im CGB.
114. Nr. 2702c-6a/473 — Tarifvertrag Nr. 126 vom 17. 11. 1964, abgeschlossen mit dem VwA, Hauptverwaltung, Hannover.
115. Nr. 2702c-6a/474 — Tarifvertrag Nr. 126 vom 17. 11. 1964, abgeschlossen mit dem DHV, Hauptvorstand, Hamburg. Zu 111. bis 115. betr. 10. Änderungs- und Ergänzungstarifvertrag zum Manteltarifvertrag für die Angestellten (Erschwerniszulage für Angestellte einschließlich Pflegepersonal in den Sanatorien Utersum und Wehrawald).
116. Nr. 2702c-6a/475 — Tarifvertrag Nr. 127 vom 17. 11. 1964, abgeschlossen mit der ÖTV, Hauptvorstand, Stuttgart.
117. Nr. 2702c-6a/476 — Tarifvertrag Nr. 127 vom 17. 11. 1964, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungsbeamten und -angestellten, Bonn.
118. Nr. 2702c-6a/477 — Tarifvertrag Nr. 127 vom 17. 11. 1964, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im CGB.  
Zu 116. bis 118. betr. 2. Änderungs- und Ergänzungstarifvertrag zum Tarifvertrag Nr. 92 über Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszulagen vom 10. 9. 1962 (Erschwerniszulage für Arbeiter in den Sanatorien Utersum und Wehrawald).
119. Nr. 2702c-6a/478 — Tarifvertrag Nr. 117 vom 7. 1. 1965, abgeschlossen mit der DAG, Bundesvorstand, Hamburg, sowie der ÖTV, Hauptvorstand, Stuttgart.
120. Nr. 2702c-6a/479 — Tarifvertrag Nr. 117 vom 7. 1. 1965, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungsbeamten und -angestellten, Bonn.
121. Nr. 2702c-6a/480 — Tarifvertrag Nr. 117 vom 7. 1. 1965, abgeschlossen mit dem VwA, Hauptverwaltung, Hannover.
122. Nr. 2702c-6a/481 — Tarifvertrag Nr. 117 vom 7. 1. 1965, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im CGB.
123. Nr. 2702c-6a/482 — Tarifvertrag Nr. 117 vom 7. 1. 1965, abgeschlossen mit dem Marburger Bund, Köln.
124. Nr. 2702c-6a/483 — Tarifvertrag Nr. 117 vom 7. 1. 1965, abgeschlossen mit dem DHV, Hauptvorstand, Hamburg. Zu 119. bis 124. betr. Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten und Vergütung.
125. Nr. 2702c-6a/484 — Tarifvertrag Nr. 128 vom 18. 1. 1965, abgeschlossen mit der ÖTV, Hauptvorstand, Stuttgart.
126. Nr. 2702c-6a/485 — Tarifvertrag Nr. 128 vom 18. 1. 1965, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungsbeamten und -angestellten, Bonn.
127. Nr. 2702c-6a/486 — Tarifvertrag Nr. 128 vom 18. 1. 1965, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im CGB.  
Zu 125. bis 127. betr. 1. Änderungs- und Ergänzungstarifvertrag zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter (MTArb.-BfA II) (Urlaubsanspruch).
128. Nr. 2702c-6a/487 — Tarifvertrag Nr. 131 vom 12. 1. 1965, abgeschlossen mit der ÖTV, Hauptvorstand, Stuttgart.
129. Nr. 2702c-6a/488 — Tarifvertrag Nr. 131 vom 12. 1. 1965, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungsbeamten und -angestellten, Bonn.
130. Nr. 2702c-6a/489 — Tarifvertrag Nr. 131 vom 12. 1. 1965, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im CGB.  
Zu 128. bis 130. betr. Neuregelung der Löhne für die Arbeiter (Lohntarifvertrag Nr. 4).  
Zu 100. bis 130. betr. Arbeitnehmer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin.  
Zu 100. bis 130. Tarifvertragsparteien: Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
131. Nr. 2804/302 — Tarifvertrag Nr. 38 vom 24. 2. 1965 über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter.
132. Nr. 2804/303 — Tarifvertrag Nr. 39 vom 24. 2. 1965 über die Gewährung einer Zuwendung an die Lehrlinge. Zu 131. und 132. betr. Arbeiter und Lehrlinge in den Betrieben der Bundesdruckerei in Berlin, Frankfurt/Main und Bonn.  
Zu 131. und 132. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in Bonn, und Deutsche Postgewerkschaft, Hauptvorstand in Frankfurt/M. sowie Landesleitung in Berlin sowie Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand, in Stuttgart sowie Landesbezirksvorstand in Berlin.
133. Nr. 2806a/240 — Tarifvertrag Nr. 232 vom 19. 11. 1964 zur Änderung der Anlagen 1 und 6 zum ETV (Manteländerungen).
134. Nr. 2806a/241 — Tarifvertrag Nr. 235 vom 16. 12. 1964 über die Neuregelung der Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer.
135. Nr. 2806a/242 — Tarifvertrag Nr. 238 vom 16. 12. 1964 über die Neuregelung der Lehrlingsentgelte. Zu 133. bis 135. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Theodor-Heuss-Straße 2.
136. Nr. 2806a/243 — Tarifvertrag Nr. 233 vom 19. 11. 1964 zur Änderung der Anlagen 1 und 6 zum ETV (Manteländerungen).
137. Nr. 2806a/244 — Tarifvertrag Nr. 236 vom 16. 12. 1964 über die Neuregelung der Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer.
138. Nr. 2806a/245 — Tarifvertrag Nr. 239 vom 16. 12. 1964 über die Neuregelung der Lehrlingsentgelte. Zu 136. bis 138. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/M., Beethovenstraße 12—16.
139. Nr. 2806a/246 — Tarifvertrag Nr. 234 vom 20. 11. 1964 zur Änderung der Anlagen 1 und 6 zum ETV (Manteländerungen).

140. **Nr. 2806a/247** — Tarifvertrag Nr. 237 vom 17. 12. 1964 über die Neuregelung der Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer.
141. **Nr. 2806a/248** — Tarifvertrag Nr. 240 vom 17. 12. 1964 über die Neuregelung der Lehrlingsentgelte.  
Zu 139. bis 141. abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter, Frankfurt/Main, Westendstraße 50.  
Zu 133. bis 141. betr. Arbeitnehmer der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik.  
Zu 133. bis 141. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitgeberverband der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Volksgartenstraße 54a, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
142. **Nr. 2808/103** — Tarifvertrag vom 1. 12. 1964 zur Änderung des Tarifvertrages Nr. 6 für das Bordpersonal und die Fluglehrer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
143. **Nr. 2808/104** — Tarifvertrag vom 18. 1. 1964 über die Erhöhung der Lehrlingsentgelte, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.  
Zu 142. und 143. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Luft-hansa AG.  
Zu 142. und 143. Tarifvertragsparteien:  
Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
144. **Nr. 2900/105** — Gehaltstarifvertrag vom 30. 12. 1964 für die Angestellten und Lehrlinge der Deutschen Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft mbH in der Bundesrepublik.  
Tarifvertragsparteien:  
Deutsche Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft mbH und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung.
145. **Nr. 3000A/197** — Änderungsvereinbarung Nr. 94 TV AL vom 17. 12. 1964 über die Neufassung des § 7 TV AL (Erholungsurlaub).
146. **Nr. 3000A/199** — Änderungsvereinbarung Nr. 96 TV AL vom 17. 12. 1964 über die Neufassung der Bestimmungen des Anhangs R, §§ 6, 7, 8, und 14 betr. Kostenerstattung bei auswärtiger Beschäftigung.  
Zu 145. und 146. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Industriegewerkschaft Metall, Hauptvorstand, Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Bundesvorstand.
147. **Nr. 3000A/198** — Änderungsvereinbarung Nr. 95 TV AL vom 17. 12. 1964 über die Neufassung der Bestimmungen über auswärtige Beschäftigung der Kraftfahrer und Beifahrer — Anhang F Teil II TV AL —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Industriegewerkschaft Metall, Hauptvorstand, sowie der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung.
148. **Nr. 3000A/200** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 43 TV AL vom 31. 12. 1964 zur Erweiterung des Geltungsbereichs der Sonderbestimmungen B — Anhang B — TV AL für die Arbeiter in Fertigungsbetrieben des European Exchange System — EES — der amerikanischen Stationierungsstreitkräfte, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.  
Zu 145. bis 148. betr. Tarifverträge zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften vom 28. 1. 1955 (TV AL).  
Zu 145. bis 148. Tarifvertragsparteien:  
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
149. **Nr. 3001/1104** — Tarifvertrag Nr. 185 vom 16. 12. 1964 über die Gewährung einer Zuwendung an die Angestellten (Ergänzung des Tarifvertrages betr. Zuwendung vom 24. 11. 1964).
150. **Nr. 3001/1105** — Tarifvertrag Nr. 186 vom 16. 12. 1964 über die Erhöhung der HGTA-V-Gehälter und Änderung des HGTA-V (Mantel-TV).  
Zu 149. und 150. betr. Angestellte in gemeindlichen Versorgungs- und Verkehrsbetrieben im Lande Hessen.  
Zu 149. und 150. Tarifvertragsparteien:  
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. — Gruppe Versorgungsbetriebe (Elektrizität, Gas und Wasser), Gruppe Verkehrsbetriebe und Häfen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, sowie Deutsche Angestelltengewerkschaft, Landesverband Hessen.
151. **Nr. 3001/1106** — Tarifvertrag Nr. 184 vom 3. 12. 1964 über Zusatzbestimmungen zu § 23 (Erschwerniszuschläge) zum BMT-G II und Ergänzung des HTL für die Arbeiter (Zusatztarifvertrag Nr. II/4 zum BMT-G II).
152. **Nr. 3001/1107** — Tarifvertrag Nr. 187 vom 17. 12. 1964 zur Änderung und Ergänzung des HLT.
153. **Nr. 3001/1108** — Tarifvertrag Nr. 190 vom 28. 1. 1965 über die Gewährung einer Zuwendung an Angestellte mit Pauschalvergütung.
154. **Nr. 3001/1109** — Tarifvertrag Nr. 191 vom 28. 1. 1965 über die Erhöhung der Vergütungen für Angestellte mit Pauschalvergütung.  
Zu 151. bis 154. betr. Arbeiter und Angestellte gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe im Lande Hessen.  
Zu 151. bis 154. Tarifvertragsparteien:  
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
155. **Nr. 3001/1110** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 12. 1964 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. 11. 1964.
156. **Nr. 3001/1111** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 12. 1964 zur Übernahme des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 zum BAT vom 24. 11. 1964 (Neuregelung der Angestelltenvergütungen, Änderungen des BAT).
157. **Nr. 3001/1112** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 12. 1964 zur Übernahme der Tarifverträge vom 24. 11. 1964 über die Gewährung einer Zuwendung an Angestellte, Lehrlinge und Anlernlinge sowie an Praktikantinnen (Praktikanten) des Bundes, der Länder und der Gemeinden.  
Zu 155. bis 157. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.
158. **Nr. 3001/1113** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 12. 1964 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. 11. 1964, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes.  
Zu 155. bis 158. betr. Arbeitnehmer in den Verwaltungen und Betrieben der Länder in der Bundesrepublik.
159. **Nr. 3001/1114** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 12. 1964 für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschließlich der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie des Saarlandes zur Übernahme des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. 11. 1964, abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter e. V.  
Zu 155. bis 159. Tarifvertragsparteien:  
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
160. **Nr. 3001/1115** — Siebenter Ergänzungstarifvertrag vom 18. 1. 1965 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik (BMT-G II).  
Tarifvertragsparteien:  
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
161. **Nr. 3001/1116** — **3001a/747** — Anschlußtarifvertrag vom 17. 2. 1965 zur Übernahme des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 zum BAT und des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Angestellten, beide vom 24. 11. 1964, abgeschlossen mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund.

162. Nr. 3001/1117 — 3001a/748 — Anschlußtarifvertrag vom 17. 2. 1965 zur Übernahme folgender Tarifverträge vom 24. 11. 1964: Vergütungstarifvertrag Nr. 4 zum BAT, Tarifverträge über die Gewährung einer Zuwendung an Angestellte, Praktikantinnen (Praktikanten) sowie an Lehrlinge und Anlernlinge, Tarifvertrag zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med.-techn. Assistentin usw. vom 15. 7. 1960 (Erhöhung der Vergütungen), abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
163. Nr. 3001/1118 — 3001a/749 — Anschlußtarifvertrag vom 17. 2. 1965 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Gewährung von Umzugskostenvergütung und Trennungsentschädigung an die Angestellten vom 6. 7. 1964 und des Zwölften Tarifvertrages zur Änderung des BAT vom 20. 7. 1964.
164. Nr. 3001/1119 — 3001a/750 — Anschlußtarifvertrag vom 17. 2. 1965 zur Übernahme des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 zum BAT und des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an die Angestellten, beide vom 24. 11. 1964.  
Zu 163. und 164. abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V., Bundesvorstand.  
Zu 161. bis 164. betr. Arbeitnehmer des Bundes, der Länder und der Gemeinden in der Bundesrepublik.
165. Nr. 3001a/739 — Vergütungstarifvertrag Nr. 4 zum BAT vom 25. 11. 1964.
166. Nr. 3001a/740 — Tarifvertrag vom 25. 11. 1964 über die Gewährung einer Zuwendung an die Angestellten.
167. Nr. 3001a/741 — Tarifvertrag vom 25. 11. 1964 über die Gewährung einer Zuwendung an die Lehrlinge und Anlernlinge.
168. Nr. 3002a/181 — Tarifvertrag vom 25. 11. 1964 über die Gewährung einer Zuwendung an Praktikantinnen (Praktikanten).  
Zu 165. bis 168. betr. Arbeitnehmer des Bundes in der Bundesrepublik, des Saarlandes sowie der Mitglieder des kommunalen Arbeitgeberverbandes Saar.  
Zu 165. bis 168. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.  
Zu 161. bis 168. Tarifvertragsparteien:  
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisation.
169. Nr. 3001a/738 — Vergütungstarifvertrag Nr. 4 vom 24. 11. 1964 für die Angestellten der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.  
Tarifvertragsparteien:  
Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
170. Nr. 3001a/742 — Tarifvertrag vom 22. 1. 1965 über die Gewährung einer Zuwendung an die Arbeiter.
171. Nr. 3001a/743 — Tarifvertrag vom 22. 1. 1965 über die Neuregelung der Löhne für die Arbeiter.
172. Nr. 3001a/744 — Tarifvertrag vom 22. 1. 1965 über die Erhöhung der Pauschallöhne für die Kraftfahrer.  
Zu 170. bis 172. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
173. Nr. 3001a/745 — Vergütungstarifvertrag Nr. 4 vom 2. 2. 1965 (Neuregelung der Angestelltenvergütungen, Änderungen des BAT).
174. Nr. 3001a/746 — Tarifvertrag vom 2. 2. 1965 über die Gewährung einer Zuwendung an die Angestellten.  
Zu 173. und 174. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.  
Zu 170. bis 174. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundesbank in der Bundesrepublik.  
Zu 170. bis 174. Tarifvertragsparteien:  
Deutsche Bundesbank — Direktorium —, Frankfurt (M.), und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
175. Nr. 3001a/751 — Anschlußtarifvertrag vom 22. 3. 1965 für die Angestellten der Einfuhr- und Vorratsstellen, der Einfuhrstelle für Zucker und der Mühlenstelle zur Übernahme des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 zum BAT vom 24. 11. 1964.  
Tarifvertragsparteien:  
Einfuhr- und Vorratsstellen für Getreide und Futtermittel, für Fette, für Schlachtvieh, Fleisch und Fleischerzeugnisse, Einfuhrstelle für Zucker sowie Mühlenstelle, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
176. Nr. 3001d/7 — Manteltarifvertrag vom 1. 10. 1964 für die gewerblichen Arbeitnehmer in allen Bundesschulen des DGB und im Haus der Gewerkschaftsjugend nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.  
Tarifvertragsparteien:  
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Bundesvorstand und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hamburg.
177. Nr. 3003/48 — Bundesmanteltarifvertrag vom 8. 1. 1965 mit Vergütungsgruppen und Tätigkeitsmerkmale sowie Schiedsstellenordnung.
178. Nr. 3003/49 — Vergütungstarifvertrag Nr. 1 vom 8. 1. 1965.  
Zu 177. und 178. betr. Angestellte der Arbeiterwohlfahrt und ihrer Gliederungen in der Bundesrepublik einschli. West-Berlin.  
Zu 177. und 178. Tarifvertragsparteien:  
Arbeiterwohlfahrt — Hauptausschuß e. V. —, Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
179. Nr. 3004/216 — Tarifvertrag vom 25. 1. 1965 über die Gewährung einer Zuwendung an TOK-Musiker durch Landesbühnen in der Bundesrepublik, abgeschlossen mit der Deutschen Orchestervereinigung e. V., Düsseldorf, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
180. Nr. 3004/217 — Tarifvertrag vom 25. 1. 1965 über die Gewährung einer Zuwendung an Chormitglieder bei Landesbühnen in der Bundesrepublik, abgeschlossen mit der Vereinigung Deutscher Opernchöre und Bühnentänzer in der DAG, Köln.
181. Nr. 3004/218 — Tarifvertrag vom 25. 1. 1965 über die Gewährung einer Zuwendung an Bühnenmitglieder, Chor- und Tanzgruppenmitglieder und techn. Angestellte (BTTL) bei Landesbühnen in der Bundesrepublik, abgeschlossen mit der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen, Hauptvorstand, Hamburg.  
Zu 179. bis 181. Tarifvertragsparteien:  
Deutscher Bühnenverein e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
182. Nr. 3004/219 — Tarifvertrag vom 1. 2. 1965 zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 11. 7. 1955 (Kinderzuschläge).
183. Nr. 3004/220 — Tarifvertrag vom 1. 2. 1965 über die Erhöhung der Gehälter und Löhne.  
Zu 182. und 183. betr. Angestellte und Arbeiter des Hessischen Rundfunks, Frankfurt (M.).  
Zu 182. und 183. Tarifvertragsparteien:  
Hessischer Rundfunk, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt (M.), und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt (M.), Deutsche Orchestervereinigung in der DAG, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt (M.), Hessischer Journalistenverband e. V. sowie Rundfunk- und Fernseh-Union im DGB, Verband Hessischer Rundfunk.

#### Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

184. Nr. H-1209/33 — Bindende Festsetzung vom 8. 1. 1965 zur Aufhebung der bindenden Festsetzung von Bestimmungen über den Urlaub für die mit Maschinenstickerei in Heimarbeit Beschäftigten vom 5. 1. 1956.
185. Nr. H-1209/34 — Bindende Festsetzung von Entgelten für die mit Maschinenstickerei in Heimarbeit Beschäftigten vom 8. 1. 1965.  
Zu 184. und 185. veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 21 vom 2. 2. 1965, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für Maschinenstickerei.
186. Nr. H-1800/24 — Bindende Festsetzung vom 3. 12. 1964 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Rahmenbestimmungen für die Herstellung von Musikinstrumenten-



- ten aus Holz (ohne Harmonikas) vom 14. 11. 1955, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 13 vom 21. 1. 1965, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Musikinstrumenten (ohne Harmonikas).
187. **Nr. H-1800/25** — Bindende Festsetzung vom 15. 12. 1964 zur teilweisen Aufhebung der bindenden Festsetzung über den Urlaub für die mit der Herstellung von Spielwaren aller Art in Heimarbeit Beschäftigten und ihnen gleichgestellten Personen vom 3. 8. 1954 i. d. F. vom 20. 5. 1955, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 33 vom 18. 2. 1965, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für Spielwaren aller Art (mit Ausnahme von Metallspielwaren), Christbaumschmuck, Festartikel und verwandte Artikel.
188. **Nr. H-2000/326** — Bindende Festsetzung vom 8. 1. 1965 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Damenoberbekleidung (Kleider, Blusen, Röcke) in Heimarbeit vom 20. 7. 1962 (Entgelte).
189. **Nr. H-2000/327** — Bindende Festsetzung vom 8. 1. 1965 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Damenoberbekleidung (Damenhosen) in Heimarbeit vom 20. 7. 1962 (Entgelte).
190. **Nr. H-2000/328** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Damenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen in Heimarbeit vom 8. 1. 1965. Zu 188. bis 190. veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 46 vom 9. 3. 1965, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Damenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen.
191. **Nr. H-2000/332** — Bindende Festsetzung vom 15. 3. 1963 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Herrenoberbekleidung in Heimarbeit vom 4. 7. 1960, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 112 vom 22. 6. 1963.
192. **Nr. H-2000/329** — Bindende Festsetzung vom 15. 1. 1965 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen vom 19. 1. 1962.

193. **Nr. H-2000/330** Bindende Festsetzung vom 15. 1. 1965 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Wattierungen für Herrenoberbekleidung (Großstücke) in Heimarbeit vom 19. 7. 1963 (Entgelte).
194. **Nr. H-2000/331** — Bindende Festsetzung vom 15. 1. 1965 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Lodenbekleidung vom 26. 1. 1961 (Entgelte).
195. **Nr. H-2000/333** — Bindende Festsetzung vom 15. 1. 1965 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten und Fertigungszeiten für die Herstellung von Herrenoberbekleidung in Heimarbeit vom 4. 7. 1960 (Entgelte).
196. **Nr. H-2000/334** — Bindende Festsetzung vom 15. 1. 1965 zur Ergänzung der bindenden Festsetzung von Fertigungszeiten für die Herstellung von Anoraks und ähnlichen Bekleidungsstücken aus Popeline und ähnlichen Stoffen vom 26. 3. 1956.  
Zu 192. bis 196. veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 46 vom 9. 3. 1965.  
Zu 191. bis 196. beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Herren- und Knabenoberbekleidung und verwandten Erzeugnissen.
197. **Nr. H-2005/25** — Bindende Festsetzung vom 20. 1. 1965 zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Krawatten in Heimarbeit vom 9. 2. 1962, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 46 vom 9. 3. 1965, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Krawatten.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 13. 4. 1965

**Der Hessische Minister  
für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
1 b — 2607

StAnz. 18/1965 S. 482

427

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**

**Anordnung zur Durchführung der Unkrautbekämpfung**

Nachstehende Anordnung der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen in Kassel als Pflanzenschutzamt vom 18. März 1965 gebe ich hiermit bekannt:

Das Pflanzenschutzamt der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen in Kassel ordnet hiermit auf Grund der § 2 und 3 der Verordnung zur Bekämpfung des Unkrauts vom 19. September 1960 (GVBl. S. 208) für alle kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden des Regierungsbezirks Kassel die Bekämpfung nachstehend aufgeführter Unkräuter an:

Ackerdistel	(Cirsium arvense (L.) Scop.)
Acker-Gänsedistel	(Sonchus arvensis L.)
Kohl-Gänsedistel	(Sonchus oleraceus L.)
Klettenlabkraut	(Galium aparine L.)
Franzosenkraut	(Galinsoga parviflora Cav.)
Gemeine Goldrute	(Solidago virga aurea L.)
Große Brennnessel	(Urtica dioica L.)
Kleine Brennnessel	(Urtica urens)

Im Bedarfsfalle können weitere vom Pflanzenschutzamt zu bezeichnende Unkräuter in die Bekämpfungsmaßnahmen einbezogen werden.

Die Bekämpfung dieser Unkräuter ist ab sofort auf all den Grundstücken durchzuführen, durch deren Unkrautbesatz andere der Landwirtschaft, dem Gartenbau einschließlich Hausgärten und kleingärtnerisch genutzten Flächen sowie dem Weinbau dienende Grundstücke wesentlich beeinträchtigt werden können. Dies gilt insbesondere für Öd- und Brachländereien, Feldraine, Gräben und Böschungen sowie Schutthalde und Lagerplätze.

Die Verpflichtung zur Unkrautbekämpfung obliegt den Grundstückseigentümern. Ist ein Dritter zur Nutzung des Grundstücks berechtigt, so ist dieser neben dem Eigentümer

für die Durchführung der erforderlichen Bekämpfungsmaßnahmen verantwortlich.

Die Bekämpfung ist je nach Art und Umfang des Unkrautbesatzes auf mechanische Weise (z. B. durch Hacken oder Jäten) oder unter Verwendung eines von der Biologischen Bundesanstalt anerkannten Pflanzenschutzmittels durchzuführen.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung kann, soweit nicht durch Gesetz im Einzelfall eine höhere Strafe angedroht ist, nach § 13 des Gesetzes zum Schutze der Kulturpflanzen vom 26. August 1949 (WiGBl. S. 308) als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von mindestens zwei Deutsche Mark bis zu höchstens eintausend Deutsche Mark geahndet werden. Zuständige Verwaltungsbehörde ist in Landkreisen der Landrat, in kreisfreien Städten der Magistrat (vgl. Erlaß des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten vom 14. Januar 1955, StAnz. 6/1955 S. 118).

Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im StAnz. in Kraft und gilt gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung zur Bekämpfung des Unkrauts für ein Jahr.

Vorstehende Anordnung ist in allen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden des Regierungsbezirks Kassel in ortsüblicher Weise bekanntzumachen.

Kassel, 18. 3. 1965

**Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen  
— Pflanzenschutzamt —**  
Psl. Sch. A./Tgb.-Nr. 1753/65  
gez. v. Scharfenberg

Wiesbaden, 30. 3. 1965

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft  
und Forsten**  
IIb — 83e—08 — 1047/65

StAnz. 18/1965 S. 489

**F. im Bereich des Hessischen Kultusministers****a) Ministerium****ernannt**

zum Oberschulrat Oberregierungsschulrat Heinrich Trüller (26. 2. 65);

zum Oberregierungsschulrat die Regierungsschulräte Wilhelm Engelhardt (29. 1. 65), Theo Kroj (29. 1. 65);

**in den Ruhestand versetzt**

auf eigenen Antrag Regierungsdirektor Karl Ficke (31. 12. 1964);

**b) Philipps-Universität Marburg****ernannt**

zum ordentlichen Professor (BaL) seitheriger außerordentlicher Professor der Universität Erlangen—Nürnberg Dr. Franz Brunhölzl (17. 12. 64), seitheriger Oberarzt der Medizinischen Akademie Düsseldorf Professor Dr. Rudolf Buchholz (30. 7. 64), seitheriger außerordentlicher Professor der Freien Universität Berlin Dr. Gerald Grawert (1. 3. 65), seitheriger Dozent der Universität Köln Professor Dr. Heinrich Hüschen (5. 1. 65), seitheriger Dozent der Universität Freiburg i. Br. Professor Dr. Wolfgang Kullmann (18. 12. 64), Dozent Dr. Ferdinand Merz (18. 12. 64), seitheriger ordentlicher Professor der Universität Bonn Dr. Hans-Werner Surkau (13. 11. 65);

zum außerordentlichen Professor (BaL) Dr. Gunther Hildebrandt (30. 12. 64), Oberassistent Dr. Wolfgang Kirmse (23. 7. 64), Dozent Professor Dr. Rudolf Schmitz (11. 2. 65);

zum Wissenschaftlichen Rat zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Alfred Hanel (2. 2. 65);

zum Wissenschaftlichen Rat (BaL) Oberarzt Dr. Hans-Jürgen Hering (13. 1. 65), Wissenschaftlicher Rat zur Anstellung Dr. Karlheinz Müller (3. 3. 65);

zum Kustos zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Horst Heussner (4. 1. 65), Dr. Joachim Schwebe (1. 2. 65);

zum Dozenten (BaW) Privatdozent Dr. Antonius Gunneweg (8. 12. 64);

zum Dozenten wissenschaftlicher Assistent Privatdozent Dr. Hans Hattenhauer (25. 1. 65), Oberassistent Dr. Volker Jacobshagen (25. 2. 65), Wissenschaftlicher Assistent Privatdozent Dr. Karl Lenz (4. 2. 65);

zum Oberassistenten Wissenschaftlicher Assistent Dr. Gerhard Korb (1. 3. 65);

zum Regierungsoberamtmann Regierungsamtmann Fritz Pfeiffer (8. 1. 65);

zum Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor Ernst Bolz (8. 1. 65);

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor Hans Pilgrim (19. 1. 65), Regierungsinspektor Walter Wormsbäcker (8. 1. 65);

zur Bibliotheksinspektorin zur Anstellung (BaP) Ellen Biechler (1. 2. 65), Bärbel Kramer (1. 2. 65);

zum Regierungsinspektor zur Anstellung (BaP) Karl Sanzenbacher (8. 1. 64);

zum Hauptwerkmeister Oberwerkmeister Georg Weber (23. 2. 65);

zum Regierungsobersekretär (BaL) Regierungssekretär zur Anstellung Heinz Taube (21. 12. 64);

zum Amtsmeister Hausmeister Robert Feußner (5. 2. 65);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** Regierungsinspektor Hubertus Schmenner (10. 3. 65), Wissenschaftliche Rätin Dr. Doris Weber (31. 12. 64);

**versetzt gemäß § 123 BRRG**

an die Universität Münster/Westf. Bibliotheksinspektorin z. A. Gerlinde Wallisch (1. 1. 65);

**in den Ruhestand getreten**

wegen Erreichens der Altersgrenze Wissenschaftlicher Rat apl. Professor Dr. Karl Tripp (Ende des Monats Januar 65), Bibliotheksinspektor Dr. Paul Schulze (Ende des Monats Januar 65), Lageroberwärter Wilhelm Otto (Ende des Monats März 65);

**c) Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main****ernannt**

zum ordentlichen Professor Wissenschaftlicher Rat Professor Dr. Richard Klar (9. 11. 64);

zum ordentlichen Professor (BaL) apl. Professor Dr. Wolfgang Philipp (16. 10. 64), Professor Dr. Carl August Schmitz (1. 4. 65);

zum außerordentlichen Professor (BaL) seitheriger Universitätsdozent der Universität München Dr. Walther Ludwig (17. 11. 64), seitheriger Wissenschaftlicher Rat der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz Dr. Werner Lorenz (18. 12. 64), Dr. Georg Schneider (17. 11. 64);

zum Wissenschaftlichen Rat zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Hans Jürgen Kuzel (1. 12. 64); zum Wissenschaftlichen Rat (BaL) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Dietrich Palm (1. 2. 65);

zum Wissenschaftlichen Rat zur Anstellung (BaP) Dr. Friedrich Ruttner (1. 11. 64);

zum Kustos zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Ekkehard Thomas (1. 12. 64);

zur Dozentin Oberassistentin Privatdozentin Dr. Eva Bössmann (1. 2. 65);

zum Dozenten Oberassistent apl. Professor Dr. Erik Westermann (14. 1. 65), Wissenschaftlicher Assistent Dr. Johann Georg Helm (1. 3. 65), Wissenschaftlicher Assistent Dr. Rudolf Jander (8. 3. 65);

zum Lektor (BaW) Madhusudan Mishra (7. 1. 65);

zum Oberassistenten Privatdozent Dr. Gustav Adebah (1. 3. 65);

**Entpflichtung**

ordentlicher Professor Dr. Gottfried Weber (Ende des Monats März 65);

**entlassen**

gemäß § 39 Abs. 3 HBG Wissenschaftliche Rätin apl. Prof. Dr. Marie-Luise Dittrich (28. 2. 65);

gemäß § 39 HBG Dozent Dr. Spiros Simitis (3. 12. 64), Oberassistent Dr. Oskar Grüner (8. 12. 64);

**in den Ruhestand getreten**

wegen Erreichens der Altersgrenze Dozent apl. Professor Dr. Theobald Graff (Ende des Monats März 65);

**d) Hochschule für Erziehung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main****ernannt**

zum ordentlichen Professor außerordentlicher Professor Walter Scheffler (11. 2. 65);

zum Oberstudienrat im Hochschuldienst zur Anstellung Dr. Wolfgang Schlegelmilch (28. 12. 64);

zum Studienrat im Hochschuldienst Lehrer Volker Nitzschke (15. 2. 65);

zum Oberamtsgehilfen zur Anstellung (BaP) Peter Schäfer (8. 12. 64);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** Lehrer Knut Dietrich (26. 1. 65);

**versetzt gemäß § 29 HBG:**

vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main Regierungsinspektor Rudolf Metzger (1. 1. 65);

**e) Justus Liebig-Universität Gießen****ernannt**

zum ordentlichen Professor (BaL) seitheriger Wissenschaftlicher Assistent der Universität Kiel Dr. Wilhelm-Albert von Brunn (17. 2. 65), Oberassistent der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main Prof. Dr. Oskar Grüner (1. 12. 64), Dr. Georg Lämmler (1. 4. 65), Dozent Dr. Spiros Simitis (4. 12. 64), Wissenschaftlicher Rat zur Anstellung Dr. Hans Schabram (3. 12. 64), seitheriger Dozent der Universität Freiburg i. Br. Dr. Artur Woll (9. 11. 64)

zum außerordentlichen Professor (BaL) seitheriger Oberassistent der Universität Kiel Dr. Andreas Oksche (4. 11. 64);

zum Wissenschaftlichen Rat (BaL) Wissenschaftlicher Rat zur Anstellung Dr. Wilhelm Gehring (22. 3. 65);

zum Kustos zur Anstellung (BaP) Dr. Alois Chlopeczik (31. 12. 64);

zum Oberarzt Wissenschaftlicher Assistent Privatdozent Dr. Wilhelm Knothe (12. 1. 65), Privatdozent Dr. Gerhard Schönbach (8. 1. 65);

zum Dozenten Wissenschaftlicher Assistent Privatdozent Dr. Ehrhart Nitzschke (15. 3. 65);

zur Lektorin (BaW) Maria Luisa Amorim (18. 1. 65);  
zum Lektor (BaW) Jean Caudmont (19. 2. 65);  
zum Oberassistenten Wissenschaftlicher Assistent Privatdozent Dr. Klaus Zernack (5. 2. 65);  
zum Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor Rudolf Grün (31. 12. 64);  
zur Bibliotheksoberinspektorin Bibliotheksinspektorin Johanna Berndt (4. 3. 65), Bibliotheksinspektorin Dorothea Zschaber (9. 3. 65);  
zur Bibliotheksinspektorin zur Anstellung (BaP) Elisabeth Herstein (3. 3. 65);  
zum Regierungsinspektor (BaL) Regierungsinspektor zur Anstellung Alfred Bildau (28. 12. 64);  
zum Regierungssekretär zur Anstellung (BaP) Karl Borschel (29. 1. 65);

**versetzt**

an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz Lektor Gottfried Klöhn (1. 4. 65);

**versetzt gemäß § 123 BRRG**

zur Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart Bibliotheksinspektor zur Anstellung Jochen Simon (1. 3. 65);

**in den Ruhestand versetzt**

auf eigenen Antrag Krankenpfleger Karl Pillich (31. 12. 64).

**f) Hochschule für Erziehung an der Justus Liebig-Universität Gießen****ernannt**

zum Oberstudienrat im Hochschuldienst zur Anstellung (BaP) Dr. Jürgen Redhardt (17. 2. 65);  
zum Studienrat im Hochschuldienst zur Anstellung (BaP) Assessor im Lehramt Dr. Helmut Genschel (8. 1. 65);  
zum Studienrat im Hochschuldienst Lehrer Dr. Kurt Knopf (5. 1. 65);  
zum Studienrat im Hochschuldienst (BaL) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Karl Adalbert Preuschen (30. 12. 64);  
zur außerplanmäßigen Lehrerin Brigitte Runge (9. 12. 64);  
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Oberstudienrat im Hochschuldienst Dr. Horst Pfeiffer (22. 2. 65).

**g) Technische Hochschule in Darmstadt****ernannt**

zum ordentlichen Professor Bundesverfassungsrichter a. D. Professor Dr. Martin Drath (10. 12. 64);  
zum ordentlichen Professor (BaL) Dozent der Philipps-Universität Marburg Dr. Eberhard Dülfer (2. 2. 65);  
zum Wissenschaftlichen Rat als Abteilungsvorsteher Wissenschaftlicher Rat Dr. Helmut Frank (31. 12. 64);  
zum ordentlichen Professor (BaL) seitheriger außerordentlicher Professor der Universität München Dr. Klaus Hafner (18. 12. 64), Dr.-Ing. Gerhard Pahl (11. 12. 64);  
zum Wissenschaftlichen Rat zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Horst Clausmeyer (20. 1. 65), Wissenschaftlicher Assistent Dr. Helmut Gärtner (23. 2. 65);  
zum Wissenschaftlichen Rat (BaL) Wissenschaftlicher Rat zur Anstellung Dr. Armin Resch (18. 12. 64);  
zum Wissenschaftlichen Rat zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dipl.-Ing. Reinhard Reuter (4. 12. 64);  
zum Kustos zur Anstellung (BaP) Wissenschaftlicher Assistent Dr. Georg Heinrich Vieweg (10. 12. 64);

**entpflichtet**

ordentlicher Professor Dr.-Ing. Franz Nikolaus Scheubel (Ende September 1964);

**in den Ruhestand getreten**

wegen Erreichens der Altersgrenze Hauptwerkmeister Max Hoffmann (Ende des Monats Januar 1965);

**entlassen**

gemäß § 41 HBG Oberingenieur Dr. rer. nat. Klaus Naumburg (30. 9. 64), Dozent Dr. rer. nat. Heinz Spähn (31. 12. 64);  
gemäß § 39 HBG Dozent Dr.-Ing. Wilhelm Simon (16. 9. 64);

**h) Pädagogisches Fachinstitut Wiesbaden****ernannt**

zur Oberstudienrätin Studienrätin Otilie Nägler (11. 1. 65);  
zur Studienrätin (BaL) Studienassessorin Dr. Helma Hofmann (28. 1. 65);  
zur Studienassessorin (BaP) Assessorin im Lehramt Gudrun Schilk (8. 12. 64);  
zum Studienassessor (BaP) Assessor im Lehramt Horst Schleyer (10. 12. 64);  
zum Hausmeister zur Anstellung (BaP) Herbert Eschborn (1. 1. 65).

**h 1) Pädagogisches Fachinstitut Kassel****ernannt**

zum Studienrat (BaL) Studienassessor Stephan Freiger (12. 1. 65), Studienassessor Hans-Joachim Peter (29. 12. 64);  
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Lehrer Karl Debik (27. 1. 65), Lehrer Walter Müller (16. 2. 1965);

**h 2) Pädagogisches Fachinstitut Jugenheim/B.****ernannt**

zum Studienrat zur Anstellung (BaP) Berthold Steines (22. 12. 64);

**h 3) Pädagogisches Fachinstitut Fulda****ernannt**

zum Oberstudienrat Studienrat Rudolf Köhl (1. 4. 65);

**i) Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt****ernannt**

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor Werner Haußner (1. 1. 65);  
zur Bibliotheksinspektorin zur Anstellung (BaP) Irmgard Hilde Schellenberg (1. 2. 65);  
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Bibliotheksinspektorin Mechthild Walger (3. 3. 65);  
in den Ruhestand versetzt  
auf eigenen Antrag Regierungsoberinspektor Heinrich Dippel (Ablauf des 31. 12. 64);

**j) Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Homburg****ernannt**

zum Schloßaufseher (BaL) Schloßaufseher zur Anstellung Heinrich Eskuche (2. 1. 65), Schloßaufseher zur Anstellung August Homburg (2. 1. 65);  
zum Gartenaufseher zur Anstellung (BaP) Justus Salzmann (28. 1. 65);

**k) Sigmund-Freud-Institut Frankfurt am Main****ernannt**

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor Werner Seifert (1. 1. 65);

**l) Der Landeskonservator von Hessen Wiesbaden****versetzt**

von der Wehrbereichsverwaltung IV Wiesbaden Regierungsobersekretär Joachim Ebel (1. 1. 65);

**m) Staatstheater Kassel****ernannt**

zum Theatersekretär (BaL) Erich Bing (29. 12. 64);

**n) Hessisches Staatsarchiv Darmstadt****ernannt**

zum Regierungsarchivassessor (BaP) Archivassessor Albrecht Eckhardt (1. 1. 65);

**n 1) Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Archivinspektor Hans-Dieter Brand (24. 12. 64);

**n 2) Hessisches Staatsarchiv Marburg/Lahn**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Archivinspektor Armin Sieburg (15. 2. 65);

**o) Polytechnikum Friedberg****ernannt**

zum Regierungsinspektor zur Anstellung (BaP) Dieter Gruner (1. 2. 65);

**in den Ruhestand getreten**

wegen Erreichens der Altersgrenze Baudirektor Dr. Otto Gliss (Ende des Monats März 1965), Regierungsoberinspektor Georg Anton Kipp (Ende des Monats Januar 65);

**p) Staatliche Ingenieurschule in Frankfurt am Main**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Baurat im technischen Schuldienst Dr. Herbert Bock (28. 1. 65), Baurat im technischen Schuldienst Dipl.-Ing. Alfred Schön (29. 1. 65), Hausmeister Martin Dahley (20. 1. 65);

**in den Ruhestand getreten**

wegen Erreichens der Altersgrenze Oberbaurat i. t. S. Dipl.-Ing. Wilhelm Lohbeck (Ende des Monats März 1965);

**p 1) Staatliche Ingenieurschule Darmstadt****ernannt**

zum Baurat im technischen Schuldienst (BaL) Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dr. Helmut Schließmann (18. 3. 65);

in den R u h e s t a n d versetzt

wegen dauernder Dienstunfähigkeit Baudirektor im technischen Schuldienst Dr. phil. Martin Bergsträßer (Ablauf des Monats April 1964);

**p 2) Staatliche Ingenieurschule Kassel**

ernannt

zum Baurat im technischen Schuldienst (BaL) Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dr. Horst Hentze (27. 1. 65), Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dipl.-Ing. Johannes Petermann (28. 1. 65);

zum Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung (BaP) Dipl.-Ing. Dieter Richter (3. 3. 65);

zum Baurat im technischen Schuldienst (BaP) Dipl.-Ing. Martin Würz (2. 3. 65);

zum Studienrat (BaL) Studienrat zur Anstellung Dipl.-Kaufmann Gerhard Roßmann (3. 2. 65);

in den R u h e s t a n d versetzt

wegen dauernder Dienstunfähigkeit Baudirektor Dipl.-Ing. Martin Cordes (Ende des Monats Februar 1965);

**p 3) Staatliche Ingenieurschule in Gießen**

ernannt

zum Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung (BaP) Dr. Hermann Gerstner (23. 1. 65);

zum Studienrat zur Anstellung Dr. Reinhart Renschler (29. 1. 65);

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor Ernst Reitz (26. 2. 65);

**q) Staatsbauschule Frankfurt am Main**

ernannt

zum Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung (BaP) Dipl.-Ing. Heinz-Hanns Dietz (18. 3. 65), Dipl.-Ing. Eugen Rink (1. 12. 64);

zum Baurat im technischen Schuldienst (BaL) Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dipl.-Ing. Eberhard Tantz (24. 12. 64);

zum Studienrat (BaL) Studienrat zur Anstellung Dr. Gottfried Nitzsche (26. 1. 65);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Baurat im technischen Schuldienst Dipl.-Ing. Johannes Uthoff (25. 1. 65);

in den R u h e s t a n d versetzt

auf eigenen Antrag Oberbaurat im technischen Schuldienst Dr.-Ing. Heinrich Dürrbaum (Ablauf des Monats Februar 1965);

entlassen

auf Verlangen (§ 41 HBG) Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dr.-Ing. Albert Schwarz (Ablauf des Monats Februar 1965)

**q 1) Staatsbauschule in Darmstadt**

ernannt

zum Baurat im technischen Schuldienst (BaL) Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dipl.-Ing. Rolf Baldamus (14. 3. 65), Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dr. Werner Buch (24. 3. 65), Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung Dipl.-Ing. Werner Herget (15. 3. 65);

zum Baurat im technischen Schuldienst zur Anstellung (BaP) Dipl.-Ing. Werner Haselbach (15. 3. 65);

zum Studienrat Studienrat zur Anstellung Dipl.-Soz. Helmut Beier (19. 10. 64);

in den R u h e s t a n d getreten

wegen Erreichens der Altersgrenze Oberbaurat im technischen Schuldienst Karl Schaefer (Ende des Monats März 1965);

**q 2) Staatsbauschule in Kassel**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Studienrat Karl Spies (5. 2. 65), Baurat im technischen Schuldienst Dipl.-Ing. Adelbert Behrje (8. 1. 65);

in den R u h e s t a n d getreten

wegen Erreichens der Altersgrenze Baurat im technischen Schuldienst Wilhelm Riekel (Ende des Monats März 1965);

**q 3) Staatsbauschule in Idstein/Ts.**

in den R u h e s t a n d getreten

wegen Erreichens der Altersgrenze Oberbaurat im technischen Schuldienst Dipl.-Ing. Gustav Kärcher (Ende des Monats März 1965).

Wiesbaden, 6. 4. 1965

**Der Hessische Kultusminister**  
Z 8 — 050/35 — 40

St.Anz. 18/1965 S. 490

**d) Volks-, Real- und Sonderschuldienst des Reg.-Bezirks Wiesbaden**

ernannt

zu Hauptlehrern die Lehrer Wolfgang Jung, Steeden Oberl. (2. 4. 64), Heinz Molkenhain, Gräveneck Oberl. (3. 4. 64), Walter Nebgen, Breidenstein/Bied. (7. 4. 64), Harald Aders, Niederscheld/Dillkr. (7. 4. 64), Franz Blumentritt, Kinzenbach/Wetzlar (7. 4. 64), Kurt Birnbaum, Horbach Gelnh. (21. 4. 64), Heinrich Müller, Dorlar/Wetzlar (7. 4. 64), Heinrich Lepper, Niederkleen/Wetzlar (7. 4. 64), Oswald Grimm, Rittershausen/Dillkr. (15. 5. 64), Helmut Knödgen, Schloßborn/Mts. (19. 6. 64), Edgar Denzer, Wiesbaden (29. 6. 64), Heinz Theis, Hirzenhaun/Dillkr. (29. 9. 64), Rudolf Horz, Mengerskirchen/Oberl. (8. 10. 64), Lothar Schmidt, Laufenselden/Untert. (29. 10. 64), Adolf Löw, Frankenbach/Wetzlar (31. 10. 64), Gustav Limpert, Idstein/Untert. (16. 12. 64), Otto Koch, Heubach (15. 12. 64), Hermann Schäfer, Niederbiel/Wetzlar (9. 12. 64), Matthias Ziegler, Neuhoft/Untert. (18. 2. 65), Botho Wiecker, Diedenbergen Mts. (26. 2. 65);

zu Konrektoren die Lehrer Manfred Noack, Bruchköbel/Hanau (7. 4. 64), Manfred Bardorf, Frankfurt M. (30. 4. 64), Hans-Werner Am Ende, Frankfurt M. (13. 6. 64), Rainer Viehweber, Bad Homburg/Obert. (25. 5. 64), Franz Frei, Hanau (9. 6. 64), Walter Blumentritt, Frankfurt M. (12. 6. 64), Hans Wolfenstaedter, Frankfurt M. (12. 6. 64), Eduard Warhol, Frankfurt/M. (7. 7. 64), Josef Schmoranzler, Frankfurt/Main (12. 6. 64), Heinz Reeg, Frankfurt M. (12. 6. 64), Kurt Glatkowski, Frankfurt M. (12. 6. 64), Hans Strub, Frankfurt M. (12. 6. 64), Hermann Großmann, Frankfurt M. (12. 6. 64), Heinrich Schreiber, Frankfurt M. (12. 6. 64), Kurt Hellmig, Wiesbaden (9. 7. 64), Hieronymus Kießling, Frankfurt M. (12. 6. 64), Otto Ringsdorf, Wetzlar (14. 9. 64), Wilhelm Hahn, Elz/Limb. (28. 9. 64), Gerhard Lehnhardt, Wiesbaden (23. 10. 64), Martin Kiele, Frankfurt M. (4. 11. 64), Hans Hüller, Hanau (15. 12. 64);

zu Konrektorinnen die Lehrerinnen Gertrud Goebel, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Ursula Netthöfel, Frankfurt M. (31. 8. 64); zum Hauptlehrer als Leiter einer Sonderschule Lehrer Gerhard Dollinger, Frankfurt M. (31. 8. 64);

zu Konrektoren an einer Sonderschule Sonderschullehrer Günter Wezorke, Frankfurt M. (12. 6. 64), Adalbert Hölker, Frankfurt M. (12. 6. 64), Sonderschullehrerin Ursula Kitzel, Frankfurt M. (12. 6. 64);

zum Volks- und Realschul-Konrektor Realschullehrer Hans Baldus, Limburg (3. 12. 64);

zu Realschulkonrektoren die Realschullehrer Aloys Briebach, Frankfurt M. (12. 6. 64), Kurt Hausschild, Frankfurt/Main (12. 6. 64), Otto Kauer, Gelnhausen (30. 5. 64), Werner Schmitt, Frankfurt M. (12. 6. 64), Erich Göbel, Eltville Rhg. (10. 7. 64), Otto Schöfer, Camberg Limb. (29. 9. 64);

zu Direktoren die Lehrer Hubert Lewalter, Kelkheim Mts. (24. 3. 64), Herbert Pyschik, Frankfurt M. (19. 3. 64), die Hauptlehrer Anton Schreck, Stierstadt Oberl. (26. 3. 64), Josef Muskalla, Erbach/Rhg. (16. 4. 64), Karl Löber, Langenaubach/Dillkr. (6. 5. 64), Karl Öner, Lieblos Gelnh. (15. 5. 64), Realschullehrer Kurt Schäfer, Frankfurt M. (29. 4. 64), die Konrektoren Adolf Hicken, Frankfurt M. (19. 3. 64), Erich Cebulla, Wiesbaden (30. 6. 64), die Lehrer Fritz Roß, Frankfurt M. (21. 3. 64), Armin Schombert, Waldgirmes Wetzl. (1. 4. 64), Georg Gareis, Wiesbaden (30. 6. 64), Paul Petri, Hartenrod/Bied. (21. 4. 64), die Hauptlehrer Wolfgang Nitzsche, Naunheim/Wetzl. (16. 4. 64), Albin Wölfl, Oberhöchstadt/Obert. (14. 4. 64), Walter Speyer, Bieber Gelnh. (9. 5. 64), die Konrektoren Ernst Schildger, Frankfurt M. (12. 6. 64), Georg-Otto Sommer, Frankfurt M. (12. 6. 64), Walter Martin, Frankfurt M. (12. 6. 64), Wolfgang Weber, Frankfurt M. (25. 8. 64), Walter Weber, Frankfurt M. (25. 8. 64), Gerhard Winter, Okrifel/Mts. (31. 8. 64), Erhard Körbitz, Anspach/Usingen (19. 1. 65), die Konrektorin Gisela Breitbach, Frankfurt M. (12. 6. 64), die Hauptlehrer Eberhardt Heyn, Niederdorfelden Hanau (29. 10. 64), Johannes Gärtner, Kassel/Gelnh. (15. 11. 64), Rudolf Otto, Eisenbach/Limb. (3. 12. 64), Josef Schmidt, Eschhofen Limb. (28. 1. 65), Willi Diefenbach, Oberbrechen/Limb. (25. 2. 65), Horst Schönfeld, Dauborn/Limb. (24. 2. 65), Karl Morgenstern, Eidengesäß/Gelnhausen (9. 2. 65), die Hauptlehrerin Christine Vollmuth, Kelkheim/Mts. (31. 1. 65), die Lehrer Bernhard Horn, Wiesbaden (30. 6. 64), Edgar Michel, Wies-

baden (30. 6. 64), Heinz Drechsel, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Klaus Scheidemantel, Hanau (9. 6. 64), Erich Voigt, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Wilhelm Milde, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Heinz Müller, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Helmut Ritzel, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Kurt Heinze, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Reinhold Schmitt, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Gerhard Nowak, Weilbach/Mts. (31. 8. 64), die Lehrerinnen Hildegard Hausknecht, Neuenhain/Mts. (21. 4. 64), Charlotte Hass, Wiesbaden (20. 6. 64), Rosmarie Kober, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Ingeborg Kähling, Frankfurt/M. (27. 11. 64);

zum Volks- und Realschullehrer Realschullehrer Jürgen Runzheimer, Gladenbach/Bied. (28. 11. 64);

zu Realschullehrern die Realschullehrer Josef Berkessel, Eltville/Rhg. (10. 7. 64), Werner Klein, Frankfurt/M. (18. 9. 1964);

zu Direktoren als Leiter an einer Sonderschule Konrektor an Sonderschulen Hans-Eberh. Hempel, Frankfurt/M. (12. 6. 1964), die Sonderschullehrer Kurt Köhm, Wiesbaden (30. 9. 1964), Gerd Osmer, Wiesbaden (30. 9. 64);

zu Schulpsychologin und Lehrerin Lehrerin Dr. Waltraut Schreiber, Kronberg/Obert. (19. 8. 64);

zu Direktoren als Ausbildungsleiter an einem Pädagogischen Seminar die Realschullehrer Karlhans Weidt, Herborn/Dillkreis (9. 11. 64), Karl Stark, Biedenkopf (15. 12. 64), Hauptlehrer Edmund Kaiser, Limburg (26. 8. 64), die Direktoren Richard Stroh, Wiesbaden (23. 12. 64), Otto Ringsdorf, Wetzlar (6. 11. 64), Lehrer Bernhard Eschholz, Wetzlar (5. 11. 64), Lehrerin Ilse Köhne, Hanau (4. 11. 64).

Wiesbaden, 15. 3. 1965

**Der Regierungspräsident**  
II 2 (I G)

StAnz. 18/1965 S. 492

**d) Volks-, Real- und Sonderschuldienst  
des Regierungsbezirks Wiesbaden**

**ernannt**

zu Lehrern auf Lebenszeit die apl. Lehrer Rudolf Marquardt, Launsbach/Wetzlar (10. 12. 64), Hans Schumann, Dreisbach/Wetzlar (15. 12. 64), Winfried Neumeyer, Hintersteinau/Schlüchtern (17. 2. 65), Günther Lippoldes, Frankfurt/M. (19. 2. 65), Hans-Dieter Gessner, Erbach/Rhg. (10. 2. 65), Gustav Karger, Elm/Schlüchtern (26. 2. 65);  
zu Lehrerinnen (BaL) die apl. Lehrerinnen Elfriede Schwarzer, Niedermittlau/Gelnh. (12. 11. 64), Helga Becker, Frankfurt/M. (22. 1. 65);

zu Realschullehrern die Hauptlehrer Hans-Joachim Heyer, Dillenburg (26. 1. 65), die Lehrer Waldemar Linke, Frankfurt/M. (30. 11. 64) Harald Schönhorst, Hanau (21. 12. 1964), Otto Koettnitz, Bad Schwalbach/Unt. (9. 2. 65);

zu Realschullehrern (BaL) apl. Lehrer Karl-Josef Weidenhau, Frankfurt/M. (13. 11. 64), die apl. Realschullehrer Franz Stimpel, Eltville/Rhg. (10. 11. 64), Hans Wolf, Frankfurt/M. (1. 12. 64), Werner Horn, Wiesbaden (12. 2. 65);

zu Realschullehrerinnen (BaL) apl. Realschullehrerin Elinor Alexander, Frankfurt/M. (22. 12. 64); die Lehrerinnen Ursula Oesch, Gelnhausen (4. 11. 64), Martina Weber, Wiesbaden (14. 11. 64);

zu Realschullehrerinnen die Lehrerinnen Wilma Krieweth, Wiesbaden (12. 11. 64), Lotte Köpke, Biedenkopf (16. 1. 65), Emmy von der Lohe, Limburg (18. 2. 65);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe**

die apl. Lehrer Karlheinz Becht, Schupbach/Oberl. (7. 4. 1964), Klaus Reuter, Runkel/Oberl. (25. 3. 64), Sieghard Spies, Hochheim/Mts. (18. 3. 64), Günther Fricke, Wörsdorf/Unt. (20. 3. 64), Karl Fernschild, Langenselbold/Hanau (18. 3. 1964), Kurt Spielmann, Wetzlar (14. 4. 64), Werner Trösken, Burg/Dillkreis (25. 3. 64), Erich Rothe, Hernbornseelbach/Dillkreis (24. 3. 64), Max Teuber, Wetzlar (3. 4. 64), Egon Grasop, Frankfurt/M. (17. 3. 64), Walter Arndt, Medenbach/Dillkreis (25. 3. 64), Klaus Kaduk, Frankfurt/M. (11. 4. 64), Gerhard Matheus Waldgirmes/Wetzlar (12. 5. 64), Erich Graf, Wolferborn/Gelnh. (4. 5. 64), Walter Moos, Frankfurt/Main (7. 4. 64), Emanuel Linkert, Frankfurt/M. (17. 4. 64), Josef Hollmann, Herborn/Gelnh. (11. 5. 64), Paul-Helmut Hundhausen, Köpen/Obert. (11. 5. 64), Werner Stark, Frankfurt/M. (21. 5. 64), Walter Grünert, Daisbach/Unt.

(11. 5. 64), Harry Schaller, Hanau (9. 5. 64), Horst Stubenrauch, Frankfurt/M. (24. 4. 64), Helmut Bicker, Frankfurt/M. (15. 5. 64), Ulrich Dickmann, Altenmittlau (6. 5. 64), Ernst-Alfons Hebbchen, Camberg/Limb. (6. 5. 64), Gerhard Beck, Niederbrechen-Limb. (8. 5. 64), Bruno Ehler, Lindenholzhäusen/Limb. (8. 5. 64), Walter Hartmann, Niederbrechen/Limb. (5. 5. 64), Aug.-Wilh. Detner, Ellar/Limb. (11. 5. 64), Erich Leumpert, Langenselbold/Hanau (26. 5. 64), Theodor Hoffmann, Frankfurt/M. (15. 4. 64), Alois Steininger, Frankfurt/M. (11. 5. 64), Alfons Tscharn, Geisenheim/Rhg. (26. 5. 1964), Günter Hick, Frankfurt/M. (20. 5. 64), Erich Jacobi, Frankfurt/M. (15. 5. 64), Gerd Kleser, Wiesbaden (6. 6. 64), Manfred Weißgerber, Schwalbach/Mts. (16. 6. 64), Dietrich Löw, Kilianstädten/Hanau (10. 6. 64), Linus Saig, Großauheim/Hanau (11. 6. 64), Woldemar Freese, Großauheim/Hanau (11. 6. 64), Horst Peter, Wiesbaden (13. 6. 64), Jochen Koppe, Frankfurt/M. (25. 4. 64), Armin Schmidt, Niederlemp/Wetzlar (12. 5. 64), Hermann Anhalt, Somborn, Gelnhausen (6. 7. 74), Friedrich Wilhelm Häfner, Langenselbold/Hanau (7. 7. 64), Reinhard Wehnert, Niederissigheim/Hanau (7. 8. 1964), Kurt Mainz, Frankfurt/M. (13. 6. 64), Willfried Langscheid, Haitz/Gelnh. (15. 7. 64), Hermann Kohlhaufen, Langenselbold/Hanau (19. 8. 64), Jürgen Beyer, Rodenbach/Dillkreis (2. 9. 64), Fritz Kerstin, Frankfurt/M. (21. 8. 64), Klaus Hampe, Frankfurt/M. (19. 8. 64), Harry Sieber, Sinn/Dillkreis (7. 8. 64), Hans-Jürgen Dethloff, Marköbel/Hanau (12. 8. 64), Gerhard Turba, Frohnhausen/Dillkreis (21. 8. 64), Walter Böhm, Medenbach/Dillkreis (21. 8. 64), Erich Kroha, Rittershausen/Dillkreis (29. 8. 64), Helge Schmidt, Bad Schwalbach/Unt. (19. 8. 64), Günter Klee, Kelkheim/Mts. (13. 10. 64), Gerhard Lomb, Wetzlar (12. 10. 64), Helmut Hoffmann, Krißfeld/Mts. (28. 10. 64), Helmut Schmidt, Garbenheim/Wetzlar (22. 10. 64), Winfried Schell, Aßmannshausen/Rhg. (11. 11. 64), Manfred Knoch, Frankfurt/M. (30. 10. 64), Eduard Kurz, Bad Homburg/Obert. (7. 11. 64), Wolfgang Leps, Kelkheim/Mts. (17. 11. 64), Ernst Bergen, Bad Soden/Mts. (6. 11. 64), Wolf-Eberhard Klemm, Frankfurt/M. (10. 11. 64), Kurt Weigel, Wiesbaden (11. 1. 65), Manfred Langner, Bleidenstadt/Unt. (18. 1. 65), Karl-Josef Simon, Hattenheim/Rhg. (16. 1. 65), Manfred Schulze, Ostheim/Hanau (14. 1. 65), Fritz Specht, Niederweidbach/Bied. (16. 1. 65), Hermann Tschakert, Bleidenstadt/Unt. (18. 1. 65), Günther Puth, Bergen-Enkheim/Hanau (14. 1. 65), Jürgen Dittrich, Steinau/Schlüchtern (21. 1. 65), Werner Gigling, Altengronau/Schlüchtern (12. 2. 65), Manfred Schnabel, Löhnberg/Oberl. (17. 2. 65), Burghard Pitz, Kirchbracht/Gelnh. (29. 1. 65), Franz Motyka, Schwickershausen/Limb. (2. 3. 65), Hubert Schmidt, Steindorf/Wetzlar (25. 2. 65), Manfred Barth, Oberkleen/Wetzlar (26. 2. 65), Arno Weisheit, Holzhausen/Wetzlar (4. 3. 65), Egon Porzelt, Laubuseshausen/Oberl. (8. 3. 65), die apl. Realschullehrer Wolfram Engelhardt, Frankfurt/M. (12. 6. 64), Heinrich Ennemann, Hofheim/Mts. (19. 8. 64), Bernhard Kleinhenz, Eltville/Rhg. (19. 2. 65), Adam Syha, Limburg (1. 3. 65), die apl. Lehrerinnen Irmtraut Korus, Burgsolms/Wetzlar (24. 3. 64), Mechtild Mahr, Steindorf-Albshausen/Wetzlar (6. 4. 64), Ilse Loße, Oberscheld/Dillkreis (7. 4. 64), Gudrun Stahlschmidt, Frankfurt/M. (24. 3. 64), Ingrid Probst, Nanzenbach/Dillkreis (10. 4. 64), Margot Hoß, Hermannstein/Wetzlar (8. 4. 1964), Helene Sandig, Ostheim/Hanau (10. 4. 64), Waltraut Dethloff, Ostheim/Hanau (13. 4. 64), Annemarie Hühnt, Frankfurt/M. (23. 3. 64), Maren Breitsprecher, Frankfurt/M. (13. 4. 64), Brigitta Neumann, Oberdorf/Gelnh. (18. 4. 64), Cordula Lehmann, Neuenhaßlau/Gelnh. (11. 4. 64), Elisabeth Seel, Frankfurt/M. (7. 4. 64), Irmgard Jahns, Winkel/Rhg. (16. 3. 64), Barbara Eigendorf, Katzenfurt/Wetzlar (14. 5. 64), Margarete Böhls, Mornshausen/Bied. (24. 4. 64), Bärbel Grieb, Tiefenbach/Wetzlar (30. 4. 64), Susanne Lichtenstein, Gladenbach/Bied. (25. 4. 64), Lieselotte Groth, Atzbach/Wetzlar (15. 4. 64), Erna Gabler, Hanau (29. 4. 64), Christiane Franck, Oberursel/Obert. (30. 4. 64), Renate Kösters, Atzbach/Wetzlar (16. 4. 64), Inge Lomb, Wetzlar (20. 4. 64), Gertrud Göbel, Oberdorf/Hanau (12. 5. 64), Gertrud Arnold, Gronau/Hanau (12. 5. 64), Almut Müller, Frankfurt/M. (18. 4. 64), Hannelore Upplieger, Mammolshain/Obert. (11. 5. 64), Renate Roddewig, Bleidenstadt/Unt. (12. 5. 1964), Margit Dubrowsky, Spielberg/Gelnh. (21. 5. 64), Hannelore Geide, Buchenau/Bied. (12. 5. 64), Kläre Eberhard, Frankfurt/M. (25. 5. 64), Helga Ossadnik, Somborn/Gelnh. (5. 5. 64), Irmgard-Helga Lickmann, Frankfurt/M. (25. 4. 64), Hilde Kaps, Werdorf/Wetzlar (29. 4. 64), Ingrid Schott, Frankfurt/M. (28. 4. 64), Elisabeth Stadter, Frankfurt/M.

(4. 5. 64), Renate Grimm, Frankfurt/M. (4. 5. 64), Marie-Luise Strauß, Frankfurt/M. (28. 4. 64), Gertrud Beck, Hallgarten/Rhg. (27. 5. 64), Gertrud Frisch, Rod a. d. W./Usingen (26. 5. 64), Ursula Freisfeld, Oberursel/Obert. (30. 4. 64), Ilse Kulik, Frankfurt/M. (6. 5. 64), Barbara Koch, Oberdieten/Bied. (30. 5. 64), Gertraud Kaduk, Frankfurt/M. (29. 4. 64), Anneliese Meyer, Frankfurt/M. (29. 4. 64), Annemarie Kämnitz, Wiesbaden (30. 5. 64), Renate Werner, Anspach/Usingen (27. 5. 64), Hildegard Kahlheber, Östrich/Rhg. (27. 5. 64), Hannelore Märten, Erbach/Rhg. (6. 6. 64), Christiane Eisenbach, Wiesbaden (6. 6. 64), Ingrid Kumpff, Hausen v. d. H. (5. 6. 64), Johanna Kabus, Bleidenstadt/Unts. (5. 6. 64), Herta Strohmaier, Köppern/Obert. (4. 6. 64), Marlies Selter, Rükkingen/Hanau (13. 6. 64), Margarita Friedland, Oberursel/Obert. (25. 5. 64), Renate Lotz, Eidengesäß/Gelnh. (11. 6. 64), Eva Hagert, Steinau/Schlüchtern (18. 6. 64), Elfriede Hader, Flörsheim/Mts. (16. 6. 64), Ingeborg Both, Hofheim/Mts. (9. 6. 64), Heike Euler, Eddersheim/Mts. (13. 6. 64), Helga Rausch, Hochheim/Mts. (10. 6. 64), Hildegard Seewald, Fischbach Mts. (15. 6. 64), Henny Pütt, Hofheim/Mts. (10. 6. 1964), Elisabeth Kortus, Grävenwiesbach/Usingen (9. 6. 64), Marita Kreide, Ulmbach/Schlüchtern (9. 6. 64), Brigitte Freise, Schlüchtern (5. 6. 64), Rita Henze, Wiesbaden (16. 6. 1964), Hilde Bohlender, Niederreifenberg/Mts. (22. 6. 64), Marianne Gürbig, Wiesbaden (15. 6. 64), Anna-Maria Schaefer, Okrifte/Mts. (20. 6. 64), Maria Schlegel, Hattersheim/Mts. (19. 6. 64), Walli Schiller, Niederlauken/Usingen (8. 6. 64), Erna Riehle, Weilmünster/Oberl. (11. 6. 64), Gertrud Kothe, Rüdesheim/Rhg. (7. 7. 64), Gerda Facius, Seidenroth/Schlüchtern (19. 8. 64), Annemarie Dölle, Frankfurt/M. (25. 8. 64), Irmgard Pinder, Frankfurt/M. (24. 8. 64), Gertraude Klug, Frankfurt/M. (21. 8. 64), Käthe Binder, Langenaubach/Dillkreis (6. 8. 64), Gerda Sieber, Sinn-Dillkreis (7. 8. 64), Brigitte Bill, Hausen/Untert. (19. 8. 64), Gertraude Rohrsdorf, Frankfurt/M. (29. 4. 64), Christa Wegwart, Bad Soden/Schlüchtern (24. 8. 64), Christa Sauerteig, Frankfurt/M. (19. 8. 64), Eleonore Eifert, Allendorf/Dillkreis (22. 8. 64), Marianne Ebert, Schloßborn/Mts. (12. 10. 64), Christa Bankowsky, Kelkheim/Mts. (13. 10. 64), Ingeborg Eusterholz, Bad Soden/Mts. (6. 11. 64), Eveline Hanisch, Herborn/Dillkreis (2. 11. 64), Helga Storch, Kiedrich/Rhg. (11. 11. 64), Gisela Linden, Frankfurt/M. (23. 10. 64), Dorothea Steinberg, Rauenthal/Rhg. (17. 11. 64), Christl Paulat, Bad Homburg/Obert. (23. 11. 64), Ingrid Losert, Ehlhalten/Mts. (20. 11. 64), Anneliese Utikal, Wiesbaden (17. 11. 64), Ilse Happel, Bad Homburg/Obert. (23. 11. 64), Ulrike Eihausen, Niederhöchstädt/Mts. (4. 11. 64), Lieselotte Sachse, Oberzell/Schlüchtern (8. 12. 64), Margret Münden, Frankfurt/M. (22. 11. 64), Herta Reinhöfer, Flörsheim/Mts. (11. 12. 64), Luise Drefahl, Wiesbaden (22. 12. 64), Erna Schneider, Eschborn/Mts. (9. 12. 64), Waltraud Tutenberg, Wiesbaden (10. 12. 64), Inge Henche, Wiesbaden (11. 1. 65), Eva-Maria Hahn, Frankfurt/M. (26. 11. 64), Heide Hoffmann, Frankfurt/M. (25. 11. 64), Iris Freundorfer, Frankfurt/M. (18. 12. 1964), Renate Hinkel, Esch/Unt. (18. 1. 65), Ruth Schau, Bleidenstadt/Unt. (18. 1. 65), Marga Schreiber, Frankfurt/M. (22. 1. 65), Hildegard Schaaf, Bicken/Dillkreis (12. 1. 65), Gerda Schuy, Frankfurt/M. (18. 12. 64), Eva Neumann, Lichenroth/Gelnh. (12. 1. 65), Renate Grebel, Elz/Limburg (3. 3. 65), Brigitte Pauly, Lahr/Limburg (3. 3. 65), Irmgard Kiefer, Laufenselden/Unt. (5. 3. 65), Ursula Stutius-Ott, Zorn/Unt. (5. 3. 65), Lidwine Scheid, Frankfurt/M. (24. 2. 65);

die apl. Realschullehrerinnen Maria-Elis Engels, Hofheim/Mts. (19. 8. 64), Waltraud Kriep, Hofheim/Mts. (19. 8. 64), Ingeborg Knossalla, Wiesbaden (19. 8. 64), Liesel Poerschke, Oberursel/Obert. (10. 12. 64), Haide Schreiber, Frankfurt/M. (18. 1. 65), Doris Austrup, Hofheim/Mts. (18. 12. 64), Sybille Uhlemann, Frankfurt/M. (7. 1. 65), Wiltrud Peter, Friedrichsdorf/Obert. (16. 12. 64), Bernhild Paul, Frankfurt/M. (24. 2. 1965), Gundula Wittlich, Wiesbaden (26. 2. 65), Maria-Helene Fischer, Frankfurt/M. (20. 2. 65);

die Lehrer(innen) Hermann Liebig, Münster/Oberl. (7. 11. 1964), Käthe Buchmann, z. Z. Auslandsschuldienst (21. 10. 1964), Edith Niemetz, Somborn/Gelnh. (24. 8. 64);

#### berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Lehrer Erich Watz, Krodorf-Gleiberg/Wetzlar (30. 6. 64), Georg Dammköhler, Altengronau/Schlüchtern (2. 9. 64), Reinhard Garbe, Schwarzenfels/Schlüchtern (26. 8. 64), Heinrich Schönmeier, Bieber/Gelnh. (26. 8. 64), Robert Janisch, Sulzbach/Mts. (28. 8. 64), Josef Habiger, Neuses/Gelnh. (7. 8. 64), Dr. Lutz Rößner, Frankfurt/M. (19. 8. 64),

Heinz Zechel, Niedermittlau/Gelnh. (18. 9. 64), Hans-Jürgen Warnke, Frankfurt/M. (19. 8. 64), Hans Koch, Gettenbach/Gelnh. (8. 9. 64), Walter Schmidt, Bad Homburg Obert. (28. 10. 64), Hans Ebert, Bad Orb/Gelnh. (25. 9. 64), Alexander Henrich, Dauborn/Limburg (29. 10. 64), Hans-Ferdinand Kautz, Wiesbaden (13. 11. 64), Siegfried Biedermann, Rüdesheim/Rhg. (1. 12. 64), Elmar Drott, Niederwalluf/Rhg. (2. 12. 1964), Heinz Toni Schneider, Niederbrechen/Limb. (10. 12. 1964), Dieter Dullien, Wiesbaden (12. 1. 65), Georg Claus, Naunheim/Wetzlar (19. 1. 65), Anton Kortus, Usingen (2. 2. 1965), Gustav Lange, Wiesbaden (26. 2. 65), Friedr.-Wilh. Adam, Kinzenbach/Wetzlar (22. 1. 65);

die Realschullehrer Jürgen Klecksin, Braunfels/Wetzlar (26. 6. 64), Heinrich Graubner, Schlüchtern (20. 8. 64), Olfried Fernges, Frankfurt/M. (24. 11. 64);

Sonderschullehrer Gottfried Müller, Frankfurt/M. (29. 8. 64); die Lehrerinnen Hiltrud Herrmann, Flörsheim Mts. (7. 4. 64), Mechthild Brand, Eddersheim Mts. (7. 4. 64), Marion Grahe, Niederhöchstädt/Mts. (7. 4. 64), Charlotte Kreis, Weilbach Mts. (11. 4. 64), Elisabeth Leicht, Frankfurt/M. (28. 4. 64), Ruthilde Höchst, Frankfurt/M. (15. 5. 64), Elfriede Wasner, Allendorf/Wetzlar (18. 6. 64), Gerda Kustermann, Frankfurt/Main (26. 5. 64), Anneliese Müller, Niederbiel/Wetzlar (25. 6. 1964), Liselotte Fömmel, Salmünster/Schlüchtern (10. 9. 64), Christa Frenzel, Sterbfritz/Schlüchtern (20. 8. 64), Christa Baldes, Langenhain/Mts. (1. 9. 64), Zita Menzler, Frankfurt/Main (12. 8. 64), Christa Fischer, Schlüchtern (19. 8. 64), Brunhilde Klein, Langendiebach/Hanau (10. 8. 64), Erna Riehle, Weilmünster/Oberl. (19. 8. 64), Ruth Spiralko, Frankfurt/M. (7. 8. 64), Irmgard Schmidt, Delkenheim Mts. (26. 8. 64), Johanna Hartmann, Runkel/Oberl. (19. 8. 64), Gabriele Schmolck-Hieber, Frankfurt/M. (19. 8. 64), Hildegard Schlitt, Wiesbaden (1. 9. 64), Ursula Wittmann, Kelkheim/Mts. (2. 9. 64), Gertrud Krug, Lieblos/Gelnh. (4. 9. 64), Sigrid Schräbler, Frankfurt/M. (24. 8. 64), Margot Hedrich, Wetzlar (18. 9. 64), Renate Diefenbach, Bad Homburg/Obert. (25. 9. 64), Ella Conz, Schlierbach/Gelnh. (28. 9. 64), Barbara Muster, Freienfels/Oberl. (29. 9. 64), Margarete Schulz, Wiesbaden (12. 10. 64), Anneliese Knirsch, Niedermittlau/Gelnh. (13. 10. 64), Brigitte Seidlitz, Hahn/Unt. (23. 10. 64), Ruth Walper, Wiesbaden (2. 11. 64), Martha Hillgruber, Wiesbaden (2. 11. 64), Gisela Horst, Wiesbaden (2. 11. 64), Ilse Bötter, Seelbach/Oberl. (5. 11. 64), Lieselotte Marcus, Hanau (5. 11. 1964), Hannelore Born, Bad Orb/Gelnh. (9. 11. 64), Elfriede Jähnichen, Wächtersbach/Gelnh. (9. 11. 64), Käthe Buchmann, z. Z. Auslandsschuldienst (14. 1. 65), Irene Daubert, Frankfurt/M. (22. 12. 64), Elisabeth Kemmler, Frankfurt/M. (4. 12. 64), Edith Niemetz, Somborn/Gelnh. (17. 2. 65), Angela Wanka, Pfaffenhausen/Gelnh. (14. 1. 65), Elfriede Hoppe, Frankfurt/M. (21. 1. 65), Anneliese Goldberg, Frankfurt/M. (21. 1. 65), Inge Berndt, Frankfurt/M. (11. 1. 65), Roselore Schietrumpf, Usingen (18. 2. 65);

die Realschullehrerinnen Marie-Luise Dittmer, Wiesbaden (9. 8. 64), Brigitte Herden, Usingen (8. 2. 65);

#### in den Ruhestand versetzt

die Lehrer Wilhelm Hinkel, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Josef Lenferding, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Rudolf Surkau, Frankfurt/M. (1. 1. 65), Adolf Steckenmesser, Vollmerz/Schlüchtern (1. 10. 64), Waldemar Hain, Frohnhausen/Dillkreis (1. 4. 65), Wilhelm Schäfer, Frohnhausen/Dillkreis (1. 4. 65), Ernst Krumm, Rodenbach/Dillkreis (1. 4. 65), Wilhelm Schüler, Cleeburg/Wetzlar (1. 4. 65), Friedrich Zotzmann, Wißmar/Wetzlar (1. 4. 65), Rudolf Bohne, Wißmar/Wetzlar (1. 4. 64), Heinrich Kern, Dillenburg (1. 4. 65), Rudi von Hof, Weidelsbach/Dillkreis (1. 4. 65), Adam Hepp, Blasbach/Wetzlar (1. 4. 1965), Leo Ruchnewitz, Villmar/Oberl. (1. 4. 65), Alfred Weiß, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Ernst Steinmetz, Frankfurt/M. (1. 4. 1965), Rudolf Hlauschka, Hasselbach/Limburg (1. 4. 65), Paul Ermisch, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Hans Klein, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Bruno Paul, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Alfred Hallmann, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Fritz Voigt, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Hellmuth Rese, Frankfurt/M. (1. 1. 65), Emil Becker, Niederroßbach/Dillkreis (1. 4. 65), Heinrich Wasser, Hanau (1. 4. 65), Wilhelm Baumann, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Otto Fluck, Wiesbaden (1. 4. 65), Erich Schletter, Wiesbaden (1. 4. 65), Otto Rittner, Bad Soden/Mts (1. 4. 65), Otto König, Wiesbaden (1. 4. 65), Georg Müller, Wiesbaden (1. 4. 1965), Friedrich Brunk, Kelkheim Mts. (1. 4. 65), Kurt Wilke, Hüttengesäß/Hanau (1. 4. 65), Karl Klöse, Heimbach/Untert. (1. 4. 65), Georg Wiedemann, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Josef Steinbach, Weyer/Oberl. (1. 4. 65), Friedrich Eisenhuth,

Odersberg/Dillkreis (1. 4. 65), Erich Franke, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Rudolf Hosenfeld, Weiperz/Schlüchtern (1. 4. 65), Kurt Schubert, Kölschhausen/Wetzlar (1. 4. 65), Otto Keffert, Esch/Untert. (1. 4. 65), Ernst Wegner, Bergen-Enkheim/Hanau (1. 4. 65), August Eckhardt, Bruchköbel/Hanau (1. 4. 1965), Arthur Grunow, Gronau/Hanau (1. 4. 65), Kurt Kuß, Schlüchtern (1. 4. 65), August Keim, Hochstadt/Hanau (1. 4. 1965);

die Lehrerinnen Maria Ensinger, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Ellinor Schenk, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Hildegard Wese-  
mann, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Erna Becker, Rüdesheim/  
Rhg. (1. 10. 64), Erna Haxel, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Maria  
Gerhard, Mengerskirchen/Oberl. (1. 9. 64), Herta Schneller,  
Bad Homburg/Obert. (1. 9. 64), Brunhilde Klein, Langen-  
diebach/Hanau (1. 10. 64), Marg. Baumeister, Hanau (1. 10.  
1964), Josefa Franz, Walsdorf/Untert. (1. 11. 64), Anna Gu-  
ber, Gräveneck/Oberl. (1. 4. 65), Helga Brix, Kelkheim/Mts.  
(1. 1. 65), Erna Schmidt, Kiedrich/Rhg. (1. 1. 65), Rose-Marie  
Baecker, Wiesbaden (1. 2. 65), Kristin Fromm, Frankfurt/M.  
(1. 4. 65), Josefine Winter, Unterreichenbach/Gelnh. (1. 4. 65),  
Ernestine Müller, Herbornseelbach/Dillkreis (1. 4. 65), Frie-  
dericke Kasten, Uckersdorf/Dillkreis (1. 4. 65), Frieda Diehl,  
Frankfurt/M. (1. 4. 65), Mathilde König, Flörsheim/Mts.  
(1. 4. 65), Anna Kehr, Wiesbaden (1. 4. 65), Johanna Diehl,  
Kelkheim/Mts. (1. 4. 65), Lucie Schüßler, Wiesbaden (1. 4.  
1965), Else Kromer, Wiesbaden (1. 4. 65), Hedwig Goß,  
Wiesbaden (1. 4. 65), Meta Radig, Wiesbaden (1. 4. 65),  
Angela Decher, Salmünster/Schlüchtern (1. 4. 65), Hilde  
Müller, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Gertrud Jecke, Bad Hom-  
burg/Obert. (1. 4. 65), Lucie Müller, Bleidenstadt/Untert.  
(1. 4. 65);

die Realschullehrer Ernst Hartmann, Frankfurt/M. (1. 10.  
1964), Friedrich Haag, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Heinrich Möl-  
ler, Hanau (1. 4. 65), Willy Ludwig, Wiesbaden (1. 4. 65),  
Johann Richter, Dillenburg (1. 4. 65), Stefan Krantz, Usin-  
gen (1. 4. 65), Alfred Roeske, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Alfons  
Heidberg, Frankfurt/M. (1. 4. 65);

die Realschullehrerinnen Anna Wenda, Frankfurt/M. (1. 10.  
1964), Elis. Bierbaum, Kelkheim/Mts. (1. 10. 64), Helene  
Fiedler, Wiesbaden (1. 8. 64), Anna Frank, Salmünster/  
Schlüchtern (1. 10. 64), Ulrike Türck, Weilmünster/Oberl.  
(1. 4. 65), Valerie Assmann, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Irmgard  
Fischer, Wiesbaden (1. 4. 65), Dr. Else Bierendempfel,  
Schlüchtern (1. 4. 65);

die Hauptlehrer Walter Kühne, Mornshausen/Biedenkopf  
(1. 4. 65), Wilhelm Wagner, Odenhausen/Wetzlar (1. 4.  
1965), Ludwig Debus, Friedensdorf/Bied. (1. 4. 65), Wilhelm  
Jäger, Dautphe/Bied. (1. 4. 65), Ernst Hänsgen, Laufdorf/  
Wetzlar (1. 4. 65), Wilhelm Volk, Niedershausen/Oberl. (1. 4.  
1965), Ernst Schlosser, Naurod/Mts. (1. 4. 65), Wilhelm  
Sauer, Marköbel/Hanau (1. 4. 65), Franz Wolf, Romsthal/  
Schlüchtern (1. 4. 65), Philipp Loos, Hüttengesäß/Hanau  
(1. 4. 65), Heinrich Köhler, Erbstadt/Hanau (1. 4. 65), Otto  
Koch, Heubach/Schlüchtern (1. 4. 65);

die Sonderschullehrer Fritz Lemke, Herborn/Dillkreis (1. 10.  
1964), Rudolf Pfeiffer, Gladenbach/Bied. (1. 10. 64), Willi  
Pöttsch, Frankfurt/M. (1. 4. 65);

die Sonderschullehrerinnen Marg. Heinisch, Wetzlar (1. 4.  
1965), Herta Walig, Wiesbaden (1. 4. 65);

die Konrektoren Bruno Farl, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Josef  
Reißer, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Eugen Maaß, Frankfurt/M.  
(1. 10. 64), Richard Klause, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Peter  
Klein, Wiesbaden (1. 4. 65), Philipp Kraus, Bad Homburg/  
Obert. (1. 4. 65);

die Konrektorin Hulda Stalp, Frankfurt/M. (1. 10. 64);

die Rektoren Eduard Rheinheimer, Frankfurt/M. (1. 1. 65),  
Hermann Becker, Wiesbaden (1. 1. 65), Wilh. Schütz,  
Ehringshausen/Wetzlar (1. 4. 65), Richard Thielmann, Wal-  
lau/Bied. (1. 4. 65), Wilh. Leistner, Löhnberg/Oberl. (1. 4. 65),  
Hans Steghaus, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Christian Engel-  
hardt, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Gustav Lutz, Frankfurt/M.  
(1. 4. 65), Erich Haag, Wiesbaden (1. 4. 65), Karl Heckelmann,  
Wiesbaden (1. 4. 65), Rudolf Weppler, Wiesbaden (1. 4. 65),  
Wilh. Schmidt, Bad Schwalbach/Unt. (1. 4. 65), Richard  
Guthmann, Bad Homburg/Obert. (1. 4. 65), Josef Nähring,  
Niederrodenbach/Hanau (1. 4. 65);

die Rektorin Christine Vollmuth, Kelkheim/Mts. (1. 4. 65);  
Rektor als Leiter an einer Sonderschule Karl Stamm, Wies-  
baden (1. 4. 65);

die Realschullektoren Ludwig Reckhart, Wetzlar (1. 4. 65),  
Willy Lohmann, Herborn/Dillkreis (1. 4. 65);

die Realschullektorinnen Maria Rudolph, Frankfurt/M.  
(1. 4. 65), Dr. Johanna Betz, Frankfurt/M. (1. 4. 65);  
Volks- und Realschullektor Alfons Paus, Flörsheim/Mts.  
(1. 4. 65);

Rektor als Ausbildungsleiter Anton Schneider, Weilburg  
(1. 4. 65);

Schulpsychologe und Realschullehrer Dr. Franz Weber,  
Wiesbaden (1. 4. 65);

die Schüräte Paul Großmann, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Alfons  
Weisbrich, Gelnhausen (1. 3. 65);

## entlassen

die Lehrer Ferdinand Hochhut, Frankfurt/M. (1. 10. 64),  
Wolfgang Härtel, Frankfurt/M. (15. 9. 64), Robert Lott,  
Katzenfurt/Wetzlar (19. 4. 65);

die Lehrerinnen Gerad Kustermann, Frankfurt/M. (1. 9. 64),  
Hannelore Friedrich, Eschbach/Usingen (1. 8. 64), Ruth  
Sommerlad, Wiesbaden (1. 9. 64), Erika Lennert, Frankfurt/  
Main (1. 10. 64), Marie-Luise Semeraro, Frankfurt/M. (1. 10.  
1964), Hilde Nagel, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Marianne Bur-  
bach, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Gisela Georg, Eidengesäß/  
Gelnh. (1. 10. 64), Ilse-Lore Fritsch, Presberg/Rhg. (1. 10. 64),  
Helga Belly, Wiesbaden (1. 11. 64), Hedi Hillenbrand, Eibach/  
Dillkreis (1. 11. 64), Helga Wille, Frankfurt/M. (1. 11. 64),  
Marion Grahe, Niederhöchstädt/Mts. (1. 1. 65), Irmgard  
Blase, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Renate Diefenbach, Bad Orb/  
Gelnh. (1. 4. 65), Anna Schwab, Idstein/Unt. (1. 4. 65),  
Hannelore Baumann, Roßdorf/Hanau (1. 3. 65), Gudrun  
Diemar, Frankfurt/M. (1. 5. 65), Mechthild Platz, Edders-  
heim/Mts. (1. 4. 65), Annemarie Heckel, Roth/Gelnhausen  
(1. 4. 65);

die Sonderschullehrerinnen Friederike Wagner, Camberg/  
Limb. (1. 8. 64), Rosemarie Viehmann, Frankfurt/M. (1. 12.  
1964);

die Realschullehrerinnen Eva Blaschek, Gelnhausen (1. 10.  
1964), Brigitte Pimpl, Frankfurt/M. (1. 4. 65);

die apl. Realschullehrerinnen Kanert, Frankfurt/Main  
(1. 1. 65), Erna Hochleitner, Oberursel/Obert. (1. 4. 65), Inge  
Rihn, Wiesbaden (1. 4. 65), Wiltrud Peter, Friedrichsdorf  
(1. 4. 65);

die apl. Lehrer Karl Steinle, Burgsolms/Wetzlar (1. 10. 64),  
Ernst Redekop, Frankfurt/M. (1. 11. 64), Stefan Schardt,  
Usingen (1. 11. 64), Harald Schaab, Oberscheid/Dillkreis  
(1. 4. 65);

die apl. Lehrerinnen Ana Skopec, Frankfurt/M. (1. 8. 64),  
Anita Worg, Frankfurt/M. (1. 9. 64), Heide Gattung, Schwal-  
bach/Mts. (1. 9. 64), Hanneore Schalk, Frankfurt/M. (10. 10.  
1964), Hannelore Tangny, Lorsbach/Mts. (1. 9. 64), Antonie  
Heinrich, Frankfurt/M. (1. 9. 64), Susanne Günther, Frank-  
furt/M. (18. 8. 64), Dorothea Eisenmenger, Frankfurt/M.  
(19. 8. 64), Annemarie Dölle, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Marie-  
Luise Scholl, Frankfurt/M. (1. 10. 64), Heide Stövchase,  
Niederrodenbach/Hanau (1. 9. 64), Evalotte Schmidt, Frank-  
furt/M. (1. 9. 64), Elke Hanstein, Frankfurt/M. (1. 10. 64),  
Waltraud Hohmann, Langenselbold/Hanau (1. 11. 64), Heide-  
lore Schmerr, Idstein/Unt. (9. 9. 64), Annemarie Huhnt,  
Frankfurt/M. (1. 10. 64), Ursula Meilinger, Marborn/Schlüch-  
tern (1. 11. 64), Uta Hasselbach, Schwalbach/Mts. (1. 11. 64),  
Ingeborg Schrank, Oberursel/Obert. (1. 11. 64), Ursula Kem-  
per, Wiesbaden (1. 1. 65), Irmtraut Regentin, Frankfurt/M.  
(1. 1. 65), Heide Scheid, Frankfurt/M. (16. 1. 65), Christa  
Krebs, Usingen (1. 1. 65), Veronika Philipp, Frankfurt/M.  
(1. 1. 65), Annemarie Angern, Frankfurt/M. (1. 1. 65),  
Eleonore Cordes, Niederhofheim/Mts. (1. 4. 65), Rosemarie  
Witte, Frankfurt/M. (1. 1. 65), Ulrike Eihausen, Niederhöch-  
städt/Mts. (1. 4. 65), Ingrid Legel, Hallgarten/Rhg. (1. 4. 65),  
Hannelore Ochmann, Eibelshausen/Dillkreis (1. 4. 65), Ingrid  
Marxsen, Niederhöchstädt/Mts. (1. 3. 65), Ina König, Hoch-  
heim/Mts. (1. 5. 64), Ursel Bartels, Oberursel/Obert. (1. 4. 65),  
Anneliese Roth, Hanau (1. 2. 65), Helga Naber, Frankfurt/M.  
(1. 4. 65), Inge Sering, Engenhahn/Unt. (1. 3. 65), Luzia  
Schott, Lahr/Limburg (1. 4. 65), Hannelore Steigelmann,  
Frankfurt/M. (1. 4. 65), Hannelore Märten, Erbach/Rhg.  
(1. 1. 65), Helga Krenz, Wiesbaden (1. 4. 65), Elfriede Klomp,  
Windecken/Hanau (1. 4. 65), Margrit Drewes, Frankfurt/M.  
(1. 4. 65), Lidwine Scheid, Frankfurt/M. (1. 4. 65), Heide-  
marie Schmidt-Schwarzenberg, Frankfurt/M. (1. 5. 65).

Wiesbaden, 5. 4. 1965

Der Regierungspräsident  
II 2 (I G)

StAnz. 18/1965 S. 493

## Regierungspräsidenten

## 429 KASSEL

**Einziehung einer Teilstrecke der Kreisstraße 37 in der Gemarkung Burghaun, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel.**

Nach Fertigstellung und Verkehrsübergabe der im Zuge der Kreisstraße 37 in der Gemarkung Burghaun, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel, neugebauten Strecke ist die Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 37 von km 0,003 alt (= km 4,088 der B 27) bis km 0,108 alt = 105 m, für den Verkehr entbehrlich geworden.

Sie verliert daher mit Ablauf des 31. März 1965 die Eigenschaft einer Kreisstraße und wird eingezogen (§ 6 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel, 35 Kassel, Steinweg 6, Widerspruch erhoben werden. Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

Kassel, 15. 3. 1965

**Der Regierungspräsident**

III/4 Az.: 66 k 04-01 B/8

St.Anz. 18/1965 S. 496

## 430

**Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussweises**

Der für den technischen Angestellten Herrn Ewald Sippel beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Fulda, geb. am 3. 9. 1901, vom Regierungspräsidenten in Kassel am 14. 7. 1955 ausgestellte Dienstaussweis Nr. 24 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Kassel, 25. 3. 1965

**Der Regierungspräsident**

III/2 Az. 53 — 7 d B (F)

St.Anz. 18/1965 S. 496

## 431 WIESBADEN

**Durchführung des § 1 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. 8. 1961 (BGBl. I S. 1622)**

Für die Antragstellung setze ich auf Grund des § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. 8. 1961 (BGBl. I S. 1622) und der Ersten Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 21. 3. 1962 (Hess. GVBl. S. 170) folgendes fest:

1. Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur weinbergsmäßigen Neuanpflanzung von Weinreben sowie für die Wiederanpflanzung von Weinreben in gerodeten Weinbergen sind bis zum 1. August des dem Anpflanzungsjahr vorhergehenden Jahres bei der für die Anpflanzungsgemarkung zuständigen Gemeinde zu stellen. Bei Anträgen, die nach diesem Termin gestellt werden, kann mit einer Entscheidung bis zum Beginn der nächsten Pflanzperiode nicht gerechnet werden.

2. Der Gemeindevorstand nimmt zu den Anträgen insbesondere dahingehend Stellung, ob sich die betreffenden Grundstücke innerhalb der eingegrenzten Weinbergsgemarkung der Gemeinde befinden und übersendet die Anträge dann dem Oberleiter für die Reblausbekämpfung im Lande Hessen, Geisenheim am Rhein. (Geschäftsstelle des Sachverständigenausschusses.)

3. Der gem. § 1 Abs. 4 des o. a. Gesetzes vor der Entscheidung zu hörende Sachverständigenausschuß nimmt zu der Frage der Eignung der Grundstücke zum Anpflanzen von Weinreben Stellung. Hält der Sachverständigenausschuß ein Grundstück für die Erzeugung von Wein für ungeeignet, so hat er dies eingehend zu begründen.

4. Der Sachverständigenausschuß legt mir die Anträge zur Entscheidung vor.

Wiesbaden, 24. 3. 1965

**Der Regierungspräsident**

III 7 — Az. 83d — 04.87a

St.Anz. 18/1965 S. 496

## Buchbesprechungen

**Das Glücksspiel.** Sammlung der geltenden Bestimmungen für Glücksspiele, Lotterien, Auspielungen und andere Spiele. Zusammengestellt mit einer Einführung von Dr. Joseph Astl, Regierunsdirektor im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und Ernst-Otto Rathleff, Regierungsüberinspektor im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, 1965, 508 S., 32,80 DM. Alfred Metzner Verlag Frankfurt am Main—Berlin.

Schon der Umfang des Buches läßt erkennen, wie vielgestaltig das Glücksspielrecht in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik geregelt ist. Es gibt für dieses Rechtsgebiet keine Kodifikation. Einzelregelungen bieten eine Fülle von Gesetzen, Staatsverträgen, Verordnungen, Bekanntmachungen, Erlassen und Verfügungen, die oft schon mehrere Jahrzehnte alt sind. Zum Teil stammen sie noch aus der Zeit vor der Jahrhundertwende. Es ist das Verdienst der Verfasser, die zahlreichen Vorschriften zur Regelung des Glücksspielrechts in einer systematischen Zusammenstellung erfaßt zu haben. Länderweise sind nach überdurchschnittlichen Kennziffern die Rechtsgrundlagen für Glücksspiele, Spielbanken, Lotterien- und Auspielungen, Zahlenlotto, Sportwetten und Jahrmärktspiele sowie die Vorschriften des einschlägigen Steuerrechts und der Verwaltungsgebühren geordnet.

Der nicht mit der Rechtsmaterie vertraute Leser erhält in einer Einführung einen Überblick über die verfassungsrechtliche Einordnung des Glücksspielrechts sowie Erläuterungen zu den wichtigsten Begriffen und Hinweise zu besonderen Veranstaltungen. Trotz der gebotenen Kürze setzen sich hierbei die Verfasser mit Rechtsproblemen auseinander, die für Wissenschaft, Praxis und Rechtsprechung gleichermaßen bedeutsam sind. Möge damit die Anregung gegeben sein, bisher zu wenig beachtete Einzelprobleme einer intensiveren rechtlichen Untersuchung zuzuführen. Erwähnt sei hier nur die Frage der Rechtsgrundlage für nicht-kewerbliche Auspielungen bei Volksbelustigungen.

Es ist damit zu rechnen, daß das Glücksspielrecht in absehbarer Zeit noch manche Neuregelung erfährt. Erst im Dezember 1964 sind in der Hessischen Lotterieverwaltung Änderungen eingetreten (vgl. St.Anz. S. 1546). An die Stelle der Wettbestimmungen der Staatlichen Sportwetten GmbH Hessen vom 12. Dezember 1963 sind die Spielbedingungen der Hessischen Lotterieverwaltung für das Zahlenlotto vom 15. 12. 1964 (St.Anz. S. 1555) getreten. Bei eventuellen künftigen Neuaufgaben sollte daher erwogen werden, ob nicht einer Ausgabe in Loseblattform der Vorzug zu geben wäre.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Werk jedem empfohlen werden kann, der als Veranstalter oder als Sachbearbeiter auf dem umfangreichen Gebiete des Glücksspielrechts tätig ist.

Oberregierungsrat Dr. R ö s n e r

**Die Neuregelung der Gebäudeabschreibung ab 1. Januar 1965** Merkblatt über § 7b Einkommensteuergesetz unter Berücksichtigung der durch das Gesetz zur Neuregelung der Absetzungen für Abnutzung bei Gebäuden eingetretene Änderungen, 15. Auflage, Stand 1. Januar 1965, 48 Seiten DIN A 5, zuzüglich 10 Seiten Antragsformulare, geheftet, Einzelverkaufspreis 2,80 DM, ab 20 Stück Mengenrabatt, Deutsches Volkshelmsstättenwerk, Köln.

Zu den wesentlichen Steuervergünstigungen für den Wohnungsbau zählt die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung und damit der Verminderung der Einkommensteuerpflicht.

Das Gesetz zur Neuregelung der Absetzungen für Abnutzung bei Gebäuden vom 16. 6. 1964 hat wesentliche Änderungen gebracht, die als Dauerlösung gedacht sind. Zur Zeit besteht infolge der Neuregelung in gewissem Umfang eine Übergangsregelung.

Das vorliegende Merkblatt gibt an Hand von Beispielen eine klare Übersicht über den gegenwärtigen Rechtszustand unter Hervorhebung der Unterschiede der Bau- und Rechtsformen (Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus, Eigentumswohnung, Mietwohnung und der Herstellungszeiten sowie der Bezugstzeitigkeit und des Zeitpunkts der Antragstellung für die Baugenehmigung).

Außerdem wird auch die Berechnung und Abzugsmöglichkeit der Herstellungskosten erläutert.

Oberregierungsrat V e t t e r

**Das Bundesmietrecht.** Kommentar zum Ersten und Zweiten Bundesmietengesetz und den dazugehörigen Vorschriften unter Einbeziehung der Vorschriften über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht. Von Min.-Direktor a. D. Dr. Fischer-Dieskau, Min.-Dirigent Dr. Pergande und Min.-Rat Dr. Wormit. Loseblattsammlung, 18. Lieferung, 148 Blatt, 28.— DM. Das Gesamtwerk kostet einschl. der 18. Lieferung in 2 Leinenordnern 98.— DM. Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln-Braunsfeld.

Die 18. Lieferung enthält im wesentlichen:

1. die Neubearbeitung der Erläuterungen zu den §§ 18, 19, 22, 23, 24, 29 und 30 des Ersten Bundesmietengesetzes,
2. die Neubearbeitung der Erläuterungen zu § 15 des Zweiten Bundesmietengesetzes,
3. ein Verzeichnis der „weißen Kreise“ nach dem Stand vom 1. 9. 1964,
4. die neuen mietrechtlichen Vorschriften des BGB nach dem Stand vom 1. 8. 1964 mit Vorbemerkung und einen Auszug aus der ZPO. Da im Lande Hessen vom 1. Juli 1965 ab voraussichtlich nur noch die kreisfreie Stadt Marburg „schwarz“ sein wird, sind das neue Mietrecht einschließlich der Bestimmungen der ZPO von nahezu ausschließlicher Bedeutung. Auch nach der Aufhebung des Mietpreissetzes in den „weißen Kreisen“ bleiben die §§ 18 ff. des Ersten Bundesmietengesetzes in diesen Gebieten von erheblicher Bedeutung. Dies beruht darauf, daß die Verordnung über die angemessene erhöhte Miete nach der Mietpreisfreigabe vom 25. Juli 1963 während eines Jahres nach Aufhebung der Preisbindung die Möglichkeit einseitiger Mieterhöhung durch den Vermieter in den von der Verordnung gezogenen Grenzen bietet.

Oberregierungsrat V e t t e r



# Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN“

1965

Montag, den 3. Mai 1965

Nr. 18

1248a

## Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Kinzig

### § 1: Name und Sitz des Verbandes

(1) Der Verband führt den Namen „Wasserbeschaffungsverband Kinzig“

(2) Er ist ein Wasserverband im Sinne der Ersten Verordnung über Wasser- und Bodenverbände vom 3. Sept. 1937 (RGBl. I S. 933). Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Der Verband hat seinen Sitz in Frankfurt am Main.

1. Abschnitt: Mitglieder, Aufgabe.

### § 2: Mitglieder

Mitglieder des Verbandes sind:

- die Stadt Frankfurt am Main
- die Stadt Hanau am Main
- der Landkreis Hanau
- der Landkreis Gelnhausen
- der Landkreis Schlüchtern.

### § 3: Aufgabe des Verbandes

(1) Der Verband hat die Aufgabe, seine Mitglieder mit Wasser in Trinkwasserqualität zu versorgen.

(2) Die Landkreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern übernehmen die Weiterlieferung des Wassers an ihre Gemeinden, das vom Verband für diese vorgehalten wird.

### § 4: Durchführung der Aufgabe

(1) Zur Erfüllung seiner Aufgabe hat der Verband die notwendigen Anlagen zu erwerben, zu erstellen, zu betreiben und zu unterhalten sowie die erforderlichen Grundstücke zu erwerben.

(2) Der Umfang der Aufgabe des Verbandes ergibt sich aus der Übersichtskarte und Längenschnitt „Kinzig-Wasserwerk“ des Wasserwirtschaftsamtes Wiesbaden vom 2. 6. 1961 mit Erläuterungen. Diese werden, ebenso wie die noch zu erstellenden Ausführungspläne, bei der Aufsichtsbehörde aufbewahrt.

### § 5: Gemeinnützigkeit

Das Unternehmen ist gemeinnützig und soll keinen Gewinn erzielen.

### § 6: Durchführung von Planung und Baumaßnahmen

(1) Über die Gesamtplanung und über die Einzelpläne sowie ihre wesentlichen Änderungen und Ergänzungen und über die Durchführung von Baumaßnahmen beschließt die Verbandsversammlung.

(2) Die Durchführung von Baumaßnahmen gemäß den Plänen bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

(3) Der Vorstandsvorsteher unterrichtet die Aufsichtsbehörde rechtzeitig von dem Beginn der Arbeiten und zeigt ihr die Beendigung an.

2. Abschnitt: Verfassung.

### § 7: Verbandsorgane

Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung und der Vorstand.

### § 8: Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder.

(2) Vorstandsmitglieder, deren Stellvertreter sowie die Dienstkräfte des Verbandes können nicht gleichzeitig ein Mitglied in der Verbandsversammlung vertreten.

### § 9: Aufgaben der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung hat die ihr in der Wasserverbandsverordnung oder durch diese Satzung zugewiesenen Aufgaben.

(2) Hierzu gehören insbesondere:

- die Beschlußfassung über wichtige Verbandsangelegenheiten, u. a.
  - die Festlegung der Grundsätze der Geschäftsführung,
  - die Durchführung sowie die Änderung des Planes und der Einzelpläne,
  - die Festsetzung der Wasservorhaltungsmengen (ausgedrückt in cbm/Tag) an die einzelnen Mitglieder,
  - die Festsetzung der Beiträge,
- die Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter,
- die Beschlußfassung über den aus Finanzplan, Erfolgsplan und der Stellenübersicht bestehenden Wirtschaftsplan und seine Nachträge,
- die Entlastung des Vorstandes,
- die Festsetzung der Entschädigung für die Mitglieder des Vorstandes,
- die Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen dem Verband und Mitgliedern des Vorstandes,
- die Beschlußfassung über die Aufnahme neuer Verbandsmitglieder und das Ausscheiden von Mitgliedern sowie die Auseinandersetzung beim Ausscheiden von Mitgliedern,
- die Aufnahme von Anleihen und Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten,
- die Verfügung über Vermögensgegenstände, soweit sie den Wert von 50 000,— DM übersteigen, die Veräußerung und Belastung von Grundstücken sowie Darlehenshingaben,
- die Feststellung des Jahresabschlusses und des Jahresberichtes sowie die Beschlußfassung über die Verwendung des Überschusses oder den Ausgleich des Verlustes,
- die Beschlußfassung über Satzungsänderungen,

12. die Beschlußfassung über die Umgestaltung und Auflösung des Verbandes.

### § 10: Einberufung und Sitzung der Verbandsversammlung

(1) Der Vorstandsvorsteher lädt die Verbandsmitglieder nach Bedarf schriftlich mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringlichen Fällen bedarf es keiner Frist. Bei einer Ladung ohne Frist ist der Grund der Dringlichkeit anzugeben.

(2) Der Vorstandsvorsteher lädt ferner den Vorstand und die Aufsichtsbehörde ein.

(3) Jährlich ist mindestens eine Sitzung zu halten.

(4) Die Verbandsversammlung wird vom Vorstandsvorsteher geleitet.

(5) Die Verbandsversammlung muß ohne Verzug einberufen werden, wenn Mitglieder, deren Stimmen zusammen den fünften Teil aller Stimmen erreichen, oder die Aufsichtsbehörde die Einberufung unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen.

(6) Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so kann die Aufsichtsbehörde die Verbandsversammlung unter Festsetzung der Tagesordnung einberufen. Sie ist hierzu verpflichtet, wenn die in Abs. 5 bezeichnete Minderheit dies verlangt.

(7) Über den Verlauf der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Beschlüsse sind in das Beschlußbuch einzutragen. Jede Eintragung ist vom Vorstandsvorsteher und dem Vertreter eines Verbandsmitgliedes zu unterschreiben.

### § 11: Beschlußfassung in der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung bildet ihren Willen mit der Mehrheit der vertretenen Stimmen.

(2) Die Mitglieder des Verbandes haben insgesamt 100 Stimmen. Die Stimmen verteilen sich auf die Mitglieder wie folgt:

- |                            |            |
|----------------------------|------------|
| a) Stadt Frankfurt am Main | 40 Stimmen |
| b) Stadt Hanau am Main     | 24 Stimmen |
| c) Landkreis Hanau         | 12 Stimmen |
| d) Landkreis Gelnhausen    | 12 Stimmen |
| e) Landkreis Schlüchtern   | 12 Stimmen |

(3) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens  $\frac{1}{3}$  der Stimmen vertreten sind. Ohne Rücksicht auf die Anzahl der vertretenen Stimmen ist sie beschlußfähig, wenn wegen der gleichen Sache zum zweiten Male unter Hinweis auf diese Bestimmung geladen worden ist.

(4) Einer Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  aller in der Verbandsversammlung vertretenen Stimmen bedürfen

1. die Beschlußfassung über den Finanzplan und seine Nachträge,  
2. die Festsetzung der den Mitgliedern vorzuhaltenden Wassermengen,

3. die Änderung und Ergänzung der Satzung,

4. die Auflösung des Verbandes.

(5) Die Änderung der Vorschriften der Satzung über das Stimmrecht (§ 11 Abs. 2), über die Beiträge (§ 21) sowie über den Beitragsmaßstab und das Wasserbezugsrecht (§ 22) bedarf einer Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  aller Stimmen.

### § 12: Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes

(1) Der Vorstand besteht aus 6 Mitgliedern, nämlich dem Vorstandsvorsteher und 5 Beisitzern. Ein Beisitzer ist Erster, ein weiterer Beisitzer Zweiter Vertreter des Vorstandsvorstehers. Jedes Vorstandsmitglied hat einen Stellvertreter.

(2) Die Stadt Frankfurt am Main stellt zwei Mitglieder des Vorstandes, darunter den Vorstandsvorsteher. Die übrigen Verbandsmitglieder sind durch je 1 Mitglied im Vorstand vertreten.

(3) Die Verbandsversammlung wählt den Vorstandsvorsteher, die übrigen 5 Beisitzer und die 6 Stellvertreter der Vorstandsmitglieder in ihrem Amt und wählt aus dem Kreis der Beisitzer den Ersten und Zweiten Vertreter des Vorstandsvorstehers.

(4) Soweit die Vorstandsmitglieder ehrenamtlich tätig sind, erhalten sie Ersatz ihrer baren Auslagen.

(5) Der Vorstandsvorsteher und seine Vertreter bedürfen der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

(6) Bedienstete des Verbandes sind nicht wählbar.

### § 13: Amtszeit des Vorstandes

(1) Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter beträgt 6 Jahre.

(2) Wenn ein Vorstandsmitglied oder ein stellvertretendes Vorstandsmitglied vor dem Ablauf der Amtszeit ausscheidet, ist für den Rest der Amtszeit nach § 12 Ersatz zu wählen. Vorstandsmitglieder sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder, die zur Zeit ihrer Bestellung Beamte oder Angestellte eines Mitglieders sind, scheiden aus, wenn ihr Amt oder ihre Anstellung endet.

### § 14: Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand hat die ihm in der Wasserverbandsverordnung und in dieser Satzung zugewiesenen Aufgaben, insbesondere hat er:

- Beschlüsse der Verbandsversammlung durchzuführen,
- alle Vorlagen vorzubereiten, über die die Verbandsversammlung zu beschließen hat,
- den Wirtschaftsplan und seine Nachträge aufzustellen,
- die Jahresrechnung aufzustellen und der Verbandsversammlung mit dem Prüfbericht vorzulegen,
- Änderungen und Ergänzungen der Satzung vorzubereiten,
- über alle den Verband verpflichtenden Geschäfte, soweit es sich nicht um solche der laufenden Verwaltung handelt, zu beschließen, wenn nicht die Verbandsversammlung zuständig ist,
- im Rahmen der Stellenübersicht das erforderliche Personal einzustellen und zu entlassen.

## § 15: Sitzungen des Vorstands

- (1) Der Vorstandsvorsteher lädt die Vorstandsmitglieder schriftlich mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. Bei einer Ladung ohne Frist ist der Grund der Dringlichkeit anzugeben.
- (2) Wer am Erscheinen verhindert ist, teilt dies unverzüglich dem Vorstandsvorsteher und seinem Stellvertreter mit. Der Vorstandsvorsteher lädt den Stellvertreter.
- (3) Die Aufsichtsbehörde ist zu allen Sitzungen einzuladen.
- (4) Im Jahr ist mindestens eine Sitzung zu halten.

## § 16: Beschlussfassung im Vorstand

- (1) Der Vorstand beschließt mit Stimmenmehrheit. Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorstandsvorstehers bzw. seines Stellvertreters (§ 12 Abs. 1 Satz 3).
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 seiner Mitglieder vertreten und alle ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist er beschlussfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder die Beschlussfähigkeit anerkennen.
- (3) Auf schriftlichem Wege erzielte Beschlüsse sind gültig, wenn sie einstimmig gefasst sind.
- (4) Die Beschlüsse sind in das Beschlussbuch einzutragen. Jede Eintragung ist vom Vorstandsvorsteher und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterschreiben. Abweichende Auffassungen sind auf Wunsch ebenfalls einzutragen.

## § 17: Geschäfte des Vorstandsvorstehers

- (1) Der Vorstandsvorsteher führt den Vorsitz im Vorstand. Ihm obliegen alle Geschäfte des Verbandes, die nicht in die Zuständigkeit des Vorstandes oder der Versammlung fallen und nicht wegen ihrer Wichtigkeit eines Beschlusses dieser Organe bedürfen.
- (2) Der Vorstandsvorsteher vertritt den Verband. Verpflichtungsgeschäfte des Verbandes bedürfen der Schriftform und sind vom Vorstandsvorsteher und dem Geschäftsführer (§ 24) zu unterschreiben. Ist der Geschäftsführer verhindert, so tritt ein Vorstandsmitglied (Beisitzer), das durch Beschluss des Vorstandes zu beauftragen ist, an seine Stelle.
- (3) Der Vorstandsvorsteher hat die übrigen Vorstandsmitglieder in angemessenen Zeitabständen über seine Geschäfte zu unterrichten.

## 3. Abschnitt: Haushalt, Beiträge.

## § 18: Wirtschaftsplan

- (1) Der Vorstand stellt den Wirtschaftsplan, bestehend aus Finanzplan und dem Erfolgsplan, der wie die Erfolgsrechnung zu gliedern ist, und seine Nachträge auf. Die Vorlage des Wirtschaftsplanes hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß die Versammlung vor dem Beginn des Rechnungsjahres über ihn beschließen kann. Die Versammlung beschließt über den Wirtschaftsplan und seine Nachträge.
- (2) Der Finanzplan hat alle voraussehbaren Ausgaben und Einnahmen des Wirtschaftsjahres zu enthalten, die sich aus Anlageerweiterungen und -änderungen sowie aus der Kreditwirtschaft ergeben. Die Ansätze sind für jedes Vorhaben getrennt zu veranschlagen. Zu den Ausgaben gehört der Geldbedarf für die Darlehensentlastung. Auf der Einnahmeseite des Finanzplans sind die vorhandenen oder zu beschaffenden Deckungsmittel nachzuweisen. Der Erfolgsplan muß alle voraussehbaren Aufwendungen und Erträge des Wirtschaftsjahres enthalten. Zu den Aufwendungen gehören u. a. Ausgaben und Beträge für die Unterhaltung der Anlagen, angemessene Abschreibungen, Zinsen und Ansätze für den Versorgungsaufwand.
- (3) Der Vorstandsvorsteher gibt den Wirtschaftsplan und seine Nachträge der Aufsichtsbehörde bekannt.
- (4) Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

## § 19: Überschreitung des Wirtschaftsplans

- (1) Außerplanmäßige und Mehrausgaben für Vorhaben des Finanzplans bedürfen der vorherigen Zustimmung der Versammlung, die gleichzeitig über ihre Deckung zu beschließen hat. Der Vorstand kann diese Ausgaben ausnahmsweise nur dann leisten, wenn ein Beschluss der Versammlung nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann und wenn der Verband dazu verpflichtet ist oder ein Aufschub erhebliche Nachteile bringen würde.
- (2) Der Vorstand darf Maßnahmen, durch die Verbindlichkeiten des Verbandes entstehen können und für die ausreichende Mittel im Wirtschaftsplan nicht vorgesehen sind, unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 und bei unabwiesbaren Bedürfnissen treffen.
- (3) Wenn die Versammlung mit den Angelegenheiten des Absatzes 1 oder 2 noch nicht befaßt ist, hat der Vorstand sie unverzüglich zu unterrichten und ihr einen Antrag auf nachträgliche Festsetzung im Wirtschaftsplan vorzulegen. Das gleiche gilt, wenn für Einzelsätze des Erfolgsplans wesentliche Mehraufwendungen oder Mindererträge eingetreten oder zu erwarten sind, die das Ergebnis der Vorschaurechnung gefährden.

## § 20: Prüfung des Rechnungswesens

- (1) Die vom Vorstand aufzustellende Jahresrechnung hat den Regeln und Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung zu entsprechen und eine Fortschreibung der Vermögens- und Schuldenseite zu gewährleisten. Sie umfaßt den Anlagennachweis, die Jahreserfolgsrechnung und den Jahresbericht. Der Jahreserfolgsrechnung sind die Zahlen des Erfolgsplans gegenüberzustellen. Der Vorstandsvorsteher gibt den gesamten Jahresabschluss mit dem Jahresbericht und allen Unterlagen im ersten Viertel des folgenden Rechnungsjahres an die hierfür beauftragte Prüfstelle.
- (2) Der Vorstandsvorsteher beauftragt die Prüfstelle, 1. zu prüfen,
  - a) ob nach der Rechnung der Wirtschaftsplan eingehalten ist,
  - b) ob die einzelnen Einnahme- und Ausgabebeträge der Jahresrechnung ordnungsgemäß, insbesondere durch Belege, nachgewiesen sind,
  - c) ob die Buchführung beweiskräftig ist und den hierfür maßgebenden Grundsätzen entspricht,
  - d) ob die Finanzwirtschaft mit der Wasserverbandsverordnung, der Satzung und sonstigen rechtlichen und steuerlichen Vorschriften im Einklang steht;

2. den Prüfbericht dem Vorstand und der Aufsichtsbehörde zuzustellen.

(3) Prüfstelle für den Jahresabschluss ist ein im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde von der Versammlung bestimmter Wirtschaftsprüfer. Dem Vorstand steht ein Vorschlagsrecht zu.

## § 21: Beiträge

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.
- (2) Die Beiträge werden nach näherer Maßgabe des § 22 geleistet durch
  - a) einen Jahresgrundbeitrag
  - b) einen Arbeitspreis
  - c) einen Verbandsbeitrag.

## § 22: Beitragsmaßstab und Wasserbezugsrecht

(1) Nach Aufnahme der Wasserlieferung durch den Verband zahlen die Mitglieder einen Jahresgrundbeitrag, dessen Höhe auf Grund der Anlagekosten und der sonstigen, von der Wasserförderung und -aufbereitung unabhängigen Kosten des Unternehmens von der Versammlung festgesetzt wird.

Das Beitragsverhältnis wird nach der festgesetzten Tagesvorhaltemenge oder, wenn diese in einem Jahr an mehr als drei Tagen überschritten wird, für das betreffende Jahr nach dem Mittel der drei höchsten abgenommenen Tagesmengen berechnet.

Die Mitglieder, die Wasser vom Verband beziehen, zahlen außerdem einen Arbeitspreis, dessen Höhe auf Grund der veränderlichen oder arbeitsabhängigen Kosten für die Förderung, Aufbereitung und den Transport des Wassers je cbm abgegebenen Wassers von der Versammlung festgesetzt wird.

Der Jahresgrundbeitrag und der Arbeitspreis sind bei den Kreisen Gelnhausen und Schlüchtern jeweils auf einen Abgabepunkt in ihrem Kreisgebiet, und zwar den von der Gewinnungsanlage am weitest entfernten gelegenen, zu beziehen.

(2) Die Landkreise Gelnhausen und Schlüchtern zahlen, solange sie kein Wasser vom Verband beziehen, keinen Jahresgrundbeitrag. Stattdessen entrichten sie während dieser Zeit lediglich einen Verbandsbeitrag, und zwar der Landkreis Gelnhausen 6000,— DM, der Landkreis Schlüchtern 3000,— DM jährlich.

(3) Für die Anlaufzeit bis zur Aufnahme der Wasserlieferung und der damit verbundenen Einrichtung der Jahresgrundbeiträge und des Arbeitspreises entrichten die Stadt Frankfurt am Main und die Stadt Hanau am Main sowie der Landkreis Hanau die Verbandsbeiträge im Verhältnis der festgesetzten Vorhaltemengen.

(4) Die erstmalige Festsetzung der den Mitgliedern vorzuhaltenden Wassermengen erfolgt entsprechend den Anmeldungen der Mitglieder und im Rahmen der technischen Gegebenheiten durch die Versammlung. Jedes Mitglied hat hierbei einen Anspruch auf angemessene Berücksichtigung seiner Anträge auf Festsetzung einer Wasservorhaltemenge. Die Anmeldungen sind nach cbm Tag und auf den vorgesehenen Endausbau der Anlage zu berechnen.

(5) Jedes Mitglied hat ein Recht gegen den Verband auf Belleverung nach Maßgabe der festgesetzten Wasservorhaltemengen. Ist der Verband nicht in der Lage, den Mitgliedern diese Mengen zu liefern, so werden die Bezugsrechte im Verhältnis der festgesetzten Vorhaltemengen gekürzt.

(6) Nach Aufnahme neuer Mitglieder und bei jeder Neufestsetzung der Vorhaltemengen wird jeweils das Beitragsverhältnis des Jahresgrundbeitrages für alle Mitglieder nach Maßgabe der Bestimmungen des Absatzes 1 neu festgesetzt. Die bereits gezahlten Jahresbeiträge sind entsprechend zu berücksichtigen bzw. auszugleichen.

(7) Die Landkreise dürfen als Entgelt für die Wasserlieferung den Gemeinden nur die nach wirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Selbstkosten berechnen.

## § 23: Veranlagung

- (1) Die Mitglieder sind vom Vorstand durch schriftlichen Bescheid mit Rechtsmittelbelehrung (§ 29) zu den Beiträgen zu veranlagern.
- (2) Die Versammlung hat sich, unbeschadet der Verfahrensregelung nach der Verwaltungsgerichtsordnung, mit Widersprüchen der Mitglieder vorausgehend zu befassen. Widersprüche gegen die Veranlagung sind über den Vorstand mit einer Stellungnahme desselben der Versammlung vorzulegen.

## 4. Abschnitt: Besondere Vorschriften zur Verwaltung.

## § 24: Geschäftsführer

- (1) Der Verband hat einen hauptamtlichen Geschäftsführer.
- (2) Der Geschäftsführer führt unbeschadet der Bestimmungen über die Zuständigkeit des Vorstandes und der Versammlung die gesamte Verwaltung des Verbandes und ist Leiter der Betriebe.
- (3) Der Vorstand kann den Geschäftsführer zur Vertretung des Verbandes nach außen allgemein oder für bestimmte Fälle bevollmächtigen.
- (4) Die Vertretung des Geschäftsführers regelt der Vorstand.
- (5) Der Geschäftsführer ist befugt, an allen Vorstandssitzungen teilzunehmen und beratend mitzuwirken. Er hat kein Stimmrecht.

## § 25

(1) Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen des Verbandes werden in dem Verkündigungsblatt der Aufsichtsbehörde (Staatsanzeiger für das Land Hessen) sowie ferner nach näherer Bestimmung durch den Vorstand in den Tageszeitungen und ggf. in örtlicher Weise in den Gemeinden veröffentlicht. Außerdem werden sie den Mitgliedern schriftlich bekanntgegeben.

(2) Sonstige nur für die Mitglieder bestimmte Bekanntmachungen werden den Mitgliedern schriftlich mitgeteilt.

(3) Für die Bekanntmachung längerer Urkunden genügt die Bekanntmachung des Ortes, an dem sie eingesehen werden können.

## § 26: Verbandsschau

Die Verbandsanlagen sind mindestens alle drei Jahre einmal zu prüfen. Das Nähere bestimmt die Versammlung.

§ 27: Änderung der Satzung

Die Satzung kann auf Beschluß der Verbandsversammlung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde geändert oder ergänzt werden. Die Ergänzung und die Änderung müssen nach § 25 bekanntgemacht werden. Sie werden mit ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wirksam, wenn die ergänzte oder geänderte Satzung nichts anderes bestimmt.

§ 28: Auflösung des Verbandes

(1) Der Verband kann nur auf Beschluß der Verbandsversammlung und nur mit Genehmigung der oberen Aufsichtsbehörde von der Aufsichtsbehörde aufgelöst werden, wenn sein Fortbestehen nicht mehr erforderlich ist.

(2) Im Falle der Auflösung müssen die Rechte der Bediensteten durch die Verbandsmitglieder sichergestellt werden.

§ 29: Rechtsmittel

Gegen Verwaltungsakte des Verbandes sowie der Aufsichtsbehörde sind die Rechtsmittel nach der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. 1.

1960 (BGBl. I S. 17) und dem Hessischen Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 6. 2. 1962 (GBl. S. 13) gegeben.

§ 30: Aufsicht

Der Verband untersteht der Aufsicht des Regierungspräsidenten in Wiesbaden (Aufsichtsbehörde). Obere Aufsichtsbehörde ist der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten.

§ 31: Ausnahme von genehmigungspflichtigen Geschäften

Zur Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Werte bis zu 5000,— DM bedarf es nicht der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (§ 122 der Wasserverbandsverordnung).

Die vorstehende Satzung wird hiermit gemäß § 169 der Ersten Verordnung über Wasser- und Bodenverbände vom 3. Sept. 1937 (RGBl. I S. 933) erlassen.

Frankfurt, den 17. September 1963

Der Regierungspräsident  
III S — 5180  
gez. Wittröck

**Gerichtsangelegenheiten**

1249

**Erlaubnisurkunde**

371 a E — 1.979: Herrn Dr. Ernst Werner, 6 Frankfurt (Main), Mörfelder Landstraße 47, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I, S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, mit Ausnahme des Gebiets der gesetzlichen Sozialversicherung für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) erteilt.

Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

6 Frankfurt (Main), 21. 4. 1965

Der Amtsgerichtspräsident

anwaltschaft Heineemann in Hünfeld — haben das Aufgebot zur Ausschließung der Miteigentümer,

lfd. Nr. 14, 64, 86 und 80 des im Grundbuch von Soisdorf, Band 5, Art. 131, eingetragenen Grundstücks Gemarkung Soisdorf,

Flur 5, Flurstück 48, Hutung, am Lohn, 3,02,39 ha sowie der Miteigentümer.

lfd. Nr. 14, 64 und 86 eingetragenen im Grundbuch von Mansbach, Band 9, Art. 238 eingetragenen Grundstücke Gemarkung Mansbach,

Flur 16, Flurstück 17, An der Mühlgasse, Wiese, 7,96 Ar,

Flur 8, Flurstück 67/3, Am Baumgarten, Garten, 7,88 Ar,

Flur 15, Flurstück 61, An der Mansbach, Acker, 18,30 Ar,

Flur 2, Flurstück 44, der Hainrain, Holzung, 6,15 Ar,

Flur 2, Flurstück 43/1, der Hainrain, Ackerland (Hutung), 2,11,82 ha,

Flur 6, Flurstück 4/1, Vorm Dörnberg, Ackerland (Hutung), 2,71,43 ha,

Flur 1, Flurstück 70/3, vor den Beersträuchern, Grünland, 39,09 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Miteigentümer zu Ziff. 1), 2) zu  $\frac{1}{78}$  Anteil, zu 3) und 4) zu  $\frac{1}{2}$  78 Anteilen: 1. Bürgermeister Melchior Traul in Mansbach, 2. Schreiner Lorenz Rudolph, Mansbach, 3. Zimmermann Heinrich Mannel, Mansbach, 4. Witwe Barbara Kümmel, geb. Schüler, Mansbach, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Juli 1965, um 9.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 6. 4. 1965. Amtsgericht

**1253**

F 12/65 — Aufgebot: Der Bauer Alfred Sudbrock in Leibolz, Krs. Hünfeld, — vertreten durch Rechtsanwalt Heineemann, Hünfeld —, hat das Aufgebot zur Ausschließung des Miteigentümers der im Grundbuch von Leibolz, Band 4, Artikel 96, eingetragenen Grundstücke Gemarkung Leibolz,

Flur 3, Flurstück 136/29, Weg, Auf der Koppelhute = 0,06 Ar,

Flur 3, Flurstück 131/29, Ackerland, daselbst = 8,99 Ar, beantragt.

Der im Grundbuch eingetragene Miteigentümer zu einem ideellen Drittel, Bauer Franz Joseph Gutherlet in Leibolz, wird aufgefordert, spätestens in dem

auf den 22. Juli 1965, um 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 6. 4. 1965 Amtsgericht

**1254 Güterrechtsregister**

**Neueintragung**

GR 227 — 2. April 1965: Eheleute Günther Lauck, Innenarchitekt, und Eva Brigitte, geb. Klingberg, beide Wehen (Taurus), Fleckenbornstraße 5.

Durch Vertrag vom 28. Januar 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 2. 4. 1965

Amtsgericht

**1255 Neueintragung**

GR 309: Der Steuerbevollmächtigte Reinhard Voelker und dessen Ehefrau Annette, geb. Lebküchner haben durch notariellen Vertrag vom 29. Januar 1965 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 20. 4. 1965

Amtsgericht

**1256 Neueintragungen**

GR 282 — 12. 3. 1965: Wilhelm Brandau, Buchhalter in Mandern, Krs. Waldeck, Haus Nr. 98, und Hedweg, geb. Selzer.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 283 — 12. 3. 1965: Heinz Figge, Pflasterer — früher Fleischer — in Waldeck, Schulstraße 10, und Vera, geb. Torner.

Die Ehegatten leben in der ehelichen Gütergemeinschaft nach dem BGB.

GR 284 — 17. 3. 1963: Heinz-Ludwig Rennesland, Bauunternehmer in Bad Wildungen-Reinhardshausen, Mühlenstr. 110, und Ilse, geb. Bittorf.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

359 Bad Wildungen, 13. 4. 1965

Amtsgericht

**1257 Neueintragung**

GR 800 — 12. 4. 1965: Maurer Werner Jährling und Ehefrau Hannelore, geb. Müller, beide in Bickenbach (Bergstraße).

Durch Vertrag vom 16. Februar 1965 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

614 Bensheim, 12. 4. 1965

Amtsgericht

**1258**

GR 186 — 20. April 1965: Georg Kleis, Geflügelzüchter und Kaufmann, und Frau

**Veröffentlichungen**

1250

**Aufgebote**

**Beschluß**

2 UR II 7/47: Im Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung des am 26. 4. 1901 in Teplitz-Schönau geborenen Rudolf Habel, wohnhaft gewesen in Bruch (Sudetengau), jetzt wohnhaft in Fürth, Gartenstraße 28, wird der rechtskräftige Beschluß des Amtsgerichts Bad Schwalbach vom 25. August 1947, durch den Rudolf Habel mit dem 31. Juli 1942 für tot erklärt wurde, aufgehoben, da der für tot Erklärte die Todeserklärung überlebt hat.

6208 Bad Schwalbach, 31. 3. 1965

Amtsgericht

1251

F 1/65 — Ausschlußurteil: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Holzheim, Band 39, Blatt 1617, in Abt. III Nr. 1 für die Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft eGmbH. in Holzheim, jetzt Genossenschaftskasse eGmbH. in Holzheim eingetragene Grundschuld über 2000,— GM nebst Zinsen ist kraftlos (Urteil vom 20. 4. 1965).

6308 Butzbach, 20. 4. 1965

Amtsgericht

1252

F 10/65 — Aufgebot: Der Maurer Wilhelm Hofmann, Mansbach, die Witwe Friede Fuß, geb. Oehling, Mansbach, der Schuhmacher Karl Mannel in Mansbach, die in Gütergemeinschaft lebenden Eheleute Zimmermann Adam Becker und Gertrud Anna Gerda, geb. Gammerdinger in Mansbach — vertreten durch Rechts-

Martha, geb. Heidrich, Oberndorf, Krs. Wetzlar, Peter-Weil-Straße 30.

Durch notariellen Vertrag vom 25. März 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

6333 Braunfels, 21. 4. 1965      **Amtsgericht**

### 1259

GR 271 — 15. April 1965: Eheleute Wald-facharbeiter Heinrich Dersch und Johanna, geb. Becker in Dexbach.

Durch Vertrag vom 18. 3. 1965 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

356 Biedenkopf, 15. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1260

6 GR 488 — 20. 4. 1965: Geschäftsführer Günter Ewald Assel und Ehefrau Meike, geb. Backenköhler, Eschwege, Gartenstraße 39.

Durch notariellen Ehevertrag vom 18. März 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

344 Eschwege, 22. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1261

4a GR 393 A — 21. April 1965: Zimmermann Anton Winterhalter und Doris, geb. Köppe, Gustavsburg, Außerhalb des Ortes 1.

Durch Vertrag vom 4. März 1965, beurkundet vor der Eheschließung, ist der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

608 Groß-Gerau, 23. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1262

GR 155: Dachdecker Emil Wagner in Amöneburg, Kolpingstraße 4, und Margarete Wagner, geb. Hartlehnert in Kirchhain, Karlsbader Straße 4.

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

357 Kirchhain (Bz. Kassel), 6. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1263

7 GR 328 — 14. 4. 1965: Josef Spitzley, Buchhalter in Limburg, und Erika, geb. Stähler.

Durch Vertrag vom 10. März 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

625 Limburg (Lahn), 14. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1264

GR 150: Kaufmann Jürgen Schmidt und Christel Luise Charlotte Schmidt, geb. Hinz, wohnhaft in Melsungen, Rosenhöhe.

Durch notariellen Vertrag vom 7. Januar 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

3508 Melsungen, 15. 3. 1965

**Amtsgericht**

### 1265

GR 164 — 13. April 1965: Eheleute Landwirt und Stellmacher Wilhelm Ehresmann und Klara, Margaretha, Lina geb. Strieb in Untersotzbach, Haus Nr. 60.

Durch notariellen Vertrag vom 30. Januar 1965 ist Gütergemeinschaft nach §§ 1415 ff. BGB vereinbart.

648 Wächtersbach, 14. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1266

GR 398 — 20. 4. 1965: Eheleute Peter Wilhelm Schmidt, Kaufmann, und Helga, geb. Eiche, Hausfrau, Babenhausen, Karlstraße 2.

Durch Erklärung vom 9. März 1965 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt (Hessen), 20. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1267 Nachlaßsachen

52 VI 479/65: Die Verwaltung des Nachlasses des am 17. März 1965 verstorbenen Zahnarztes Karl Willerich Reuter, zuletzt wohnhaft in Frankfurt (Main), Luxemburger Allee 44, wurde angeordnet.

Zum Nachlaßverwalter ist der Rechtsanwalt und Notar, Dr. Franz Schmidt-Knatz, Frankfurt (Main), Marienstraße 2, bestellt.

6 Frankfurt (Main), 20. 4. 1965

**Amtsgericht, Abt. 52**

### 1268 Vereinsregister

#### Neueintragung

VR 67 — 29. 3. 1965: Reitzenhagener Bürgerverein, Sitz: Bad Wildungen-Reitzenhagen.

359 Bad Wildungen, 13. 4. 1965

**Amtsgericht**

#### 1269 Neueintragung

VR 172 — 12. 4. 1965: Schützenverein 1959, Hähnlein (Bergstraße), Sitz Hähnlein.

614 Bensheim, 12. 4. 1965

**Amtsgericht**

#### 1270 Neueintragung

VR 173 — 12. 4. 1965: Reitergemeinschaft in Bensheim, Sitz: Bensheim.

614 Bensheim, 12. 4. 1965

**Amtsgericht**

#### 1271 Neueintragung

VR 426 — 8. 4. 1965: Gesellschaft Saxonenheim Gießen. Sitz des Vereins ist Gießen.

63 Gießen, 14. 4. 1965

**Amtsgericht**

#### 1272 Neueintragung

VR 80 — 30. März 1965: Luftsportgemeinschaft Bottenhorn und Kreis Biedenkopf in Bottenhorn, Kreis Biedenkopf.

3568 Gladenbach, 16. 4. 1965

**Amtsgericht**

#### 1273 Neueintragung

4a VR 241 — 15. April 1965: Motorsportclub Bauschheim e. V. im R. K. B.; Sitz: Bauschheim.

608 Groß-Gerau, 23. 4. 1965

**Amtsgericht**

#### 1274 Neueintragung

VR 22: Fußball Club 1909, Hirschhorn, eingetragener Verein; Sitz: Hirschhorn (Neckar).

6932 Hirschhorn (Neckar), 20. 4. 1965

**Amtsgericht**

#### 1275

VR 51: Schützenverein „Hubertus“, Stausebach, Krs. Marburg (Lahn).

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 14. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1276 Neueintragung

VR 39 — 12. April 1965: Forstbetriebsvereinigung Metzlos-Metzlos-Gehaag, Sitz Metzlos-Gehaag.

6122 Herbstein, 12. 4. 1965

**Amtsgericht Lauterbach  
Zweigstelle Herbstein**

### 1277

VR 561 — 12. 4. 1965: Atelier-Theater-Verein, Sitz: Kassel.

VR 562 — 12. 4. 1965: Tauch- und Wassersport-Club „Delphin“, Kassel, Sitz: Kassel.

VR 563 — 12. 4. 1965: Tanzclub „Residenz“, Kassel (TCRK), Sitz: Kassel.

VR 564 — 12. 4. 1965: TC Kassel-Bettenhausen, Sitz: Kassel.

35 Kassel, 14. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1278 Neueintragung

VR 384 — 23. April 1965: Camping- und Caravan-Verband Deutschland (CCVD); Sitz: Marburg.

355 Marburg (Lahn), 23. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1279

VR 136 — 5. 4. 1965: Siegfried-Richter-Unterstützungskasse e. V.; Sitz: Geisenheim.

622 Rüdeshcim, 21. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1280 Neueintragung

VR 22: Schützenverein Neukirchen 1864 Sitz: Neukirchen, Krs. Ziegenhain.

3579 Neukirchen, Krs. Ziegenhain, 8. 4. 1965

**Amtsgericht**

### 1281 Neueintragung

VR Nr. 68: Schützengilde Wolfhagen 1963, in Wolfhagen.

3547 Wolfhagen, 30. 3. 1965

**Amtsgericht**

### 1282 Vergleiche — Konkurse Beschluss

81 N 309/63: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 2. 7. 1963 verstorbenen Adolf Frank, Alleininhaber der Schuhfabrik Adolf Frank, Dortelweil, zuletzt wohnhaft Frankfurt (Main).

wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 21. Mai 1965, um 11.30 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung 10 000.— DM, Auslagen 135.— DM.

6 Frankfurt (Main), 14. 4. 1965

**Amtsgericht, Abt. 81**

### 1283

81 N 20/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Johannes Pross, Frankfurt am Main, Lersnerstraße 10, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Es stehen hierfür DM 6491,42 zur Verfügung. Von diesem Betrag gehen noch die Kosten des Verfahrens ab.

Es sind zu berücksichtigen, bevorrechtigte Forderungen I/I DM 4797,39, I/II DM 6942,61, I/III DM 880,33 und nicht-bevorrechtigte Forderungen DM 49 981,22.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main) offen.

6 Frankfurt (Main), 23. 4. 1965

**Der Konkursverwalter**  
Helmut Burghardt,  
Rechtsbeistand

## 1284

81 N 309/63: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 2. 7. 1963 verstorbenen Schuhfabrikanten Adolf Frank, zuletzt wohnhaft gewesen in Frankfurt am Main - Eschersheim, Am Kirchberg 2, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Hierfür sind 90 941,52 DM, abzüglich der Veröffentlichungskosten des Konkursverwalters und restlicher Gerichtskosten verfügbar.

Zu berücksichtigen sind bevorrechtigte Forderungen mit 11 208,76 DM und nicht bevorrechtigte Forderungen mit 98 085,18 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle 81 des Amtsgerichts Frankfurt am Main auf.

6 Frankfurt (Main), 20. 4. 1965

**Der Konkursverwalter**  
Dr. Pallasky  
Rechtsanwalt

## 1285

81 N 366/64: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 17. 8. 1964 in Frankfurt (Main), ihrem letzten Wohnsitz, verstorbenen Frau Lilli Puls, Inhaberin des Damenbekleidungsengeschäfts „Boutique am Dornbusch“, Frankfurt (Main), Eschersheimer Landstraße 319, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abteilung 81 (Aktzeichen 81 N 366/64) niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 36 217,72 DM. Es ist ein Massebestand von 5598,31 DM verfügbar.

6 Frankfurt (Main), 20. 4. 1965

**Der Konkursverwalter**  
Brauburger

## 1286

### Beschluß

62 N 37/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Frankenberg KG., Einrichtungshaus, Wiesbaden, Bleichstraße 34, wird das Konkursverfahren nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben.

62 Wiesbaden, 21. 4. 1965

**Amtsgericht**

## 1287

### Beschluß

5 N 20/64: In dem Nachlaß-Konkursverfahren des verstorbenen Heinrich Echternach, zuletzt wohnhaft gewesen in Sprendlingen, Krs. Offenbach (Main), wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse

(§ 204 KO) Termin auf Mittwoch, den 26. Mai 1965, um 10.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 27, bestimmt.

607 Langen (Hessen), 15. 4. 1964

**Amtsgericht**

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

## 1288

### Beschluß

K 4/65: Die ideelle Hälfte im Grundbuch von Niederaula, Krs. Hersfeld, Band 36, Blatt 1236, eingetragene Grundstücke.

lfd. Nr. 15, Gemarkung Niederaula, Flur 8, Flurstück 213/4, Hofraum, Ziegenhainer Straße, 0,08 Ar,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Niederaula, Flur 8, Flurstück 213/5, Hof- und Gebäudefläche, Ziegenhainer Straße 5, Größe 4,91 Ar,

sollen am 14. Juni 1965, um 9,00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Hersfeld, Dudenstraße Nr. 10, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 2. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Maria Glebe, geb. Roos in Niederaula, zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 9000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 13. 4. 1965

**Amtsgericht**

## 1289

### Beschluß

4 K 23/64: Das im Grundbuch von Hahn, Band 1, Blatt 10 A, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Hahn, Flur 5, Flurstück 642, Hof, Altensteiner Str. 18, Größe 8,51 Ar,

soll am 26. Juli 1965, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Neustraße Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. Oktober 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Gastwirt Otto Muth (geb. am 29. 4. 1917), Wiesbaden, zu 1/2 Anteil; b) dessen Ehefrau Anna Muth, geb. Richter (geb. am 8. 3. 1925), Wiesbaden, zu 1/2 Anteil.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 98 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 22. 4. 1965

**Amtsgericht**

## 1290

### Beschluß

4 K 19/63: Die im Grundbuch von Laufenselden, Band 26, Blatt 764 A, eingetragene Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Laufenselden, Flur 33, Flurstück 173, Wiese, in der Aardelle, 6,85 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Laufenselden, Flur 33, Flurstück 174, Wiese, in der Aardelle, 6,86 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Laufenselden, Flur 33, Flurstück 175, Wiese, in der Aardelle, 6,86 Ar,

sollen am 19. Juli 1965, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Neustraße Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 9. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Christiane Kelschbach, geb. Litzius, Laufenselden; Sophie Biehl, geb. Kelschbach, Wiesbaden; Karl Kelschbach, Laufenselden; Margarethe Maier, geb. Kelschbach, Wiesbaden, in Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: für das Grundstück lfd. Nr. 1 = 270,— DM, für das Grundstück lfd. Nr. 2 = 270,— DM, für das Grundstück lfd. Nr. 3 = 18 270,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 20. 4. 1965

**Amtsgericht**

## 1291

K 6/64: Das im Grundbuch von Dautphe, Band 10, Blatt 390, eingetragene Grundstück,

Nr. 20, Gemarkung Dautphe, Flur 3, Flurstück 92, Hof- und Gebäudefläche, Biedenkopfer Straße 5, Größe 6,68 Ar,

soll am Montag, den 28. Juni 1965, um 10 Uhr im Gerichtsgebäude Hainstr. 72, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. März 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Metzgermeister Heinrich Hermann Reitz in Wilhelmshütte.

Der Wert des Grundstücks ist durch Beschluß vom 8. 5. 1964 auf 46 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 21. 4. 1965

**Amtsgericht**

**1292**

8 K 37/63: Die ideellen Hälften der im Grundbuch von Hirzenhain (Dillkreis), Band 15, Blatt 595, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Hirzenhain, Flur 12, Flurstück 40, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 64, Größe 1,41 Ar,

Nr. 11, Gemarkung Hirzenhain, Flur 12, Flurstück 271, Gartenland, im Loh, 1. Gw., 1,55 Ar,

Nr. 17, Gemarkung Hirzenhain, Flur 12, Flurstück 41, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße, 0,80 Ar,

sollen am 30. Juni 1965, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. September 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Helene Schneider, geb. Hermann in Hirzenhain (bezüglich der zur Versteigerung stehenden ideellen Grundstückshälften).

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: zu Grundstück lfd. Nr. 1 = 3350,— DM; zu Grundstück lfd. Nr. 11 = 150,— DM; zu Grundstück lfd. Nr. 17 = 1150,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 12. 4. 1965 **Amtsgericht**

**1293****Beschluß**

3 K 28/64: Das im Grundbuch von Eschwege, Band 125, Blatt 5162, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Eschwege, Flur 47, Flurstück 181/1, Hof- und Gebäudefläche, Netergasse 38, Größe 1,19 Ar,

soll am Mittwoch, 23. Juni 1965, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, Zimmer Nr. 109, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. Dezember 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Christine Else Herzog, geb. Herold, Eschwege.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 18 026,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 12. 4. 1965 **Amtsgericht**

**1294****Beschluß**

3 K 15/64: Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Hoheneiche, Band 11, Blatt 132, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Hoheneiche,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 180/91, Hof- und Gebäudefläche, im Dorfe, 2,64 Ar;

lfd. Nr. 2, Flur 4, Flurstück 91/1, Hof- und Gebäudefläche, im Dorfe, 1,25 Ar;

sollen am Mittwoch, den 16. Juni 1965, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße Nr. 30, Zimmer Nr. 109, — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. Juni 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Holzschneidereibesitzer Heinrich Brill, Hoheneiche.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG zu lfd. Nr. 1 auf 3555,— DM, zu lfd. Nr. 2 auf 4280,— DM, zusammen 7835,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 30. 3. 1965 **Amtsgericht**

**1295**

84 K 22/64: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die jetzt im Grundbuch von Schwanheim, Band 151, Blatt 4070 — früher Band 6, Blatt 148 lfd. Nr. 3 u. 5 eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1 und 2, Gemarkung Schwanheim, Flur 11, Flurstück 2287, Ackerland (Obstb.), am Pflugsweg, 5,10 Ar groß, und

Flur 15, Flurstück 3313, Ackerland, Lerchenberg, 10,87 Ar groß,

am 30. Juni 1965, um 9 Uhr im Gerichtsgebäude, Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer Nr. 507, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. Juli 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Tagelöhner Peter Burkhardt in Schwanheim, Ehemann der Anna Maria, geb. Schreibweis.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: Grundstück lfd. Nr. 1 (510 qm) = DM 2040,—; Grundstück lfd. Nr. 2 (1087 qm) = DM 9783,—.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 1. 4. 1965 **Amtsgericht, Abt. 84**

**1296**

84 K 101/64: Zur Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Schwanheim, Band 58, Blatt 1439, eingetragenen Grundstücke, sämtlich Gemarkung Schwanheim:

lfd. Nr. 5, Flur 9, Flurstück 919/1686, Hofraum, Saarbrücker Straße 20, Größe 0,59 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 9, Flurstück 1101/1686, Hofraum, daselbst, 0,98 Ar, und

lfd. Nr. 8, Flur 9, Flurstück 1169/1686, Hof- und Gebäudefläche, Saarbrücker Straße 20, Größe 3,37 Ar,

am 30. Juni 1965, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, Zimmer Nr. 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 11. 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Eheleute Handlungsgelhilfe Philipp Friedrich, genannt Heinrich Becker und Anna Karoline, geb. Kohl, in Schwanheim (Main) als Miteigentümer kraft ehelicher Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: lfd. Nr. 5 (59 qm): 2950,— DM, lfd. Nr. 6 (98 qm): 4900,— DM, lfd. Nr. 8 (337 qm): 92 350,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 12. 4. 1965 **Amtsgericht, Abt. 84**

**1297**

84 K 89/64: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Erbbaugrundbuch von Lorsbach, Band 34, Blatt 930, eingetragene Erbbaurecht an dem Grundstück, eingetragen im Grundbuch von Lorsbach, Band 13, Blatt 302,

lfd. Nr. 132, Gemarkung Lorsbach, Flur 17, Flurstück 16/1, Hof- und Gebäudefläche, Goethestraße, 4,97 Ar, und

lfd. Nr. 130, Gemarkung Lorsbach, Flur 17, Flurstück 16/2, Hofraum, Goethestraße, 0,70 Ar,

am 24. Juni 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 597, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Erbbauberechtigter am 20. 10. 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Verwaltungsoberinspektor Gerhard Rehberg in Lorsbach (Tausus).

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 13. 4. 1965 **Amtsgericht, Abt. 84**

**1298****Beschluß**

44 K 36/64: Das im Grundbuch von Lich, Band 73, Blatt 3499, eingetragene Grundstück bzw. Erbbaurecht, Band 73, Blatt 3498,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lich, Flur 9, Flurstück 339/3, Lieg.-B. 2042, Hof- und Gebäudefläche, Hungener Str. 58, Größe 6,62 Ar,

Erbbaurecht an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Lich, Flur 9, Flurstück 338/7, Lieg.-B. 2041, Hof- und Gebäudefläche, Hungener Str. 58, Größe 6,62 Ar. — eingetragen im Grundbuch von Lich, Band 29, Blatt 1947, unter Nr. 30 des Bestandsverzeichnisses —

soll am 23. 6. 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer und Erbbauberechtigte am 13. 8. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Johann Mathia, Kaufmann, Lich, Hungener Straße 72, 2. dessen Ehefrau Anna, geb. Römer, daselbst, zu je 1/2.

Dauer des Erbbaurechts: 75 Jahre, vom 1. 1. 1957 ab. Inhalt: Recht und Pflicht, ein Gebäude zu errichten. Das Erbbaurecht erstreckt sich auch auf den für das Gebäude nicht erforderlichen Teil des Grundstücks. Die Belastung und Veräußerung des Erbbaurechts ist nur mit Zustimmung d. Gr.-St. eigent. zulässig. Gr.-St. eig. ist das Marienstift Lich, 1. Pfarrei.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 120 000,— DM, der Wert des Erbbaurechts: auf 180 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 12. 4. 1965 **Amtsgericht**

**1299**

3 K 8/64: Das im Grundbuch von Elz, Band 19, Blatt 736 A, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Elz, Flur 18, Flurstück 110, Ackerland, auf dem Stürzenberg, 19,43 Ar,

soll am 28. Juni 1965, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstraße Nr. 8, Zimmer 115, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Juli 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landmann Josef Sehr in Offheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 15. 4. 1965 **Amtsgericht**

**1300**

40 K 12/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Oberdorfelden, Band 9, Blatt 303, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurst. 29/1, Hof- und Gebäudefläche, Pfarrgasse 38, Größe 2,74 Ar (Wert: DM 45 470,—),

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurst. 29/2, Hof- und Gebäudefläche, Pfarrgasse, Größe 2,96 Ar (Wert: 29 330,— DM);

am 5. 7. 1965, um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 13, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. 5. 1963 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümerin ist die Ehefrau Katharina Weisenstein, geb. Schäfer, in Oberdorfelden, eingetragen.

Bieter haben auf Antrag eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 % des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau (Main), 22. 4. 1965 **Amtsgericht, Abt. 40**

**1301**

2 K 11/64: Die im Grundbuch von Hofgeismar, Band 52, Blatt 2554, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 3, Gemarkung Hofgeismar, Flur 13, Flurstück 60/33, Hof- und Gebäudefläche, Steinweg Nr. 16, Größe 3,87 Ar,

Nr. 8, Gemarkung Hofgeismar, Flur 13, Flurstück 62/34, Hof- und Gebäudefläche, Steinweg, Haus Nr. 16, Größe 11,54 Ar,

Nr. 9, Gemarkung Hofgeismar, Flur 13, Flurstück 38, Hofraum, Bleichenstraße, Größe 0,07 Ar,

Nr. 10, Gemarkung Hofgeismar, Flur 13, Flurstück 61/33, Hof- und Gebäudefläche, Steinweg Nr. 16, Größe 2,18 Ar,

Nr. 11, Gemarkung Hofgeismar, Flur 13, Flurstück 32, Hof- und Gebäudefläche, Steinweg Haus Nr. 14, Größe 2,1 Ar,

sollen am 5. August 1965, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 5. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Hilde Tyrok, geb. Lindhorst in Hofgeismar.

Auf die Sammelbekanntmachung am

Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 21. 4. 1965 **Amtsgericht**

**1302****Beschluß**

7 K 1/65: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 89, Blatt 4447, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 30, Flurstück 22/2, Wasserfläche (Teich), die obere Freigewann, 116,38 Ar,

soll am Mittwoch, 16. 6. 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. Januar 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1) Karl Wilhelm Schröder; 2) Renate Emilie Schröder; 3) Katharina Elisabeth Eckel, geb. Herbert, alle in Worms, in Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 11 633,— DM. Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 14. 4. 1965 **Amtsgericht**

**1303****Beschluß**

7 K 3/65: Die im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 110, Blatt 5114, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 673/1, Hof- und Gebäudefläche zu Moltkestraße 3, Größe 4,47 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lampertheim, Flur 5, Flurstück 673/2, Hof- und Gebäudefläche, Moltkestr. 3, Größe 8,94 Ar,

sollen am Mittwoch, den 30. 6. 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 2. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Alfred Stüber, Kaufmann in Neckargemünd.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 665 000,— DM festgesetzt.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 21. 4. 1965 **Amtsgericht**

**1304****Beschluß**

7 K 32/64: Die im Grundbuch von Nordeck, Blatt 593, eingetragenen Grundstückshälften,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nordeck, Flur 1, Flurstück 149/80, Hof- und Gebäudefläche, Ratzmühle, Haus Nr. 94, Größe 17,24 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Nordeck, Flur 1, Flurstück 148/76, Grünland, Ratzmühle, 4,96 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Nordeck, Flur 1, Flurstück 78, Grünland, daselbst, 19,64 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Nordeck, Flur 1, Flurstück 128, Weg, Hohlweg, 0,24 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Nordeck, Flur 1, Flurstück 129, Weg, daselbst, 0,34 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Nordeck, Flur 1, Flurstück 130, Grünland, daselbst, 1,32 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Nordeck, Flur 2, Flurstück 409, Weg, der Eselskopf, 0,16 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Nordeck, Flur 2, Flurstück 410, Weg, daselbst, 0,17 Ar,

sollen am 8. Juli 1965, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Universitätsstr. Nr. 48, Zimmer Nr. 157, auf Antrag des Kaufmanns Heinrich Höbeler in Nordeck, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. September 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Kaufmann Heinrich Höbeler in Nordeck, 2. Frau Gertrud Küper, geb. Höbeler, Frankfurt (Main) - Eschersheim, Eschersheimer Landstraße 509, 3. Frau Mathilde Göbel, geb. Höbeler, Gießen, Cranachstraße 5, 4. Reinhold Höbeler, Heuchelheim, Sudetenstraße 21, 5. Frau Gisela Rain, geb. Höbeler, Gießen, Fuldastraße 17, — zur Hälfte in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstückshälften wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: für Grundstück lfd. Nr. 1 auf 14 000,— DM, für lfd. Nr. 2 auf 300,— DM, für lfd. Nr. 3 auf 1200,— DM, für lfd. Nr. 4 auf 10,— DM, für lfd. Nr. 5 auf 30,— DM, für lfd. Nr. 6 auf 80,— DM, für lfd. Nr. 7 auf 10,— DM, für lfd. Nr. 8 auf 10,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 2. 4. 1965. **Amtsgericht**

**1305**

7 K 59/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft soll das im Grundbuch von Offenbach a. M., Band 113, Blatt 3148, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach a. M., Flur 2, Nr 414, LB 1966, Hof- und Gebäudefläche, Bieberer Straße Nr. 18, 2,14 Ar,

am Mittwoch, dem 18. August 1965, um 9.00 Uhr, durch das unterzeichnende Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks (18. 12. 1963): a) Witwe Auguste Johanna Rosa Holzemer, geb. Basquitt in Offenbach a. M.; b) Zahntechniker Ernst Friedrich Otto Basquitt, daselbst, zu a) und b) in Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 175 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 12. 4. 1965 **Amtsgericht, Abt. 7**

**1306**

3 K 19/64: Die im Grundbuch von Blesbenbach, Band 14, Blatt 414, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Blessenbach, Flur 12, Flurstück 29, Grünland, Kleinweinbach, 42,04 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Blessenbach, Flur 12, Flurstück 27/2, Grünland, Kleinweinbach, 31,63 Ar,

sollen am 9. Juli 1965, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Runkel, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 9. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Vermessungstechnikers Karl Schubert, Ruth Schubert, geb. Sebastian in Birlenbach über Diez, Hauptstraße 8.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: lfd. Nr. 1: 840,— DM; lfd. Nr. 2: 632,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6251 Runkel (Lahn), 15. 4. 1965

Amtsgericht

durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 10. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Walter Adolf Seitz und dessen Ehefrau Anna Sofie, geb. Hornung, beide in Klein-Welzheim, Hauptstraße 70, im Gesamtgut der Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 40 000,— (vierzigtausend) DM.

Kaufliebhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 6. 4. 1965

Amtsgericht

sollen am 16. Juni 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer Nr. 49, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 2. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Heinrich Docter, Ablar.

#### Beschluß

Die Werte der Grundstücke werden nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgerechten Schätzung vom 8. 3. 1965 gegenüber allen Beteiligten auf die oben angegebenen Beträge festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 22. 4. 1965

Amtsgericht

## NACHTRAG

### 1309 Vergleiche — Konkurse

#### Beschluß

81 N 123/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Rolf Bareuter, Frankfurt (Main), Untermainkai 20, Elektro-Leuchten-Rundfunk-Fernsehgroßhandel, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 7. Mai 1965, um 10.00 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 23. 4. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

### 1307

#### Beschluß

K 21/64: Das im Grundbuch von Klein-Welzheim, Band 19, Blatt 1078, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flst. 436/4, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 70, Größe 7,80 Ar,

soll am 21. Juni 1965, um 10.30 Uhr, im Bürgermeisteramt in Klein-Welzheim,

### 1308

3 K 59/64: Die im Grundbuch von Ablar, Band 36, Blatt 1169, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 2, Gemarkung Ablar, Flur 4, Flurstück 197/61, Ackerland, auf der Plauderwiese, Wert: 2000,— DM, 25,12 Ar,

Nr. 5, Gemarkung Ablar, Flur 22, Flurstück 190/51, Ackerland, Grünland im Hermgesthal, Wert: 1500,— DM, 22,57 Ar,

Nr. 6, Gemarkung Ablar, Flur 6, Flurstück 47, Ackerland, auf dem Bornberg, Wert: 800,— DM, 25,53 Ar,

## 1310 Öffentliche Ausschreibungen

**BAD HERSFELD:** Zur Beseitigung von Fahrbahnschäden auf Bundesstraßen im Bauamtsbezirk Bad Hersfeld sollen nachstehende Arbeiten vergeben werden:

A Bundesstraße Nr. 27 zwischen Asmushausen und Rautenhausen  
B Bundesstraße Nr. 454 in der Ortsdurchfahrt Ziegenhain  
C Bundesstraße Nr. 454 zwischen Niedergrenzebach und Trutzhain  
Auszuführen sind:

	A	B	C
Bodenauskoffern cbm	700	3000	1500
Frostschutzmaterial t	1700	2700	2200
bit. Unterbau 290 kg/qm	6300	6000	4800
Asphaltbinder 100 kg/qm	6300	6000	4600
Asphaltbeton 70 kg/qm	6200	6000	4500
Bauzeit, Arbeitstage	60	80	40

Bei der Beseitigung von Fahrbahnschäden fallen noch Nebenarbeiten, und bei B außerdem noch Gemeindearbeiten an.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spät. 7. Mai 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM (zusammen: 30,— DM A—C), die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 8753 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen“, „A Beseitigung von Fahrbahnschäden B 27 zwischen Asmushausen-Rautenhausen“, „B Beseitigung von Fahrbahnschäden B 454 in der Ortsdurchfahrt Ziegenhain“, „C Beseitigung von Fahrbahnschäden B 454 zwischen Niedergrenzebach-Trutzhain“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 11. 5. 65 in der Zeit von 9.00 bis 10.00 Uhr beim Registrator (Zimmer Nr. 15).

Eröffnung: A Mittwoch, den 19. 5. 1965 um 11.00 Uhr, B Donnerstag, den 20. 5. 1965 um 11.00 Uhr, C Freitag, den 21. 5. 1965 um 11.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 28 Werktage.

643 Bad Hersfeld, 23. 4. 1965

Hessisches Straßenbauamt

### 1311

**KASSEL:** Die Rodungs-, Mutterboden- und Erdarbeiten sowie die Entwässerungsanlagen für den Autobahnkörper und die Wegeverlegungen von Bau-km 112,540 — 116,380 einschl. Anschlussstelle Niederjossa des Streckenabschnittes 30.1 a der Autobahnstrecke 30.1 Bad Hersfeld-Landesgrenze Hessen/Bayern — Erdlos E 2 — sollen vergeben werden.

Art und Umfang der Leistungen:	
ca. 90 000 qm Rodungsarbeiten	
ca. 31 000 cbm Mutterbodenarbeiten	
ca. 870 000 cbm Erdarbeiten	
ca. 19 000 m Drän- und Entwässerungsleitungen versch. Durchmesser einschl. Schächte	
ca. 6 000 qm Feldwegbefestigungen	

Die Verdingungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei der Anforderung der Unterlagen durch Referenzen nachweisen, daß sie gleichwertige oder größere Erdarbeiten mit Erfolg ausgeführt haben.

Bewerber, welche die Verdingungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kassel, Kölnische Str. 69, Tel. 7051, mitzuteilen und anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post zugesandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 50,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen sind vorzunehmen bei der Staatskasse Kassel, Postscheckamt Frankfurt/M. Nr. 6745 zu Gunsten „Straßenneubauamt Hessen-Nord“ mit dem Vermerk: „Erdlos E 2 der Strecke Bad Hersfeld-Landesgrenze Hessen/Bayern“. Für Selbstabholer werden die Verdingungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung und einer Vollmacht ab 3. 5. 65 im Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 33 II, Etg. abgegeben. Eröffnungstermin: Dienstag, den 1. Juni 1965 um 11.00 Uhr, Kölnische Str. 69, Zimmer 19.

35 Kassel, 22. 4. 1965

Straßenneubauamt Hessen-Nord

### 1312

**Frankfurt (Main):** Die Herstellung einer 3. Fahrspur und einer Standspur am Elzer Berg entlang der Fahrbahn Frankfurt (M) — Köln zwischen km 101,675 und km 103,580 soll in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

#### Umfang der Arbeiten:

14 000 cbm Schüttmassen liefern und einbauen;
7 000 cbm Bodenmassen einschl. Auskoffering abbaggern und abfahren;
12 000 cbm Frostschutzkies liefern und einbauen einschl. Ausführung der Entwässerung;
13 000 qm Zementverfestigung 10 cm dick;
6 500 qm Asphalttragschicht 10 cm dick, 3,25 m breit;
6 500 qm Betonstandspur einschl. Leitstreifen 20 cm dick, 3,25 m breit und
7 500 qm Schwarzsand, 3,5 cm Gußasphalt, 8,5 cm Binder 18 cm Asphalttragschicht herstellen.

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: Mitte Juni 1965

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M), Münchener Str. 4—6, bis spätestens 6. 5. 1965 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 20,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M), Postscheckkonto Frankfurt (M), 6821 mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen „Herstellung von Zusatzspuren am Elzer Berg“ ist beizufügen. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 7. 5. 1965 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M), Zimmer 523, ausgegeben.

Eröffnungstermin: 25. Mai 1965 um 10.00 Uhr.

Für die Auftragserteilung kommen nur leistungsfähige Firmen mit fachlicher Bewährung, die über entsprechende Fertiger neuester Bauart verfügen, in Frage.

6 Frankfurt (Main), 15. 4. 1965

Autobahnamt Frankfurt (Main)  
Münchener Straße 4—6



**1313**

**FULDA:** Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten im Zuge der B 254 in der Ortslage Oberbimbach (Zwischenausbau), Kreis Fulda, km 8,4115 — 8,7995, Bausta, 0,0—20 bis 0,3+70 — 390 lfd. m, vergeben werden.

- Auszuführen sind:**
- 80 cbm Mutterbodenab- und auftrag nach DIN 18.300 — 2.21
  - 800 cbm Bodenab- und auftrag nach DIN 18.300 — 2.24 — 2.26
  - 2 900 qm Erdplanum als Feinplanura
  - 400 lfd. m Sickerleitung  $\phi$  125 mm
  - 1 650 qm Deckenfläche 10 — 40 cm tief aufreißen
  - 2 400 t Basaltmaterial d. K. 0/35 mm
  - 2 800 qm Asphalttragschicht d. K. 0/35 mm nach RU bit 60, Tab. 2, Type C mit 290 kg/qm (12 cm stark)
  - 3 000 qm Asphaltbinder d. K. 0/18 mm nach TV bit 3/64 mit 100 kg/qm (4 cm st.)
  - 3 300 qm Asphaltfeinbetonteppich d. K. 0/12 mm nach TV bit 3/64 mit 70 + 3 kg/qm (rd. 3 cm stark)
  - 780 lfd. m Betonhochbordsteine 12/15/30 cm in B 160
  - 780 lfd. m einreihige Pflasterrinne in B 160 sowie Ausführung von Prüfschächten, Regulieren von Schächten, Schiebern und Hydrantenkappen, Verlegen von Rohrleitungen u. ä.

Die Bieter müssen nachweisbar Arbeiten gleicher oder ähnlicher Art bereits ausgeführt haben und über die geeigneten Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab 4. Mai 1965 beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstr. 14, abgeholt werden (Abgabe erfolgt, solange Exemplare vorhanden sind). — Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 15,— DM für je 2 Ausfertigungen, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist vorzulegen. Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Ffm. 6749 zu erfolgen mit der Angabe „Zwischenausbau in der Ortslage Oberbimbach im Zuge der B 254 — Titel 310, Kennz. 1010, lfd. Nr. 101. Selbstaholder erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht täglich in der Zeit von 8 — 12 Uhr.

**Eröffnungstermin:** Mittwoch, den 19. Mai 1965 um 10.00 Uhr bei o. a. Dienststelle. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage und endet am 19. 6. 1965.

64 Fulda, 26. 4. 1965 Hessisches Straßenbauamt

**1314**

**MARBURG:** Das Hess. Straßenbauamt Marburg hat den Ausbau der L 3361 zwischen Goffelden und Wehrda im Landkreis Marburg/Lahn, Str.-km 3,5 + 26,5 — 5,9 + 29,0 zu vergeben.

- Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:**
- 75 000 cbm Erdarbeiten
  - 20 000 t Frostschutzmaterial
  - 17 250 qm Bit. Tragschicht und Asphaltbetondecke
  - sowie sämtliche Entwässerungs- und Nebenarbeiten.
- Die Ausführungsfrist beträgt 180 Arbeitstage.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung zu einer Gebühr von 10,— DM an Bewerber abgegeben. Der Betrag kann bei der Staatskasse Marburg, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6758 eingezahlt werden. Meldeschluß ist am Freitag, dem 14. Mai 1965.

**Eröffnungstermin** am Mittwoch, dem 26. Mai 1965, um 11.00 Uhr im Büro des Hessischen Straßenbauamtes Marburg, Zimmer 12.

355 Marburg (Lahn), 23. 4. 1965 Hessisches Straßenbauamt

**1315**

**WIESBADEN:** Die Arbeiten für den Zwischenausbau (Deckenbau) der Landesstraße 3004 mit gleichzeitigem Bau von beiderseitigen Rad- und Fußwegen zwischen Niederursel und Oberursel von km 3,673 (Unterhaltungsgrenze der Stadt Frankfurt/Main) bis km 4,908 sollen vergeben werden.

- Auszuführen sind:**
- 600 cbm Erdarbeiten, 850 cbm Frostschutzkies, 670 t Rüttelschotter, 1 200 t Bitumenkies, 3 200 qm Asphaltbetondeckenschicht, 8 200 qm Asphaltfeinbetondecke, 3 400 qm Rad- und Fußwege, 2 470 lfd. m Hochbordanlage sowie Nebenarbeiten.
- Bauzeit: 80 Arbeitstage (5-Tage-Woche)

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 6. 5. 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830 zu Gunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden, unter Angabe des Kennwortes: „Zwischenausbau der L 3004 zwischen Niederursel und Oberursel, km 3,673 — km 4,908. Selbstaholder: erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 3. Mai 1965 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer Nr. 48.

**Eröffnung:** Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer Nr. 13, am 14. 5. 1965 um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

62 Wiesbaden, 20. 4. 1965 Hessisches Straßenbauamt

**1316**

**DARMSTADT:** Die Arbeiten zur Erneuerung der Brücke über den Apfelbach im Zuge Neubau der Kreisstraße 167 zwischen Erzhausen und Wixhausen (km 13.580) sollen vergeben werden.

- Auszuführen sind:**
- ca. 36 cbm Abbrucharbeiten
  - ca. 200 cbm Erdarbeiten
  - ca. 120 cbm Stahlbetonarbeiten
- Bauzeit: 55 Arbeitstage

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher und ähnlicher Art qualifiziert sein über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 5. 5. 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35599 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Apfelbachbrücke K 167“. Selbstaholder erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 7. 5. 1965 in der Zeit von 10.00 bis 12.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

**Eröffnung:** Donnerstag, den 20. 5. 1965 um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 21. 4. 1965 Hessisches Straßenbauamt

**1317**

**WEILBURG:** Die Arbeiten für den frostsicheren Ausbau der Landesstraße 3031 von Camberg zur B 275 (Tenne) im Kr. Limburg und Usingen von km 3,2 + 46,35 — 8,6 + 43,82 sollen vergeben werden.

- Auszuführen sind:**
- 85 600 qm Waldflächen roden
  - 60 000 cbm Erdbewegung
  - 3 600 lfd. m Drainage
  - 26 000 cbm Frostschutzmaterial
  - 37 200 t Schotterunterbau
  - 43 700 qm bit. Tragschicht d. K. 0/35
  - 45 000 qm Asphaltbinder d. K. 0/25
  - 45 000 qm Asphaltfeinbeton d. K. 0/12
  - 10 000 lfd. m Weißbetonleitstreifen
  - 350 lfd. m Durchlässe
- sowie die Ausführung von Nebenarbeiten

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 14. 5. 1965 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 30,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse in Weilburg/Lahn, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6829 mit Angabe: „Ausbau der L 3031 Camberg — Tenne“. Selbstaholder erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 18. 5. 1965, in der Zeit von 8.00 — 12.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Weilburg/Lahn (Zimmer 9).

**Eröffnung:** 10. 6. 1965. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage.

629 Weilburg (Lahn), 21. 4. 1965 Hessisches Straßenbauamt

**1318**

Bei der Gemeindeverwaltung in Raunheim sind

**zwei Gemeindearbeiterstellen**

zu Tariflöhnen mit Sonderzulagen gemäß innerbetrieblicher Vereinbarungen sowie einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden bei vollem Lohnausgleich zu besetzen.

Bewerber, die in der Lage sind, alle vorkommenden Gemeindearbeiten einschließlich der Müllabfuhr zu verrichten, werden gebeten, unverzüglich ein Bewerbungsgesuch im Rathaus, Zimmer 7, abzugeben.

Die Vergütung erfolgt nach Lohngruppe 3 des Bundesmanteltarifs für den öffentlichen Dienst.

Dem Bewerbungsschreiben ist ein Lebenslauf beizufügen, aus dem u. a. auch die zuletzt ausgeübte Tätigkeit hervorgehen muß.

6096 Raunheim, 21. 4. 1965

**Der Gemeindevorstand**  
Lang  
Bürgermeister

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,60. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, 62 Wiesbaden, Postscheckkonto: 6 Frankfurt/Main, Nr. 143 60 Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz, Nr. 78 326; Deutsche Effekten- und Wechselbank, 62 Wiesbaden, Nr. 69 655. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden Wilhelmstraße 42. Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM —,25 Versandkosten. bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,30, bis 48 Seiten DM 2,30 und DM —,40, über 48 Seiten DM 2,50 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages.

Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 36 Seiten.

**1319**  
**Gebrauchsgrafiker** in ungekündigter Stellung sucht nur selbständigen Wirkungskreis bei Behörde.  
 Arbeitsgebiet: Schrift, Urkunden, Illustration usw. Offerten erb. unter 18/65 Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstr. 42

**1320** Bei der Gemeindeverwaltung Raunheim sind möglichst umgehend

## zwei Stellen als Verwaltungsangestellte(r)

sowie  
**eine Stelle als techn. Zeichner**

zu besetzen

Bei den Verwaltungsangestellten sind Kenntnisse in Maschinenschreiben und Stenografie erwünscht.

Die Vergütung für die ausgeschriebenen Stellen erfolgt zunächst nach BAT VII nach Lebensalter.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften sowie Unterlagen über Kenntnisse im Maschinenschreiben und Stenografie sind mit der Aufschrift „Stellenbewerbung“ bei dem Gemeindevorstand Raunheim einzureichen.

Neben einer leistungsgerechten Vergütung werden Sonderleistungen, Zusatzversorgung u. a. m. gegeben.

Bewerbungen sind bis zum 15. Mai 1965 bei der Gemeindeverwaltung in Raunheim einzureichen.

6096 Raunheim, 21. 4. 1965

Der Gemeindevorstand  
 Lang  
 Bürgermeister

**1321** Bei der Gemeinde Ober-Erlenbach, Landkreis Friedberg, ist die Stelle des

## hauptamtlichen Bürgermeisters

infolge Eintritt in den Ruhestand des jetzigen Stelleninhabers zum 1. November 1965 neu zu besetzen.

Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Die Besoldung richtet sich nach Gruppe W 3 des Wahlbeamtenbesoldungsgesetzes vom 20. 10. 1953 und den hierzu ergangenen Änderungsgesetzen.

Die Gemeinde Ober-Erlenbach hat z. Zt. 2 750 Einwohner, jedoch wird die Einwohnerzahl in absehbarer Zeit 3 000 übersteigen. Ober-Erlenbach ist eine aufstrebende Wohnsitzgemeinde mit erheblicher Bautätigkeit am Rande der Stadt Frankfurt/Main.

Bewerber müssen eine gute Allgemeinbildung sowie entsprechende Kenntnisse und Erfahrungen für den Verwaltungsdienst besitzen. Die Ablegung einer Verwaltungsprüfung (Sekretär- oder Inspektoren-Prüfung) ist erwünscht, aber nicht Bedingung.

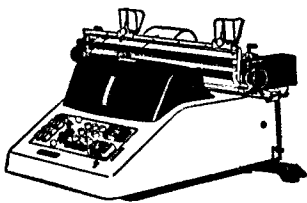
Schriftliche Bewerbungen mit handgeschriebenem, lückenlosen Lebenslauf und Nachweis über die bisherige Tätigkeit, beglaubigte Zeugnisabschriften und Lichtbild sind bis spätestens 10. Juni 1965 an den Gemeindevorstand der Gemeinde Ober-Erlenbach unter dem Kennwort „Bürgermeisterbewerbung“ zu richten.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

6381 Ober-Erlenbach, 21. 4. 1965,

Der Ausschuß  
 für die Vorbereitung der Bürgermeisterwahl

## Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



**olivetti**

vom Rechnen zum Buchen

Die Olivetti stellt eine vollständige Serie von schreibenden Additions- und Rechenmaschinen mit Breitwagen her. Zu der Rechenkapazität der Modelle kommt so die Möglichkeit, die Rechen- und Journale anzuschreiben. Dadurch wird ihr Anwendungsbereich für die Arbeiten in der Verwaltung und bei den Banken wesentlich erweitert.

Unverbindliche Vorführung  
 Technischer Kundendienst

**Karl Roeder**

Fachunternehmen für Büromaschinen

FULDA, Heinrichstr. 10 • Tel. 2028

BAD HERSFELD, Klausstr. 14

Tel. 2258

Praxisanwendung für Schreib- und Rechenmaschinen

DRUCK- UND VERLAGSHAUS

**PHIL. L. FINK KG**

GROSS-GERAU • TELEFON-Sa.-Nr. 811

Drucksachen für  
 Behörden und  
 Industrie in Buch-  
 und Offsetdruck

Spezialität:  
 Broschüren  
 Massendrucksachen

## Hand- und Motorrasenmäher

Schleif- und Reparaturwerk • Großflächenmäher

Vertragswerk • Ersatzteile • Verkauf • Groß- und Einzelhandel

Abner • Brill • Wolf • Toro • Jakobsen • Locke • Blasator • Sabo • Gutbrod

**HARTMANN, NEU-ISENBURG**

Telefon 0 61 02 — 84 54

Spessartstraße 11

Postfach 362



Dieses Zeichen ist Sinnbild  
 für Qualität und Leistung eines  
 führenden Spezialunternehmens  
 der Fernmeldeindustrie

## WILLI HESS

Maler-, Weißbinder- und Tapezierer-Geschäft

6 Frankfurt am Main

Melsunger Straße 1 • Telefon 45 26 92



**FRITZ HALBLEIB Ing.**

Heizung • Lüftung • Öl • Gas • Rohrleitungsbau  
 Preßluft

6 Frankfurt-Heddernheim

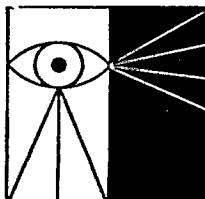
Severusstr. 74 • Tel. 57 27 50



1897

**FERDINAND FLINSCH**

liefert alle Papiere und  
 Kartons  
 für den Behördenbedarf



**FOTO KINO BRANDT**

Spezialfachhandlung für Industrie und Behörden,  
 Schul- und Röntgenbedarf!

Planung, Einrichtung, Betreuung von Fotolabors, Ateliers  
 und Kinoräumen

Lieferant aller Fabrikate

FRANKFURT/MAIN Holzhausenstraße 16 • Telefon: Sammel-Ruf 551086

Bitte Angebot  
 einholen!

1322

**Andere Behörden und Körperschaften**

**Genehmigung für die Weiterführung der Straßenbahnlinie 3 in der Ludwigshöhstraße bis zur Lichtenbergschule in Darmstadt**

Der Hessischen Elektrizitäts-AG., Darmstadt, Luisenstraße 12, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung für die Weiterführung der Straßenbahnlinie 3 in der Ludwigshöhstraße bis zur Lichtenbergschule erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht (§ 54 PBefG) der Genehmigungsbehörde.

61 Darmstadt, 20. 4. 1965

**Der Regierungspräsident**  
III/4 — 66 e 02/01 H (39)

1323

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß des Vorstandes vom 25. 3. 1965 sind die nachstehenden Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

Adolf Bauscher, Darmstadt, Nr. 135 384; Elisabeth Carlen geb. Jochum, Darmstadt, Nr. 154 498; Wilhelm Wernicke, Darmstadt, Nr. 166 458; Eheleute Heinz Hornung und Katharina geb. Becker, Darmstadt, Nr. 181 098; Dr. med. Wilhelm F. Böttlinger, Konstanz, Nr. 181 323; Günther Wolfgang Senfft, Roßdorf, Nr. 206 935; Heinrich Späth, Hoxhohl, Nr. 861 075.

61 Darmstadt, 21. 4. 1965

**Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt**  
Der Vorstand

1324

**Aufforderung:** Herr Eduard Ronalter, Frankfurt/Main, Breiltacherstraße 58, hat die Kraftloserklärung des auf seinen Namen lautenden Sparkassenbuches 27-1930 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 22. 4. 1965

**Stadtsparkasse Frankfurt am Main**  
Der Vorstand

1325

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß vom 20. April 1965 ist das Sparkassenbuch Nr. 09-22009 lautend auf Frau Annemarie Marbach geb. Viertel, 6 Frankfurt am Main, Wurmbachstraße 10, für kraftlos erklärt worden.

6 Frankfurt (Main), 20. 4. 1965

**Stadtsparkasse Frankfurt (Main)**  
Der Vorstand

1326

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß vom 20. April 1965 ist das Sparkassenbuch Nr. 2 233 722 Bernhard Karnath, Kassel, Goethestr. 6 für kraftlos erklärt worden.

35 Kassel, 20. 4. 1965

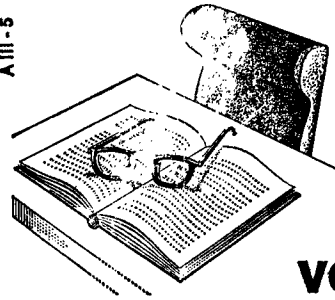
**Stadtsparkasse Kassel**  
Der Vorstand

1327

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß vom 20. April 1965 werden folgende Sparkassenbücher für kraftlos erklärt:

Sparkassenbuch Nr. 28 005, lautend auf Asta Fabisch, Seligenstadt/H., Querstraße 21.

A III-5



**Für das Alter vorsorgen!**

Für Ihren Lebensabend ist es eine große wirtschaftliche Hilfe, mietfrei im Eigenheim wohnen zu können; wer eine Einliegerwohnung hineingebaut hat, kann seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dadurch noch weiter verbessern.

Deshalb ist es wichtig, so früh wie möglich, durch BHW-Bausparen den ersten Schritt zu tun.

**Über 100 000 Angehörige des öffentlichen Dienstes** sind durch unsere finanzielle Hilfe längst glückliche Heimstättenbesitzer geworden. Das ist ein Beweis dafür, daß der Entschluß, einen Bausparvertrag beim BHW abzuschließen, immer richtig ist und den Weg zum Ziel wesentlich und oft entscheidend erleichtert. Genaue Einzelheiten sagt Ihnen unsere Broschüre „Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes“, die wir Ihnen gern kostenlos zusenden.



**Beamteneheimstättenwerk**

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH  
325 Hameln · Postfach 666 · Telefon (0 51 51) 8 61

Sparkassenbuch Nr. 28 971, lautend auf Alfred Fabisch, Seligenstadt/H., Querstraße 21.

Sparkassenbuch Nr. 200 293, lautend auf Jens Jäger, Steinheim (Main), Frankfurter Straße 28.

Sparkassenbuch Nr. 201 956, lautend auf Heiko Jäger, Steinheim (Main), Frankfurter Straße 28.

6453 Seligenstadt (Hessen), 20. 4. 1965 **Bezirks-Sparkasse Seligenstadt**  
Der Vorstand

**Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten**

**W. Schleenbecker**

Verbandstoffe · Verbandkästen  
alles für die erste Hilfe

Frankfurt/M., Robert-Mayer-Str. 57 · Ruf 77 38 63

**SANITHERM**  
GMBH

Heizung  
und Lüftung

Ölfeuerungsanlagen  
und Rohrleitungsbau

62 WIESBADEN · LANGGASSE 17 · TELEFON 279 41

**Gräff'sche FARBENHANDLUNG**  
STRAGULA · TAPETEN · CHEMIKALIEN

Wiesbaden, Gneisenaustr. 11, im Westendviertel, Tel. 40771  
Zuverlässiger Lieferant staatlicher und städtischer Behörden!

Lieferant für Verwaltungen, Behörden und Anstalten

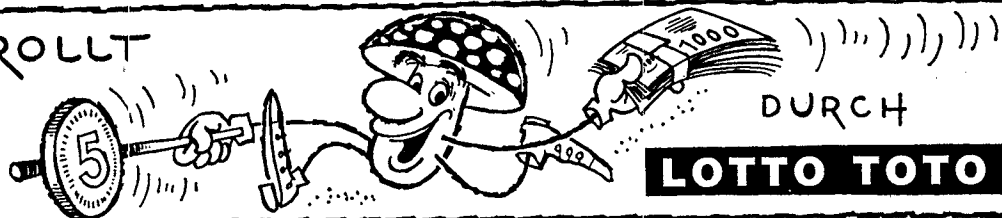
**HERRY BRECHT**

Großhandelshaus für Heimtextilien

Frankfurt/Main, Große Friedberger Str. 33-35  
Fernruf: Sa.-Nr. 2 01 51

Teppiche, Gardinen,  
Möbel- und  
Dekorationsstoffe,  
Dekoplastik,  
Matratzendelle

GELD ROLLT  
INS  
HAUS!



DURCH

**LOTTO TOTO**



Mr. Mafatlal, Vorsitzender der Polyolefins Industries Ltd., Bombay, legt den Grundstein für ein Hostalen-Werk.

## Feierliche Grundsteinlegung für ein Hostalen-Werk in Bombay

Die Polyolefins Industries Ltd. – kurz PIL genannt – hat mit der Grundsteinlegung am 18. Februar dieses Jahres den baulichen Auftakt für die petrochemische Produktion gegeben. Die Gesellschaft ist gemeinsam von Hoechst und National Organic Chemicals Ltd. (NOCIL) gegründet worden, mit Beteiligung der indischen Öffentlichkeit. Die PIL wird Hostalen<sup>®</sup> herstellen. Anfang

1967 soll die Produktion beginnen. Die feierliche Zeremonie verlief nach traditionellem indischem Brauch in Anwesenheit von Vertretern der Behörden, Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, der Wirtschaft und der Hoechst-Mafatlal-Gruppe. Die orientalischen Melodien der Gebete und die bunten Saris der Damen gaben der Veranstaltung einen exotischen Rahmen.

## Gedämpfte Schwingung- gedämpfter Lärm!

Hoechst Kunststoffstoffe bewähren sich auch bei der Lärmbekämpfung. Als neueste Entwicklung stellt Hoechst ein selbsthaftendes Polymerisat vor. Es ermöglicht die rationelle Herstellung von Verbundblechen mit dünner Zwischenschicht, bei denen man in vorgeschriebenen Temperaturbereichen ein Optimum an Schwingungsdämpfung erreicht. Ein ungewöhnlich interessanter Fortschritt für die Blechverarbeitende Industrie.

## Neue Methoden der Diagnostik mit radioaktiven Substanzen

Die moderne Medizin verwendet in immer stärkerem Maße radioaktive Substanzen. Diagnostik und Therapie der Schilddrüsenerkrankungen mit Radiojod sind seit langem bekannte Verfahren. Zahlreiche weitere Methoden sind im Laufe der Jahre hinzugekommen. So wird in der Nierendiagnostik mit Jod-131 markierte o-Jod-Hippursäure angewandt, um Aufschluß über die Nierenfunktion zu erhalten. Man verfolgt hierbei von außen mit einem über dem

Organ angebrachten Strahlungsdetektor den zeitlichen Verlauf der Aufnahme und Ausscheidung des radioaktiven Präparates.

Ein anderer Stoff, das mit Radioquecksilber gekennzeichnete Chlormerodrin-<sup>203</sup>Hg, das länger in der Niere verbleibt, erlaubt es, mit einer speziellen Meßeinrichtung die Verteilung der im Organ aufgenommenen Substanz aufzuzeichnen, um Strukturveränderungen zu erkennen.

Salyrgan<sup>®</sup>-<sup>203</sup>Hg, ermöglicht aufgrund seines günstigen Speicherungsverhaltens eine kombinierte Untersuchung sowohl der Funktion wie der Struktur der Niere.

Die genannten Präparate und andere der Radiodiagnostik dienende markierte Verbindungen werden im Radiochemischen Laboratorium der Farbwerke Hoechst AG. hergestellt und ausgeliefert.

HOECHST berichtet...HOECHST berichtet...

